

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 57



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 57

Energiewende vom 01.02.2022-23.09.2022

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Energiewende vom 01.02.2022-23.09.2022	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Energiewende vom 01.02.2022-23.09.2022

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 1. Februar 2022 (x1.083/...): >>>Europaweiter Blackout: Nur noch eine Frage der Zeit?

Von *Tim Sumpf*

Knapp ein Euro pro Kilowattstunde müssen Neukunden mancher Energieversorger zahlen, wenn sie überhaupt einen neuen Anbieter finden. Steigende Preise für Gas und Strom sind jedoch ein hausgemachtes Problem. Und nicht die schlimmsten Folgen.

Die deutsche Energieversorgung steht an einem Wendepunkt: Die drei letzten deutschen Kernkraftwerke sollen Ende dieses Jahres vom Netz gehen. Zusammen mit weiteren, bereits stillgelegten Kraftwerken hinterlassen sie eine große Lücke.

Diese Lücke möchte die Regierung vor allem mit Windkraftanlagen und Solarstrom schließen. In Dunkelflauten, also wenn weder Sonne scheint noch Wind weht, sollen später Speicher die Stromversorgung sichern. Bis diese erforscht, gebaut und einsatzbereit sind, müssen Gaskraftwerke einspringen, doch die sind bereits ausgelastet. Entsprechend hoch sind Nachfrage und Preise.

Angesichts dessen warnen verschiedene Akteure - mehr oder weniger ernst - vor Versorgungslücken und dem daraus resultierenden Blackout. Darunter ist jedoch nicht der kleine Stromausfall nach einem Gewitter zu verstehen, sondern ein flächendeckender, deutschland- oder sogar europaweiter Stromausfall, der mindestens eine Woche andauert.

Brownout: Stromausfall mit Ansage

Der Auslöser für einen Stromausfall ist in der Regel ein Leitungsdefekt, ein kaputter Trafo oder ein Blitzeinschlag. Der Auslöser für den Blackout ist ein instabiles Stromnetz, welches nicht mehr in der Lage ist, die Netzfrequenz von 50 Hertz stabil zu halten. Die Folge ist dann eine automatische Abschaltung der Kraftwerke, um größere Schäden zu verhindern.

Eine Möglichkeit, die Frequenz zu regulieren, ist, die Strommenge im Netz zu regulieren und entweder durch Zu- oder Abschaltung von Kraftwerken oder Verbrauchern Angebot und Nachfrage zu steuern. Die zunehmende Elektrifizierung von Alltag und Wirtschaft schränkt die Möglichkeiten jedoch ein. Um den nötigen Strom zu liefern, sind praktisch alle Kraftwerke schon zugeschaltet, so daß bei weiterem Regelbedarf Stromverbraucher abgeschaltet wer-

den müssen. Diese gezielte Abschaltung heißt Brownout.

Bisher blieb diese Art Stromausfall deutschen Privathaushalten erspart. Gänzlich von den Auswirkungen verschont bleiben sie allerdings nicht. Wenn besonders energieintensive Industriebetriebe wie Aluminiumhütten ihre Produktion wegen Strommangel drosseln oder einstellen müssen, erhalten sie eine Entschädigung, die letztendlich die anderen Stromkunden zahlen. Werden hingegen Kraftwerke abgeschaltet, weil zu viel Strom im Netz ist, bekommen die Kraftwerksbetreiber eine Entschädigung.

In Zukunft ist jedoch damit zu rechnen, daß Stromrationierungen auch für Privathaushalte zum Alltag werden. Die von der Politik favorisierten Smartmeter werden dem gleichen Zweck dienen, sobald sie flächendeckend eingeführt sind. Sie sollen steuern, welches Gerät wann wie viel Strom bekommt. Mit anderen Worten, sie steuern Brownouts auf Geräte-Ebene: Der Fernseher bekommt Strom, die Waschmaschine jedoch nicht oder erst nachts, wenn alles schläft.

Der Vorteil eines Brownouts liegt darin, daß Betroffene idealerweise vorher informiert werden können, um beispielsweise ihre Arbeit zu speichern oder im industriellen Maßstab, um Produktionsmaschinen sicher herunterfahren zu können.

Energiewende treibt Strompreise

Dabei gilt es eine Besonderheit des Stromnetzes zu verstehen und zu beachten: Da wir kaum über Stromspeicher verfügen, - sie reichen für etwa 30 bis 60 Minuten - muß immer gerade so viel Strom erzeugt werden, wie verbraucht wird. Das ist kein Hexenwerk, weil die Netzbetreiber einerseits die Leistungsfähigkeit des Stromnetzes kennen, andererseits sehr gut wissen, wie sich der Stromverbrauch entwickelt. Darüber hinaus haben große Kraftwerke die Fähigkeit, kurzfristige Lastspitzen wie beim Einschalten eines zusätzlichen Verbrauchers auszugleichen.

Um größere Schwankungen auszugleichen, gibt es verschiedene Kraftwerkstypen, die im Stromnetz unterschiedliche Aufgaben erfüllen: Kohle- und Kernkraftwerke sind/waren zuständig für die Grundversorgung mit Strom. Sie brauchen erhebliche Zeit, um angefahren zu werden. Daher laufen sie in der Regel im Dauerbetrieb, so daß etwa 90 Prozent der installierten Leistung zu jedem Zeitpunkt zur Verfügung stehen, die sogenannte gesicherte Leistung. Zum Vergleich, der Anteil gesicherter Leistung bei Wind und Solar beträgt jeweils unter fünf Prozent. Nachts und bei Windstille sind es genau null. Sie können daher nicht zur Grundversorgung dienen, egal wie groß die installierte Leistung ist.

Gaskraftwerke haben ebenfalls einen hohen Anteil gesicherter Leistung. Sie sind zuständig für die Spitzenlast. Das geht deshalb, weil sie schnell hochgefahren und auch schnell wieder abgeschaltet werden können.

Das Gleiche gilt für Wasserkraftwerke. Durch das Abschalten von Kohlekraftwerken muß der erforderliche Strom nun jedoch mit den Gaskraftwerken erzeugt werden. Das bedeutet, sie laufen nicht nur für die Spitzenlast, sondern auch für die Grundlast.

Das hat zur Folge, daß der Strom teurer ist, weil Gas teurer ist als Kohle. Gleichzeitig erhöht sich die Nachfrage nach Gas, was den Gaspreis in die Höhe schnellen läßt, der dann wiederum zu weiteren Preissteigerungen beim Strom führt. Hinzu kommen politisch gewollte Preissteigerungen, beispielsweise durch den CO₂-Preis.

Gleichzeitig wirken sich steigende Energiepreise auch auf andere Bereiche aus. Jedes produzierende Unternehmen benötigt Energie, die Mehrkosten werden auf die Endpreise aufgeschlagen. Für den Einzelnen vermutlich deutlicher machen sich die Preissteigerungen bei Lebensmitteln bemerkbar. In der Vergangenheit hat sich der Nahrungsmittelpreis immer entlang der Energiepreise entwickelt.

Warnung vor dem großen Knall

In den vergangenen Jahren häufen sich zudem auf nationaler und europäischer Ebene die Re-

geleingriffe. Netzbetreiber müssen immer öfter umverteilen, "redispatchen", um das Stromnetz stabil zu halten. 2021 erfolgten insgesamt 8.635 Regeleingriffe allein im Dezember 2021 waren es 1.036. Damit steht das Netz nach Angaben der Stromnetzbetreiber kurz vor dem Kollaps. Zum Vergleich, 2014 waren es 3.456 Eingriffe, im Jahr 2000 waren es sechs - jeweils im ganzen Jahr.

Goldman Sachs warnte bereits im September 2021 davor, daß Gas in Europa im Winter knapp und teuer werden würde. Der Energieversorger RWE hat seinerseits im Dezember vor Kraftwerksausfällen wegen Gasmangel gewarnt. Mit Wahrsagen oder Spekulation hat das wenig zu tun, ebenso wenig mit vermeintlichen Minderlieferungen aus Rußland.

Mit dem Wegfall der Hälfte der noch laufenden Kern- sowie mehreren Kohlekraftwerken muß der Strom aus anderen Quellen kommen. Ohne Sonne und Wind bleiben jedoch nur wenige, die für abgeschaltete Kraftwerke einspringen können - das sind Gaskraftwerke. Entsprechend teuer ist der daraus produzierte Strom. Das Problem ist also ein politisches und heißt Energiewende.

Während 2021 in Deutschland Kraftwerke mit einer installierten Gesamtleistung von 8,9 Gigawatt abgebaut wurden, kamen nur 2,56 GW Kraftwerksleistung hinzu. Auf das Jahr hochgerechnet und aufgrund der unterschiedlichen Kraftwerkstypen - gesicherte Leistung aus Kernkraft und Kohle versus unstete Leistung aus Wind und Solar - fehlen 61 Terawattstunden (TWh).

Die fehlende Energie entspricht etwa einem Zehntel des gesamtdeutschen Stromverbrauchs 2021. Wenn 2038 die letzten Kohlekraftwerke vom Netz gehen, fehlen in Deutschland 45 GW gesicherte Leistung oder etwa die Hälfte des Stroms.

"Kurz vor der Angst": Extrem kritische Situation im Januar 2022

In den letzten drei Jahren wurden in Europa 23 Kohlekraftwerke abgeschaltet, die zusammen für eine Leistung von etwa 20 GW stehen. Zunächst fielen diese Abschaltungen nicht auf. Bedingt durch die Coronakrise und die damit verbunden Maßnahmen und Einschränkungen sank der Stromverbrauch in der Wirtschaft und im privaten Sektor. Zum Sommer 2021 lief die Wirtschaft wieder an und mit ihr stieg der Stromverbrauch.

Anfang Januar verschärfte sich die Situation nach Angaben von Prof. Harald Schwarz von der BTU Cottbus dramatisch. Wie der Energie-Experte erklärte, konnten zu diesem Zeitpunkt weder Deutschland noch Frankreich ausreichend Strom erzeugen. Die dringend benötigten Reserven fand man in bulgarischen und rumänischen Kohlekraftwerken. Ein "kleiner Defekt" in Kroatien führte schließlich zur Auftrennung des europäischen Netzes, wobei es in Mitteleuropa zu einer Unterdeckung kam. Abschaltungen diverser Verbraucher konnten Schlimmeres verhindern. Gleichzeitig mußten in Südosteuropa Kraftwerke "in Größenordnungen" wegen einer Überspeisung abgeschaltet werden.

Die Ursache für den Strommangel war, daß in Deutschland weder Wind noch Sonne arbeiteten. Hinzu kommt, daß Frankreich mehrere Kernkraftwerke zu Wartungszwecken vom Netz genommen hat. Polen wiederum nutzt derzeit hauptsächlich Kohlestrom aus eher älteren Kraftwerken. Störungen sind an der Tagesordnung, so daß zuletzt andere europäische Länder immer wieder aushelfen mußten. Norwegische Kraftwerksbetreiber verkaufen ihren Strom indes lieber teuer nach Deutschland als im eigenen Land oder an direkte Nachbarn. Im Kosovo führten die hohen Importpreise für Strom bereits zu Brownouts.

Blackout-Folgen: weniger entspannt, mehr tödlich

Ganz so "entspannt", wie es der WDR in einem Instagram-Beitrag auf dem Kanal "klima.neutral" beschreibt, dürfte es dabei weder im Brown- noch Blackout werden. So betrachtet der WDR Kerzen und Powerbanks durchaus als romantisch und gebe "ganz konkrete Tips, wie man sich bei einem Stromausfall verhalten soll."

Andere sehen die Situation wortwörtlich düsterer. Der Sicherheitsexperte Christian Endress,

Chef der "Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft", erklärte gegenüber der "Bild-Zeitung": "Die direkten Auswirkungen werden im Verlust von Heizung im Winter, Kühlung im Sommer, elektrischem Licht, Telefon, Internet, Rundfunk-/TV-Empfang, der Lebensmittelbevorratung durch Kühlen oder Gefrieren sowie auch im möglichen Verlust der Trinkwasserversorgung liegen. Dann wäre unter anderem auch die Entsorgung von Fäkalien durch die Toilettenspülung nicht mehr gewährleistet."

Prof. Fritz Vahrenholt, ehemaliger Umweltsenator von Hamburg und mehrere Jahre in der Windenergiebranche tätig, ergänzte: "Ampeln fallen aus, Aufzüge, Tankstellen, Geldautomaten, Ladestationen für E-Autos, Computer stürzen ab. Es wird auch Menschenleben kosten." Lediglich die Deutsche Bahn werde noch fahren: "Sie hat ein eigenes Stromnetz, das im Wesentlichen aus dem Kohlekraftwerk Datteln gespeist wird", so Prof. Vahrenholt zu "Bild".

Dabei sei es keine Frage, ob der Blackout kommt, sondern lediglich wann, warnte unter anderem die österreichische Verteidigungsministerin Klaudia Tanner. "Wir müssen in nächster Zeit mit einem Blackout rechnen. ... Ein einsatzrealistisches Szenario wie ein europaweiter Stromausfall kann immer möglich sein", zitiert die "Welt". Entsprechend bereitet man sich in der Alpenrepublik auf den Ernstfall vor. Dazu gehören auch autarke Kasernen, die bei einem Stromausfall monatelange weiter betrieben werden können und Anlaufpunkt für Helfer sind.

Kein Plan Blackout im Land der Energiewende

Und in Deutschland? Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) attestierte bereits 2010 enorme Defizite bei der Blackout-Krisenvorsorge: Die Folgen eines längeren, bundesweiten Stromausfalls kämen einer nationalen Katastrophe gleich. "Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht 'beherrschbar', allenfalls zu mildern", schlußfolgerten die Experten bereits 2010.¹

Weiter hieß es beim TAB: "Bereits nach wenigen Tagen (ist) im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden."

Im Klartext, nach wenigen Tagen könne man weder Plünderungen vermeiden, noch die Menschen mit dem Nötigsten versorgen.

Ideologie vor Technik

Die deutsche Politik hat nach Fukushima einseitig beschlossen, alle Kernkraftwerke abzuschalten, obwohl diese praktisch CO₂-freien Strom liefern können. Kurze Zeit später wurde eine Energiewende beschlossen, weg von CO₂-emittierenden Kraftwerken hin zu den regenerativen Energien Wind und Sonne. Bis 2030 sollen 80 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen stammen - auch, wenn die Sonne zeitweise nicht scheint und der Wind nicht weht.

Energieerzeuger sind letztendlich jedoch auch nur Wirtschaftsunternehmen. Sie sind nicht für die Versorgungssicherheit zuständig. Diese obliegt dem Staat, er muß mit seinen Entscheidungen einen Rahmen schaffen, in dem Kraftwerks- und Netzbetreiber agieren können und wollen.

Die Androhung, daß neue Gaskraftwerke bereits in wenigen Jahren überflüssig würden und abgeschaltet oder teuer umgerüstet werden müssen, läßt wenig Zuspruch von Investoren erwarten. Wer investiert schließlich in Kraftwerke, die frühestens 2028 fertig sind, aber spätestens 2040 abgeschaltet werden sollen?

Robert Jungnischke gilt als Experte für die Blackout-Vorsorge. Mit seinem Sachverständigen-Büro und Blog "blackout-vorsorge-beratung.de" berät er kleine und mittelständische Unternehmen, wie sie mit der zunehmenden Versorgungsunsicherheit umgehen und die Folgen eines Blackouts oder Brownouts so weit wie möglich vermeiden können.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2022: >>**Bis zu 241 Meter hohe Windräder - Umstrittener Windpark im Reinhardswald genehmigt**

Sven Pförtner

Es ist die bisher größte und gleichzeitig umstrittenste Windkraftanlage in Hessen: Im Reinhardswald sollen 18 Windräder gebaut werden. Naturschützer und Anwohner kämpften jahrelang dagegen. Für Umweltministerin Petra Hinz (Grüne) ist der Windpark alternativlos.

Das Regierungspräsidium Kassel hat sein OK gegeben und das bisher größte Windkraftanlagen-Projekt in Hessen genehmigt. Im nordhessischen Reinhardswald bei Bad Karlshafen und Trendelburg - Gottsbüren dürfen insgesamt 18 bis zu 241 hohe Windräder errichtet werden, wie die Behörde am Mittwoch mitteilte.

Mit Rotorblättern von 150 Metern Durchmesser sollen sie rund 300.000 Megawattstunden Energie im Jahr produzieren. Rein rechnerisch könnten damit bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 4.000 Kilowattstunden pro Jahr rund 75.000 Haushalte mit Strom versorgt werden.

Der Energieversorger EAM hatte bereits im August 2020 einen Antrag beim Dezernat für Immission und Strahlenschutz des Regierungspräsidiums Kassel eingereicht. Dem Genehmigungsverfahren "ging ein umfangreiches, hochkomplexes Verfahren voraus", teilte das Regierungspräsidium mit. Mehr als 30 Behörden und Stellen seien daran beteiligt gewesen, um den Immissionsschutz, die Auswirkungen auf Natur- und Artenschutz sowie den Wasser- und Denkmalschutz zu prüfen.

Wie der Windpark-Betreiber - die Energiegenossenschaft Reinhardswald bestehend aus der EAM, vier Kommunen sowie die Städtischen Werke Kassel und die Stadtwerke Eschwege - dem "Hessischen Rundfunk" sagte, sollen nach dem Erhalt der Genehmigung schon vorbereitende Bauarbeiten für das 142 Millionen Euro teure Projekt beginnen. Die Bauzeit betrage etwa zwei Jahre.

250 Buchen und mehrere Fichten - "äußerst geringe" Anzahl an Bäumen muß gefällt werden

Der Windpark soll auf einer Fläche von rund sieben Kilometern im nördlichen Reinhardswald errichtet werden - mit ausreichend Abstand zu den "touristisch wertvollen Bereichen um den Urwald oder den Tierpark Sababurg", wie der Betreiber dem "Hessischen Rundfunk" mitteilte. Für die Windräder müßten laut der Energiegenossenschaft Reinhardswald mit rund 250 Buchen und mehreren Fichten eine "äußerst geringe" Anzahl an Bäumen gefällt werden. Durch Stürme, Dürresommer und den Borkenkäfer sei bereits ein Großteil der benötigten Fläche baumfrei.

Laut der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) ist der Windpark alternativlos. Daher habe sie die Weichen für das Projekt gestellt, wie sie zur "Bild-Zeitung" sagte: "Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag ... Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik wird es bald gar keinen Wald mehr geben."

Von Anwohnern und Naturschützern hatte es immer wieder Widerstand gegen den geplanten Park gegeben. Sie befürchten, daß die Windräder den Lebensraum der im Reinhardswald lebenden Tiere bedrohe. Zudem könnte er dem Tourismus schaden.

Bernhard Klug von der "Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" sagte zum hessischen Radiosender FFH: "Der Reinhardswald blutet." Man behalte sich rechtliche Schritte vor. Auch die Initiative "Pro Reinhardswald" kündigte an, gegen die Genehmigung des Windparks Klage einzureichen. Laut Regierungspräsidium waren 690 Einsprüche gegen das Vorhaben erhoben worden.

Der Reinhardswald ist mit 20.000 Hektar das größte zusammenhängende Waldgebiet in Hessen. Das Mittelgebirge ist Heimat für u.a. weißes Rotwild, seltene sowie geschützte Käfer-

und Fledermausarten, Schwarzstörche und Wildkatzen, Wölfe und Luchse, Wildpferde und Wisente. Bis zu 600 Jahre alte Eichen und Buchen stehen in dem sogenannten "Märchenwald", der die Brüder Grimm zu einigen ihrer bekannten Märchen inspirierte.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 3. Februar 2022: >>Sie versündigen sich am "Märchenwald" der Gebrüder Grimm: 18 Windradmonster, 240 Meter hoch!

Das "Rotkäppchen" weint, das "Schneewittchen" trauert: Der Reinhardswald im Norden von Hessen, bekannt als "Märchenwald" der Gebrüder Grimm, einer der schönsten und ältesten Kulturwälder Deutschlands, soll durch 18 Monsterwindräder verschandelt werden!

Das Regierungspräsidium Kassel hat das bisher größte jemals im "schwarz-grünen" Hessen beantragte Windkraftanlagen-Projekt ungeachtet aller Bürgerproteste genehmigt: Auf einer Länge von sieben Kilometern sollen die bis zu 240 Meter hohen Monster (so hoch wie der Frankfurter Messeturm) in den Waldboden bei Bad Karlshafen und Trendelburg - Gottsbüren einbetoniert werden. Die Rotoren haben einen Durchmesser von 150 Metern. Für diesen 18-fachen Irrsinn sollen Jahrhunderte alte Bäume (u.a. Eichen und Buchen) fallen.

Bürgerinitiative kündigt Klage an

Gegen den sogenannten Windpark hatte es jahrelangen Widerstand von Anwohnern und Naturschützern gegeben (insgesamt 690 Einsprüche). Die Menschen in der Region fürchten nicht nur um den Lebensraum bedrohter Vögel wie Schwarzstorch oder Rotmilan und seltener Fledermausarten. Auch der "Märchenwald-Tourismus", von dem die Region im Norden Hessens lebt, bangt um seine Existenz.

STOPPT DIESEN WAHNSINN!<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 10. Februar 2022: >>Naturschützer entsetzt - Grimms Märchenwald muß Wind-Industriepark werden - beim Abholzen herrscht Hektik

von Annette Berger

Kaum war die Genehmigung bekannt geworden, wurden auch schon Bäume gefällt. Im Reinhardswald in Hessen haben Naturschützer den Kampf gegen einen Windpark verloren. Vorerst zumindest.

Sieht aus, als sollten schnell Fakten geschaffen werden in Deutschlands derzeit wohl umstrittensten Windpark-Projekt, im Reinhardswald in Hessen, auch bekannt als "Grimms Märchenwald". Mitte vergangener Woche hatte der Regierungspräsident in Kassel die ersten 18 Windkraft-Anlagen auf einem Höhenzug hinter der Sababurg genehmigt. Kurz darauf starteten auch schon die Baumfällarbeiten.

"Ich komme gerade aus dem Wald und bin schockiert", sagte an diesem Mittwoch Oliver Penner vom Aktionsbündnis Märchenland dem stern. Die Baumfällarbeiten seien weit vorangeschritten. Das Aktionsbündnis ist eine von mehreren Bürgerinitiativen, die den Bau des Windparks in dem historischen Wald verhindern wollen und bereits seit Jahren dagegen kämpfen.

Die aktuelle Lage rund um das Bäumefällen sei sehr intransparent. Auch, weil es gar keine Gelegenheit gegeben habe, eine eigentlich vorgesehene 14-tägige Frist für Einsprüche zu nutzen, kritisiert der Gegner des Windparks. "Am Tag der Genehmigung hat man mit den Fällarbeiten begonnen." Offenbar sollten schnell Tatsachen geschaffen werden. Gegner des Windparks monieren auch, die Genehmigung sei noch gar nicht rechtskräftig.

Naturschützer kämpfen mit neuen Klagen um den Reinhardswald

Nach Informationen der "Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung" hatte die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Ende der Woche gemeinsam mit der Bürgerinitiative Oberweser-Bramwald eine Klage und einen Eilantrag beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht. Das Gericht hatte laut der "HNA" daraufhin gebeten, daß keine Bäume gefällt werden, bis über den Eilantrag entschieden sei. Doch hektisch gefällt wurde trotzdem. Die Windpark Reinhardswald GmbH betonte gegenüber der lokalen Presse sinngemäß, man

agiere innerhalb des rechtlichen Rahmens.

Doch die Empörung ist groß in der Region. Dort, wo bislang ein Wald mit teils sehr alten Bäumen steht, der Heimat vieler - auch seltener - Tierarten ist, wird demnächst wohl permanent Baulärm zu hören sein. Es sei die "größte nordhessische Baustelle im Wald", haben Naturschützer Penner und seine Mitstreiter errechnet. Sie erstrecke sich über acht Kilometer Luftlinie. Die Bauzeit werde schätzungsweise zwei Jahre betragen.

Nach Meinung der schwarzgrünen Landesregierung in Hessen ist dieses Projekt jedoch nötig für den - globalen - Klimaschutz. Umweltministerin Priska Hinz von den Grünen hatte den Windpark in der vergangenen Woche gegenüber der "Bild-Zeitung" als alternativlos bezeichnet und gesagt: "Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag." Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik werde "es bald gar keinen Wald mehr geben."

Nabu bewertet den Eingriff in die Natur durch Windparks in Hessen als "möglichst gering". Schützenhilfe bekommt die grüne Ministerin teils auch von Vertretern der Umweltverbände. So betonte der Naturschutzbund Nabu auf eine Anfrage des stern, der Verband habe erreicht, daß zum Ausgleich im Reinhardswald ein mehr als 1.000 Hektar großer Naturwald gesichert und in Kürze als Naturschutzgebiet ausgewiesen werde. "Dort werden künftig gar keine Bäume mehr für die Holznutzung gefällt." In Hessen würden Flächen für Windparks so ausgewählt, daß "der Eingriff in die Natur möglichst gering gehalten wird".

Dennoch - im Reinhardswald dürfen 29 Hektar Wald für den Bau des Wind-Industrieparks gerodet werden. Manche der Bäume sind Medienberichten zufolge an die 200 Jahre alt. Die Planer und Befürworter sagen, es werde nur ein kleiner Teil des Waldes bebaut - und auch nur einer, an dem der Borkenkäfer ohnehin viele Bäume zerstört habe. Umweltschützer kontern, man könne solche Gebiete ja auch aufforsten und müsse sie nicht zubetonieren.

Daß man ausgerechnet ein Naturparadies zerstört oder zumindest nachhaltig schädigt, um etwas für den weltweiten Klimaschutz zu tun, das leuchtet vielen Menschen nicht ein. Wälder gelten als wichtiger CO₂-Speicher. "Es gibt in der Region viel Protest gegen das Projekt. 90 Prozent der Menschen hier wollen die Windräder nicht", sagte auch Oliver Penner von "Rettet den Reinhardswald".

Jedes einzelne Windrad muß genehmigt werden

Aus Sicht der Naturschützer ist die Sache allerdings noch lange nicht entschieden. Rechtlich gebe es sehr viele Einwände gegen die Windkraftanlagen, von denen jede einzelne geplant und genehmigt werden müsse. Die Gründe reichten von Trinkwasser- bis hin zu Brand- oder Denkmalschutz. Ein Großteil der Anlagen seien aus seiner Sicht nicht genehmigungsfähig, betonte Penner. Auch die Lärmbelastung der Anwohner durch den Bau des Windparks sei ein Thema.

Um den Reinhardswald tobe ein Kampf zwischen Klima- und Naturschutz, beschrieben es manche Medien, nachdem die Entscheidung in der vergangenen Woche bekannt geworden war. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Windkraft in Deutschland deutlich auszubauen. Weil ein ständiger Streit um die Standorte der ungeliebten riesigen "Spargel" schwelt, weicht man, wie das Beispiel Reinhardswald zeigt, inzwischen auch auf Regionen aus, die eigentlich tabu sein sollten - bewaldete und artenreiche Gebiete in hügeligen Gegenden, die wichtige Rückzugsorte der Natur sind.

Im Gegensatz zum Nabu hält die Deutsche Wildtier Stiftung diese Art der Klimaschutz-Politik für falsch. "Wir kritisieren den Bau von Windkraftanlagen im Wald und anderen sensiblen Ökosystemen", sagte Sebastian Brackhane, der für diese Organisation die Windkraft-Problematik genau beobachtet, dem stern. Der Wald - ohnehin in Deutschland inzwischen auf nur noch ein Drittel der Landesfläche geschrumpft - sei ein naturnahes Ökosystem, der durch solche Industrieanlagen nachhaltig geschädigt werde. Gerade im Wald leben viele

seltene Vogelarten und auch Fledermäuse, von denen hierzulande alle 25 Arten besonders geschützt sind.

"Beim Reinhardswald haben wir ein in sich geschlossenes, sehr naturnahes, zusammenhängendes Waldgebiet", sagte Brackhane. Zwar argumentierten die Befürworter, daß der Windpark Reinhardswald hauptsächlich auf sogenannten Fichtenkalamitätsflächen gebaut werden soll. "Aber auch diese können sich mit der Zeit und ohne Windkraft wieder zu naturnahen, artenreichen Wäldern entwickeln."

Tod durch Windräder: Fliegen Fledermäuse vorbei, platzen ihre Lungen

Windräder bedeuteten den sicheren Tod vieler Tiere, erklärte der Experte. So würden Vögel beispielsweise durch die Rotoren erschlagen, bei vorbeifliegenden Fledermäusen würden die Lungen durch den von den Windrädern erzeugten Druckunterschied zerfetzt.

Generell sei Windenergie wichtig für den globalen Klimaschutz, betont auch die Deutsche Wildtier Stiftung. Die Anlagen sollten jedoch in Gebieten gebaut werden, die ohnehin schon bebaut und versiegelt sind oder landwirtschaftlich intensiv beackert würden, beispielsweise auf Maisfeldern.

Daß die Windindustrie heute teils so stark kritisiert werde, liege auch an ihrem Wandel, schätzt der Experte. Diese Branche sei früher ein Gebiet von Pionieren gewesen, stark motiviert vom Klimaschutz. Mittlerweile sei es eine knallharte Industrie mit finanziellen Interessen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21641" berichtete am 15. Februar 2022 (x1.150/...): >>>Deutschlands Atom- und Kohleausstieg: Totalkollaps vorprogrammiert?

Mehrere Tage oder Wochen ohne Strom! Wer mag sich das vorstellen? Ist sich die Bundesregierung des Risikos eines Blackouts bewußt, und sind wir vorbereitet? Offenbar nicht, wie es diese Sendung zeigt. ...

Ich stehe hier vor einem Lausitzer Braunkohlekraftwerk. Angesichts des von der Regierung geplanten Atom- und Kohleausstiegs wird die Sicherstellung der Stromversorgung immer mehr in Frage gestellt. Das beschäftigt nicht nur die Regionen, in denen die Kraftwerke betrieben werden, wie hier in der Lausitz.

In ihrer Sendung "Droht der Winter-Blackout?" vom 23. November 2021 berichtete die Tagesschau von mehrstündigen Stromausfällen in einigen Städten Deutschlands. Vielleicht waren Sie, lieber Zuschauer, auch betroffen und standen hilflos dieser Situation gegenüber, in der nichts mehr geht? Erschrockenheit und Fragen standen im Raum: "Was ist jetzt passiert? Wie lange wird der Ausfall dauern?"

Solange es sich nur um einige Stunden handelt, ist ein Stromausfall sicher noch zu verschmerzen. Wenn die Lichter allerdings länger dauernd und großflächig ausgehen, dann "gute Nacht!" Das sieht dann nach einem Blackout aus. Was aber passiert bei einem Blackout? Um eine minimale Vorstellung der Auswirkungen zu vermitteln, reißen wir hier lediglich einige Szenarien an, wie sie z.B. ein Hersteller von Stromaggregaten beschreibt:

Erster stromloser Tag: Einsatzkräfte im Höchsteinsatz: Verkehrschaos durch ausgefallene Ampeln oder Bahnen, die mitten auf Kreuzungen zum Stehen kommen. Massive Probleme in Großbetrieben der Landwirtschaft (Ausfall von Lüftungs-, Fütterungs- und Melkanlagen)

Zweiter stromloser Tag: Enormer Ansturm auf Banken, keine Treibstoffversorgung mehr, kein Wasser mehr aus der Leitung, nicht mal die Toilettenspülung funktioniert, üble Geruchsbelastung und Hygieneprobleme.

Dritter stromloser Tag: Wegen überlasteter Netze kann man nicht mehr oder nur schwer telefonieren, immer knappere Lebensmittelversorgung, Raub und Plünderungen.

Vierter stromloser Tag: Beatmungsgeräte in Krankenhäusern fallen aus, Medikamente können nicht mehr nachgeliefert werden. Immer schlechter werdende hygienische Bedingungen, Notaufnahmen sind überfüllt und das Personal maßlos überfordert ...

Nach nur einer Woche ist die fehlende Stromversorgung auch für Atomkraftwerke ein Problem. Die Treibstoffreserven für das Notstromaggregat gehen zu Ende, Brennstäbe können nicht mehr gekühlt werden mit der Folge von Atomunfällen. Auch in abgeschalteten Atomkraftwerken brauchen die Brennelemente eine mindestens 5 Jahre dauernde Kühlung, um eine Kernschmelzung der Brennelemente zu vermeiden.

Doch egal, ob der Blackout ein paar Tage oder einige Wochen dauert: Ist der Strom wieder am Netz, dauert es trotzdem noch geraume Zeit, bis wieder ein "Normalzustand" herrscht.

Was uns derzeit hier in Deutschland noch weitestgehend vor der Katastrophe "Blackout" bewahrt, sind die letzten verbliebenen Atom- und Kohlekraftwerke. Sie mußten seit der Umstellung auf Wind- und Sonnenenergie immer häufiger eingesetzt werden, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des Stromnetzes auszugleichen.

Dennoch schaltete die Regierung drei Atomkraftwerke planmäßig Ende 2021 ab und möchte Ende 2022 auch noch die allerletzten drei abschalten, obwohl Leitungen und Speichermöglichkeiten für die Sonnen- und Windenergie noch fehlen!!!

Das für solch einen Ausstieg notwendige neue Netz steht längst noch nicht.

Warnenden Stimmen von Energie-Experten z.B. Herbert Saurugg, Detlef Fischer, Jürgen Hambrecht oder Manfred Haferburg wird in den Medien kaum Gehör geschenkt - genauso wenig Politikern wie z.B. Steffen Kotré von der AfD oder Alexander Mitsch von der Werte-Union, die eine Gegenmeinung zum übereilten Atomausstieg vertreten.

Die Bundesregierung dürfte über einen Blackout sehr gut informiert sein. Bereits 2010 gab das Büro für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) eine Studie zu diesem Thema heraus. Das TAB ist vom deutschen Bundestag beauftragt, wissenschaftlich-technische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft umfassend und vorausschauend zu analysieren. Das Fazit besagter Studie deckt sich voll und ganz mit der Einschätzung vorhin genannter Energie-Experten:

"Die Folgeanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen in betroffenen Gebieten die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens-)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundsätzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Ein gesellschaftliches Risikobewußtsein sei trotz dieses Gefahren- und Katastrophenpotentials nur in Ansätzen vorhanden".

Seit Herausgabe dieser Studie ist jedoch nicht wirklich viel geschehen, um der Gefahr eines Blackouts entgegenzuwirken.

Hier liegt die Frage nahe, weshalb die Bundesregierung in vollem Wissen um die durchaus drohende Gefahr eines Blackouts die letzten Kraftwerke unbeirrt abschafft mit dem Risiko eines Totalkollapses und unserem Land das dringend benötigte Auffangnetz entzieht?

Bereits Franklin Roosevelt (1882-1945) war überzeugt: "In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, daß es auch auf diese Weise geplant war."

Liebe Zuschauer, wir haben hier nur einen extrem kleinen Ausschnitt möglicher Folgen aufgezeigt. Wenn Sie mehr wissen wollen oder sich auf einen längeren Stromausfall vorbereiten möchten, können Sie sich in den angehängten Quellen unterhalb der Sendung weiter informieren.

Über Zusammenhänge, Hintergründe und Beweggründe für diese Entwicklung empfehlen wir auch die Sendung "Blackout - nächster Akt im globalistischen Planspiel?" (kla.tv 20150).<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. März 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Die Energiewende oder die dümmste Energiepolitik der Welt!**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie konnte es eigentlich zu der angeblich dümmsten Energiepolitik der Welt kommen?

Der Mensch ist und bleibt im Gegensatz zu Tieren und Pflanzen ein vernunftbegabtes, geistiges und rational handelndes Lebewesen. Vor allem die geistigen Fähigkeiten und die Vernunft unterscheiden die Menschen von allen anderen Lebewesen. Menschen besitzen nach wie vor aufgrund ihres Verstandes die Fähigkeit des richtigen Erkennens und Beurteilens und können jederzeit zwischen guten und schlechten Handlungen unterscheiden sowie ihre natürlichen Triebe unterdrücken und umformen.

Um die dümmste Energiepolitik der Welt richtig einordnen zu können, muß zunächst die Energiepolitik der zurückliegenden Jahrzehnte betrachtet werden:

Zivile Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland

Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg gründeten am 25. März 1957 in Rom die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM).

Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm damals 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft und durfte danach als Nichtmitglied der UNO an der zivilen Nutzung der Kernenergie teilnehmen.

In der Bundesrepublik Deutschland entstand danach in erstaunlich kurzer Zeit eine sehr leistungsfähige und erfolgreiche Nuklearindustrie. Am 17. Juni 1961 lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk in Kahl/Main bereits erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke seit 1961 von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Das deutsche Unternehmen Kraftwerk Union AG (KWU) baute seit den 1980er Jahren die wirtschaftlichsten und sichersten Kernkraftwerke (Druckwasserreaktoren), die weltweit exportiert wurden.

Nach dem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl/-Ukraine am 26. April 1986 führte die straff geführte Antiatomkraftbewegung fast wöchentlich friedliche Demonstrationen oder gewalttätige Krawalle gegen den Bau von neuen Kernkraftwerken und gegen die Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf durch. Infolge der zahllosen gewalttätigen Ausschreitungen wurde schließlich das Projekt "Wiederaufarbeitungsanlage" am 31. Mai 1989 eingestellt.

Im September 1989 wurde auch der Hochtemperaturreaktor THTR-300 in Hamm-Uentrop wegen "technischer Probleme" stillgelegt. Dieser neuartige Hochtemperaturreaktor zählte zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Da der Thorium-Reaktor abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen konnte, hätte man die hochradioaktiven Abfälle mehrheitlich sinnvoll nutzen und gleichzeitig die Energieversorgung Deutschlands jahrzehntelang sichern können.

Ausstieg aus der Kernenergie

Nach dem Ende der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und des Hochtemperaturreaktors THTR-300 in Hamm-Uentrop im Jahre 1989 verständigte sich die deutsche Bundesregierung - SPD und Bündnis 90/Die Grünen - am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Kernenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden, um die bis 1989 in Deutschland aufgebaute leistungsfähige Nuklearindustrie systematisch zu zerstören. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde schließlich ab 2000 verboten.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011

eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken damals fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Nach dieser Flutwelle an der japanischen Nordostküste beschloß der deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 im Rahmen der sogenannten Energiewende die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, obwohl die deutschen Kernkraftwerke damals weltweit zu den effektivsten und sichersten aller in Betrieb befindlichen Anlagen zählten.

Die Bundesrepublik Deutschland blieb danach jedoch trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), nahm aber nicht mehr an den Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Kernenergiebereich teil.

Der 2011 beschlossene deutsche Atomausstieg leitete zwangsläufig den Niedergang der damals modernsten und sichersten Stromversorgung der Welt ein. Die ehemals unglaublich leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie wurde in den folgenden Jahren komplett zerschlagen. Das deutsche Unternehmen Kraftwerk Union AG (KWU), das einst die weltbesten Kernkraftwerke entwickelte und baute, existiert heute nicht mehr. Sämtliche Konstruktionspläne für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen und für die Thorium-Reaktortechnik wurden regelrecht verramscht und von französischen, britischen sowie chinesischen Investoren kostengünstig erworben.

Klimawandel

Die Umweltorganisation der Vereinten Nationen "UNEP" und die Weltorganisation für Meteorologie "WMO" gründeten im Jahre 1988 den Zwischenstaatlichen Ausschuß für Klimaänderungen "IPCC". Der IPCC war in erster Linie ein politisches Instrument zur Bekämpfung einer angeblich bevorstehenden fiktiven Klimakatastrophe und sollte vor allem die menschengemachten Treibhausgase reduzieren, um den Klimawandel zu stoppen.

Albert (Al) Gore, (1948*-, amerikanischer Politiker, Demokrat, Mitglied des "Komitees der 300", 1993-2001 US-Vizepräsident, unterlag 2000 bei den Präsidentschaftswahlen gegen G. W. Bush, erhielt 2007 den Friedensnobelpreis) und der kanadische UN-Funktionär und Unternehmer Maurice Strong (1929-2015, ab 1972 erster Generalsekretär des UN-Umweltprogramms, seit 1976 Unternehmer, u.a. auch als Treuhänder der Rockefeller Stiftung tätig) zählten zu den eigentlichen Begründern des IPCC.

Die aktuelle Klimaschutzpolitik der Ökoideologen beruht seit Jahrzehnten auf bisher unbewiesenen fiktiven Klimamodellen des IPCC. Nach Auffassung des selbsternannten "Weltklimarates" wird sich die Erde durch die menschengemachte Erhöhung des CO₂-Gehaltes in den nächsten Jahrzehnten dramatisch erwärmen. Nach Meinung der fanatischen Klimaschützer kann die Erde nur gerettet werden, wenn man den CO₂-Verbrauch drastisch reduziert.

Das Klima wandelt sich, seit die Erde existiert. Der Klimawandel wird seit jeher hauptsächlich durch die Sonnenaktivitäten und durch die zyklischen Schwankungen der Erdumlaufbahn um die Sonne geprägt.

Das global freigesetzte CO₂ auf der Erde stammt zu 97 % aus der Natur (Ozeane = ca. 44 %, Bodenorganismen = ca. 29 %, Atmung der Landorganismen = ca. 24 %).

Nur 3 % des global freigesetzten CO₂ auf der Erde stammt demnach aus menschlicher Tätigkeit = Industrie, Landwirtschaft etc.

Ungeachtet der Tatsachen, daß zum Beispiel der "Treibhauseffekt" nicht existiert und der menschliche Anteil nur höchstens 3 % des global freigesetzten CO₂ auf der Erde beträgt, setzte die allgegenwärtige Umweltpropaganda die fiktiven Ursachen der vermeintlichen globalen "Klimakatastrophe" weltweit als einzige "Wahrheit" durch.

Der angeblich menschengemachte Klimawandel entwickelte sich schon bald zu einem vorzüglichen Herrschaftsinstrument, denn die systematische Erzeugung von Angst war seit jeher ein

großartiges Machtmittel, um die Bevölkerung zu unterdrücken und zu drangsaliieren.

Da "glücklicherweise" niemand den menschengemachten "Treibhauseffekt" und andere neue menschengemachte "Umweltprobleme" nachweisen kann, erwiesen sich diese willkürlich konstruierten fiktiven "Umweltgefahren" als ungemein wirksame Manipulationsinstrumente, um Industrienationen zu destabilisieren und um den Bevölkerungen bisherige Eigentums- und Freiheitsrechte zu entziehen.

Obleich seriöse Wissenschaftler den angeblich menschengemachten Klimawandel als den größten Schwindel der Menschheitsgeschichte bezeichnen, belügt, betrügt, manipuliert und täuscht die verbrecherische Klimasekte weiterhin das leichtgläubige Volk, um ihre frei erfundenen Behauptungen und physikalische Unmöglichkeiten vor der Demaskierung zu schützen.

Al Gore, Strong und viele andere Klima-Lobbyisten machten z.B. gigantische Geschäfte mit dem Klimawandel. Al Gore beteiligte sich direkt am Emissionsrechtehandel und erhielt Provisionen für CO₂-Zertifikate. Gore wurde später von der US-Presse als der erste Kohlenstoff-Milliardär gefeiert.

Weitere erfolgreiche Profiteure des cleveren Klimaschutz-Geschäftsmodells waren z.B. der US-Starinvestor und Unternehmer Elon Musk, der US-Spekulant und Milliardär Warren Buffett, der indische Milliardär Vinod Khosla sowie der US-Filmregisseur und Unternehmer James Cameron.

EU-Vorgaben, das Erneuerbare Energien Gesetz und planwirtschaftliche Maßnahmen

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Die in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Energieerzeugungsunternehmen wurden danach durch die EU-Vorgaben, das Erneuerbare Energien Gesetz sowie durch planwirtschaftliche Maßnahmen der deutschen Bundesregierung, wie z.B. durch die Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom, planmäßig ruiniert. Infolge dieser destabilisierenden politischen Maßnahmen wurde besonders der Betrieb von konventionellen Kraftwerken unrentabel.

E.ON, der ehemals größte nationale deutsche Stromerzeuger, verkaufte z.B. im Jahre 2018 sämtliche konventionellen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke - außer den deutschen Kernkraftwerken - an den finnischen Staatskonzern Fortum.

Energiewende

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen zur Rettung des Weltklimas.

Im Jahre 2000 wurde danach das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern und um die sog. Energiewende durchzusetzen.

Der BDI berichtete im Jahre 2015, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Senkung der deutschen CO₂-Emissionen von etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro durchführen müßte.

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee der deutschen Bundesregierung, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führte statt der angekündigten Rettung des Weltklimas zunächst lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.

In der Bundesrepublik Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bereits mindestens 500 Milliarden Euro. Trotz dieser riesigen Kosten wurde das Klima in keinsten Weise gerettet, sondern lediglich die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die stabile Stromversorgung in Deutschland systematisch zerstört.

Der Strompreis stieg z.B. von 14 Cent pro kWh im Jahre 2000 auf 30,5 Cent im Jahre 2019 und steigt immer weiter. Aufgrund der hohen Strompreise können schon bald viele private

Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen und immer mehr Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern.

Bei der Energiewende handelt es sich zweifelsfrei um ein ökonomisch unbezahlbares und hochgradig unsoziales sowie um ein völlig unsinniges Projekt, bei dem es nur sehr wenige Gewinner gibt.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland als wirksames Machtinstrument genutzt, um planwirtschaftliche Maßnahmen zu realisieren sowie um eine gigantische Umverteilung von Vermögen an einige wenige Gewinner des arglistig inszenierten Klimaschwindels zu verwirklichen. Ferner wurde der weltweite Klimaschwindel eingesetzt, um unbequeme Konkurrenten, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Exporteure, durch enorme Wettbewerbsnachteile zu destabilisieren oder auszuschalten, um vermeintliche "klimageschädigte" Entwicklungsländer zu entschädigen oder ausländische Unternehmen zu begünstigen.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diene nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu. Besonders Bundeskanzlerin Angela Merkel schaffte es innerhalb von 16 Jahren, den ehemals vorbildlichen Industriestandort Deutschland systematisch und vorsätzlich zu ruinieren.

Kohleausstieg bis 2038

Im Januar 2019 schlug die sogenannte "Kohlekommission" der deutschen Bundesregierung vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.

Obgleich die Bundesrepublik Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt, beschloß die deutsche Bundesregierung per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit berichtete am 4. März 2021 über das Kohleausstiegsgesetz: >>Wann werden die Kohlekraftwerke abgeschaltet?

Die ersten Kraftwerke gehen 2020 vom Netz und **bereits Ende 2022 werden von den heute rund 40 Gigawatt Kohlekraftwerksleistung noch insgesamt lediglich 30 Gigawatt** (je 15 Gigawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) **in Betrieb sein**; 2030 dann nur noch insgesamt **17 Gigawatt** (8 Gigawatt Stein- und 9 Gigawatt Braunkohle). Bei einem entsprechenden Ausbau der erneuerbaren Energien auf - wie vereinbart - 65 Prozent, kann damit im Energiesektor das Klimaziel für 2030 erreicht werden. ...<<

Ab 2023 stehen nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) für die Grundlast zur Verfügung.

Windkraft- und Photovoltaikanlagen

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke und regenerative Energien. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt jedoch nach wie vor von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich.

Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb waren bis zum Jahr 2011 etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden. Diese "Schattenkraftwerke" sprangen dann ein, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung stand.

Der Betrieb von Windkraft- und Photovoltaikanlagen verursacht zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber diese Anlagen ersetzen wegen fehlender Stromspeicher kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelbarkeit der regenerativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann. Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung von konventionellen "Schattenkraftwerken" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt.

Auch wenn man kurzfristig zusätzlich weitere 100.000 Windkraftanlagen errichten würde, wären diese 100.000 Windkraftanlagen wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes und wegen der fehlenden Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht. Nach dem Kohleausstieg besteht die grundlastfähige, regelbare Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland nur noch aus einigen Gaskraftwerken, Pumpspeicherkraftwerken, Wasserkraftwerken und Biogasanlagen.

Fehlende Stromspeicher

Die Windkraft- und Photovoltaikanlagen können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW vorhanden, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.

Ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher können Windkraft- und Photovoltaikanlagen nachweislich keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleisten, denn nur aufgrund der Regelbarkeit von leistungsfähigen Großspeichern besteht die Möglichkeit, den erforderlichen Grundlaststrom sekundengenau nach Bedarf zu produzieren. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet jedoch die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es vermutlich in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik, so daß der Industriestandort Deutschland dank des "Flutterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen schon bald nicht mehr existieren wird.

Stabile deutsche Stromversorgung war bis 2011 gewährleistet

Bis zum Jahre 2011 wurden etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von etwa 83.000 Megawatt durch Kernkraftwerke, konventionelle Kohle- und Gaskraftwerke gewährleistet. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Die Stromerzeugung bestand damals aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast.

Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung spätestens ab 2023

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung.

Das Erneuerbare Energien Gesetz und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen sowie der Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle zerstörten letzten Endes die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grund- und Mittellaststromerzeugung wurde plötzlich allein den Gaskraftwerken

(ohne Gas) auferlegt.

Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es ab 2023 vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der abgeschalteten Kern- und Kohlekraftwerke durch Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie Gaskraftwerke ersetzt werden kann.

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 66.400 Megawatt, etwa 80 % der Stromnachfrage, in Deutschland erforderlich sind, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 tatsächlich nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt - je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke - sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast vorhanden.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken.

Flächendeckender Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Eine im Winter typische tagelange Dunkelflaute genügt bereits, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In der Bundesrepublik Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Alle Speicherbecken der 36 deutschen Pumpspeicherkraftwerke sind längst leer.

Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und können während der Kältephase den dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom nicht nach Deutschland liefern.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn die Bundesrepublik Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann. Die normale Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes beträgt 50 Hertz. Falls die Netzfrequenz z.B. wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu einem flächendeckenden Stromausfall (Blackout) im gesamten Land.

Aufgrund einer konstanten Stromnachfrage von über 80.000 Megawatt wird die Lage in der Bundesrepublik Deutschland immer aussichtloser, die normale Netzfrequenz bei 50 Hertz zu halten. Da es die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen nicht mehr gibt, werden sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten vom Netz genommen, um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruches (Blackouts) zu verhindern.

Die Notabschaltung der Stromverbraucher genügt jedoch wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung nicht, um die Netzstabilität zu erhalten. Die Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes sinkt trotzdem unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall im gesamten Land kommt.

Folgen eines längeren flächendeckenden Stromausfalls

Längere flächendeckende Stromausfälle lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Infolge des totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und chaotische Zustände

auslösen. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Selbstmorde, Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Spruchwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich**. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfassbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlturmpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Schlußbemerkungen

Angesichts der deutschen Energiepolitik der letzten 33 Jahre handelt es sich zweifelsfrei nicht um die dümmste Energiepolitik der Welt, sondern um eine planmäßig inszenierte Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft. Aufgrund dieser völlig unsinnigen Destabilisierungspolitik ähnelt die Bundesrepublik Deutschland einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln wegen der ideologischen Energiewende an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen.

Diese Kritiker berücksichtigen leider nicht, daß die Deutschen bei entscheidenden Fragen nach wie vor kein Selbstbestimmungsrecht gegenüber den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges besitzen. Der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erklärte z.B. Ende November 2011 auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen. ..."**

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besor-

gen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zwangsläufig auch für die ideologische Energiewende der betreuten deutschen Politiker und Parteien verantwortlich.

Nach Jahrzehnten der Unfreiheit wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben, denn die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Es ist gegenwärtig nicht damit zu rechnen, daß die jahrzehntelange Zwangsbetreuung irgendwann aufgehoben wird, deshalb werden die betreuten Deutschen weiterhin keine politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte erhalten und gehorsame Befehlsempfänger bleiben.

Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges streben offensichtlich nicht das Wohl der Deutschen an, denn jeder vernünftige Mensch weiß, wer gegen Naturgesetze verstößt, verursacht zwangsläufig schwere Schäden, die oftmals nicht sofort, sondern erst nach einer gewissen Zeit eintreten.

Ohne die Rückkehr zur Realität, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird die ideologische Energiewende höchstwahrscheinlich mit einer noch nie dagewesenen Katastrophe enden. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 10/22" berichtete am 4. März 2022 (x1.387/...): >>"Erneuerbare Energien sind Freiheitsenergien"

Versorgungssicherheit in Deutschland: Kurzfristig lassen sich die Gas-, Steinkohle- und Erdöllieferungen aus Rußland kaum ersetzen

Marc Schmidt

Der russische Angriff auf die Ukraine hat Teilen des Ampel-Koalitionsvertrags die Grundlage entzogen: Aus Ab- wird Aufrüstung, und aus dem Versprechen "ein Deutschland frei von Atomwaffen" werden neue Bundeswehrjets für die nukleare Teilhabe. Nur Angela Merkels "Energiewende" scheint bislang noch sakrosankt: "Erneuerbare Energien leisten nämlich nicht nur einen Beitrag zur Energiesicherheit und -versorgung", erklärte Finanzminister Christian Lindner in der Bundestagskrisensitzung am Sonntag. Sie lösen "uns von Abhängigkeiten. Erneuerbare Energien sind deshalb Freiheitsenergien", so der FDP-Chef.

Woher der Strom bei Dunkelflauten woher kommt, verriet Lindner nicht. Weshalb bekannte sich der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck nicht ganz so pathetisch und überzeugt zu Solar- und Windkraft. Denn zusätzliche Schuldenmilliarden lassen sich einfacher "organisieren" als praktische Energiesicherheit und Rohstoffimporte.

Theoretisch lassen sich die deutschen Braunkohlekraftwerke jahrzehntelang weiterbetreiben.

Auch bei einigen Reaktoren wäre eine Wiederinbetriebnahme mit hohem Aufwand mittelfristig möglich. Das für Dezember geplante Abschalten der verbliebenen AKWs Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 wäre jetzt noch zu verhindern - wenn den Betreibern belastbare Zusagen gemacht würden.

Doch zur Zeit ist Rußland nicht nur wichtigster Lieferant für Erdgas, sondern auch für Steinkohle: Knapp die Hälfte des Imports von 40 Millionen Tonnen stammt aus Putins Reich. Die alternativen Lieferanten in Nord- und Südamerika oder Australien haben wegen des langen Schiffstransports Kostennachteile und eine deutlich schlechtere Ökobilanz. Der subventionierte heimische Abbau ging mit dem Schließen der letzten Ruhr-Zeche Prosper-Haniel im Dezember 2018 zu Ende.

Flüssiggas per Schiff aus Amerika oder Katar zu beziehen ist teuer

In der EU sank die Steinkohleförderung 2020 auf 56 Millionen Tonnen - das waren etwa 80 Prozent weniger als 1990. Die wirtschaftlich nutzbaren Braunkohlevorräte in Rheinland, Lausitz und Mitteldeutschland summieren sich auf 35.900 Millionen Tonnen - doch angesichts der Klimapanik ist eine Nutzung illusorisch.

Etwa 55 Prozent des importierten Gases stammt bislang aus Rußland, es wird über die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1, Jamal (Weißrußland/Polen) und Transgas/Bratstovo (Ukraine/Slowakei) geliefert. Im Gegensatz zur Kohle besteht auf dem Weltmarkt bei konstantem Verbrauch ein stark preistreibendes Mengenproblem, sollte Rußland freiwillig oder durch Sanktionen dauerhaft von Lieferungen nach Europa ausgeschlossen werden. Größere Lieferungen aus den Niederlanden und Norwegen oder aus Afrika (Mittelmeer-Pipelines) scheitern an Kapazitätsproblemen.

Flüssigerdgas (LNG) per Schiff aus Amerika oder Katar zu beziehen ist eine teure und aufwendige Alternative. Der energieintensive Transport und die umstrittene Förderung mittels Fracking in den USA reduzieren die ökologischen Vorteile gegenüber der Kohle. Selbst wenn ausreichend Tankerkapazitäten bereitstünden, fehlen in Deutschland bislang Erdgasterminals und deren Anbindung ans Gasnetz. Habecks versprochene LNG-Initiative dürfte aber in Washington, Brüssel und den Golfstaaten auf freudige Zustimmung stoßen - nur was sagen Basis-Grüne, Fridays for Future & Co." dazu? Und bis zum nächsten Winter ist kein Gasterminal betriebsbereit.

Auch für unraffiniertes Erdöl ist Rußland - vor allem über die Druschba-Pipeline - Deutschlands Hauptlieferant. Die russische Importmenge war im Schnitt größer als die Gesamtmenge der drei folgenden Lieferländer USA, Großbritannien und Norwegen. Beim Öl-Import rächt sich die deutsche Politik, möglichst unabhängig von den muslimisch dominierten OPEC-Staaten zu werden. Schon jetzt herrschen am Ölmarkt Rekordpreise. Die Kapazitäten für Deutschland und Osteuropa - als Ersatz russischer Lieferungen - sind kurzfristig beschränkt. Der Iran würde sicher gern liefern, doch wegen der Atombomben-Frage ist das Land seit Jahren unter einem harten Sanktionsregime.

Bizar ist, daß die USA zunächst weiterhin relativ billiges russisches Öl importieren, denn ein hoher Benzinpreis oder gar ausverkaufte Tankstellen würden bei den Zwischenwahlen im November zu einem Desaster für Joe Bidens US-Demokraten. Putin-Öl ersetzt bislang Öl aus dem sanktionierten Venezuela, jahrzehntelang "Hauslieferant" der USA. Zudem sind die dortigen Förderanlagen durch sozialistische Mißwirtschaft ruiniert.

Teureres Fracking-Öl läßt sich nur bei hohen Weltmarktpreisen rentabel fördern - und es taugt nicht als Rohstoff für viele US-Raffinerien. Das Öl soll aber gewinnbringend nach Europa exportiert werden. Aus alldem folgt die bittere Erkenntnis: Ein Verzicht auf die Kohle-, Gas- und Ölimporte aus Rußland würde kurzfristig die Versorgungssicherheit in Deutschland dramatisch gefährden. Mittelfristig sind Alternativen denkbar - aber zu viel höheren finanziellen, politischen und ökologischen Kosten.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 11/22" berichtete am 11. März 2022 (x1.387/...): >>Widersprüche im "umfassenden Entlastungspaket" der Ampelkoalition Unsoziale Energiepolitik

Dirk Meyer

Der Ukraine-Krieg hat den Benzin- und Dieselpreis über zwei Euro klettern lassen. Doch ein steigender Verbrauch nach Corona, ein geringeres Angebot und die Energiewende haben die Kaufkraft schon vorher angegriffen: Der Verbraucherpreisindex lag im Februar bei 5,1 Prozent - bei Haushaltsenergie und Kraftstoffen betrug die Inflationsrate sogar 22,5 Prozent.

Hier haben das 2021 in Kraft getretene nationale Emissionshandelssystem mit Festpreisen für die CO₂-Zertifikate und die EEG-Umlage für Ökostrom-Produzenten eine erhebliche Verteuerung bewirkt.

Hinzu kommen die aktuellen, teils spekulativ bedingten Knappheitspreise. Während der CO₂-Preis den Verbrauch knapper Umweltressourcen lenken soll, ist die EEG-Umlage eine Subvention für eine politisch gewollte regenerative Stromerzeugung, die unter marktlichen Verhältnissen keinen Bestand hätte - also eine staatliche Technologiesteuerung.

In beiden Fällen zahlt der Verbraucher eine "Umweltsteuer". Die Ampelkoalition hat nun aber ein "umfassendes Entlastungspaket" (Lars Klingbeil) beschlossen: Die EEG-Umlage (etwa elf Prozent des Strompreises) soll zum 1. Juli wegfallen. Die Pendlerpauschale wird rückwirkend zum 1. Januar ab dem 21. Kilometer von 35 auf 38 Cent angehoben. Das bringt Privathaushalten 6,6 Milliarden Euro und Fernpendlern etwa 300 Millionen Euro jährlich.

Doch beide Maßnahmen konterkarieren die angestrebte Energieeinsparung: Stromverbrauchseinsparung wird weniger belohnt und es gibt weniger Anreize für wohnortnahe Arbeiten. Zudem ist das nichts anderes als "linke Tasche, rechte Tasche", denn die Erleichterungen führen zu einer Zusatzbelastung des Staatshaushaltes - oder möglicherweise zu Ausgabenkürzung anderswo.

Ein weiteres Beispiel für einen Markteingriff mit fragwürdigen umwelt- und sozialpolitischen Folgen ist die "Innovationsprämie" für E-Autos von bis zu 9.000 Euro. Dabei dürfte klar sein, wer sich einen VW ID.4 (ab 38.915 Euro) oder Tesla 3 (ab 46.560 Euro) vornehmlich leistet. Abgesehen von dem Streit, ob denn E-Autos über den gesamten Lebenszyklus derzeit tatsächlich klimaschonender sind, gerät der Bonus zur Subvention für die "Besserverdienenden".

Die bis Ende 2022 geltende Mindesthaltedauer von nur sechs Monaten hat bei einigen Autohändlern zu einer pfiffigen Vertragskonstruktion geführt: "Tesla Model 3 kostenlos fahren für sechs Monate - Verbindlicher Ankauf nach sechs Monaten!" Danach geht der Wagen nach Dänemark, wo er bis zu 14.000 Euro mehr kostet als in Deutschland. Das grüne Wirtschaftsministerium war lernfähig und hat ab 2023 die Haltedauer auf ein Jahr verlängert.

Nicht der in die Knappheitspreise eingreifende "Gutmensch-Politiker", sondern der um sozialen Ausgleich bemühte "Markt-Politiker" ist gefragt. Konkret hieße dies, die zumeist nur kurzfristig hohen Energiepreise zuzulassen, die knappheitsmindernden Anpassungsreaktionen durch Einsparungen, Angebotserhöhungen und Technologieoffenheit abzuwarten und bis dahin einen allgemeinen sozialen Ausgleich in Form von Sozialtransfers an einkommensschwache Haushalte zu gewähren. Hier sind die Sofortzuschläge für Bezieher von Hartz IV, Grundversicherung oder Sozialhilfe von einmalig 100 Euro und der Kinderbonus von 20 Euro pro Monat allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. April 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Wiederaufbau der deutschen Energieversorgung

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 9 Monaten sollen die letzten Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Spruchwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich**. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfassbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlturmpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Wiederaufbau einer stabilen deutschen Stromversorgung

Unsere Heimat darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld mißbraucht werden. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

Wir benötigen endlich wieder eine realistische Energiepolitik, die konkrete Lösungen für reale Probleme sucht, statt ideologiegetriebenen Visionen hinterherzulaufen.

Wir benötigen endlich wieder eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt. Gerade in der Energiewirtschaft mit ihren langlebigen und kostenintensiven Anlagen benötigen wir endlich wieder eine effektive Energiepolitik, in der sich die Kreativität von Wissenschaftlern und Unternehmen frei entfalten kann.

In Deutschland bestand die konventionelle Stromerzeugung bis zum Ausstiegsbeschluß aus der Kernenergie im Jahre 2011 zu 80 % aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für

die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet nach wie vor die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz. Nur aufgrund der Regelbarkeit von konventionellen Kern-, Kohle- und Gaskraftwerken kann der Strom sekundengenaue nach Bedarf produziert werden.

Folgende Maßnahmen sind unverzüglich zu realisieren, um wieder eine sichere konventionelle Grundlast-Stromerzeugung zu gewährleisten:

1. 15jährige Laufzeitverlängerung für die letzten noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (drohende De-Industrialisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands) sollte die deutsche Bundesregierung unverzüglich handeln und eine angemessene Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland beschließen.

Die zusätzlichen Reaktivierungskosten für die Beschaffung von neuen Brennelementen und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung von Fachpersonal sind im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge vom Gesetzgeber zu übernehmen.

2. Wiederinbetriebnahme der vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke

Da die Zeit drängt, sollte nicht nur die Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke beschlossen werden, sondern alle vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke, die reaktiviert werden können, sind wieder bis zur ursprünglich geplanten Abschaltung in Betrieb zu nehmen.

In der Bundesrepublik Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bisher mindestens 500 Milliarden Euro, deshalb dürfen die Reaktivierungskosten für die Wiederinbetriebnahme der völlig überhastet stillgelegten Kernkraftwerke und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung des erforderlichen Fachpersonals keine Rolle spielen.

Während in Deutschland seit Jahren keine Forschung im Bereich der Kernenergieerzeugung existiert, werden weltweit die Atomforschung intensiviert und neuartige Kernkraftwerke entwickelt. Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Slowakei und Slowenien forderten im März 2021 die EU-Kommission in einem offenen Brief zur größeren Förderung der Kernenergie auf, da es ohne die zivile Nutzung der Kernenergie zukünftig keine sichere Stromversorgung geben würde.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energiewende zwar den endgültigen Atomausstieg und die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, aber die Bundesrepublik Deutschland blieb trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), die am 25. März 1957 in Rom gegründet wurde.

Da die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein zahlendes Mitglied der Europäischen Atomgemeinschaft ist, sollte sie endlich wieder an der Entwicklung moderner Kerntechnik und an der Errichtung von neuartigen Kernreaktoren der "Generation IV" teilnehmen, denn nur die Kernenergie bietet zukünftig eine grundlastfähige Stromversorgung ohne CO₂-Emissionen.

3. Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" mit staatlicher Unterstützung

Um zukünftig eine **zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung** zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesregierung für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen und den Bau dieser neuartigen Kernkraftwerke durch angemessene Staatsbeteiligungen und Kredite fördern.

Die neuartigen Kernreaktoren der Generation IV (DFR = Dual-Fluid-Reaktor, SMR = small modular reactor, u.a.) **sind** extrem kompakt, **physikalisch sicher und produzieren keine hochradioaktiven Abfälle**. Sie können ferner relativ preisgünstig und schnell gebaut werden.

Dual Fluid Reaktor (DFR) - ein neuartiger Reaktor der sog. Generation IV

Der neuartige Dual Fluid Reaktor wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwickelt. Der Dual Fluid Reaktor wurde erstmalig während der IAEA-Konferenz FR13 vom 4. bis zum 7. März 2013 in Paris vorgestellt.

Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Der Dual Fluid Reaktor nutzt **als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und abgebrannte Brennelemente**, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern könnten sinnvoll genutzt werden.

Das schon vor Jahrzehnten entwickelte Grundkonzept des Dual Fluid Reaktors, bei dem der Brennstoff in Form von Flüssigsalz durch den Reaktor gepumpt wird, wurde um einen weiteren Kreislauf erweitert.

Der Dual Fluid Reaktor ermöglicht wegen der hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000 ° Celsius neben der **Bereitstellung von elektrischer Energie** auch die **zusätzliche Nutzung von Prozeßwärme (zur Herstellung von Wasserstoff**, der in Kombination mit Kohlendioxid in synthetische Treibstoffe verwandelt werden kann u.a.).

Der Dual Fluid Reaktor ist **physikalisch sicher**. Es sind z.B. keine aktiven Sicherungen vorhanden, die versagen können. Selbst bei hohen Temperaturen reagiert Blei sehr träge, Explosionen können nicht entstehen, wegen der vorhandenen Doppelkühlung ist ein GAU ausgeschlossen. Der Dual Fluid Reaktor **produziert keine hochradioaktiven Abfälle**, die jahrtausendlang sicher gelagert werden müssen. Die schwachradioaktiven Abfälle des DFR besitzen mehrheitlich Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren, die restlichen Abfälle müssen etwa 300 Jahre gelagert werden.

Die **Baukosten** für einen Dual Fluid Reaktor mit **1.500 Megawatt elektrischer Leistung und 3.000 Megawatt thermischer Leistung** betragen **etwa 1,5 Milliarden Euro**.

Das DFR-Konzept wurde von Mitarbeitern der TU München und der E.ON Kernkraft GmbH (gegenwärtig PreussenElektra GmbH) überprüft und validiert.

Der Dual Fluid Reaktor könnte frühestens ab 2030 in Betrieb gehen.

Während die Öko-Energieerzeugung (Wind, Sonne und Biomasse) höchstens nur ein Zehntel der Effizienz der konventionellen Kraftwerke bzw. das Niveau des Mittelalters erreicht, ist der neuartige Dual Fluid Reaktor in der Lage, die Effizienz der derzeitigen konventionellen Kraftwerke sogar mindestens zu verdoppeln.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind **keine neuen Stromleitungen und keine weiteren Windkraftanlagen** erforderlich.

Da der Dual Fluid Reaktor abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die hochradioaktiven Abfälle (etwa 20.000 Tonnen Atommüll) nicht nur langfristig die Stromerzeugung Deutschlands garantieren, sondern außerdem größtenteils sinnvoll entsorgt. **Damit endet auch die unendliche Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausend-lange Entsorgung** von abgebrannten Brennelementen.

Am 1. Juli 2017 übertrugen die KKW-Betreiber für die Zwischen- und Endlagerung **24,1 Milliarden Euro** an den Bund. Diese finanziellen Mittel könnten wegen der drastischen Reduzierung der radioaktiven Abfälle größtenteils für den Bau von DFR-Kernkraftwerken und konventionellen Gaskraftwerken genutzt werden.

4. Rückgängigmachung des Kohleausstiegs

Die deutsche Bundesregierung beschloß per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen. Die Betreiber von Braunkohlekraftwerken sollen mit insgesamt 4,35 Milliarden Euro für die Stilllegungen entschädigt werden.

Deutschland besitzt außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen, deshalb muß das unsinnige Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020 umgehend storniert werden.

Der Weiterbetrieb aller noch in Betrieb befindlichen und noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke ist durch staatliche Fördermaßnahmen zu gewährleisten, bis die Kohlekraftwerke durch Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" (DFR) ersetzt werden können.

Angesichts der dramatischen Preiserhöhungen für Öl und Gas sollte die stoffliche Nutzung der Braunkohle in West- und Mitteldeutschland nicht voreilig gesetzlich ausgeschlossen werden. Die Braunkohle ist für die chemische und petrochemische Industrie ein wertvoller Rohstoff und könnte die Importabhängigkeit von Öl und Gas drastisch verringern. Falls die Preise für Öl und Gas weiter steigen, könnte die Braunkohle bis 2030 etwa 30 Prozent der Chemierohstoffe in Deutschland stellen und wesentlich zur Versorgungssicherheit Deutschlands beitragen.

5. Baustopp für Windkraftwerke und Solaranlagen

Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger. Windkraftwerke und Solaranlagen können ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nachweislich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen, aber sie können niemals eine zuverlässige Energieversorgung und die unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit gewährleisten.

Der Ausbau regenerativer Energie in Siedlungsgebieten ist grundsätzlich nur zu rechtfertigen, wenn diese Form der Stromgewinnung technologisch zukunftsweisend und wirtschaftlich sinnvoll ist. Wesentliche Argumente, mit denen die Befürworter den schnellen und überzogenen Ausbau der Windenergie fordern, halten einer genauen Prüfung jedoch nicht stand.

Warum können Windkraftwerke keine stabile Energieversorgung gewährleisten?

1. Windkraftwerke sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht grundlastfähig. Die Windenergie kann deshalb aufgrund von physikalischen Begrenzungen letztlich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen, denn auch mehrere 100.000 Windkraftanlagen sind wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

2. In der Bundesrepublik Deutschland wurden bis zum Jahre 2020 ca. 30.000 Windkraftanlagen installiert, die theoretisch nur etwa 18 % des benötigten Stromverbrauchs decken konnten. Obgleich der jahrzehntelange Ausbau der Windenergie das Landschaftsbild dramatisch verunstaltete und die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen, die in der näheren Umgebung von Windkraftwerken wohnen, durch Laufgeräusche, Schlagschatten, Infraschall, Lichteffekte, Blinklichter usw. nicht selten unerträglich beeinträchtigte, planen die vermeintlichen Klimaretter den Ausbau der Windenergie bis zum Jahre 2030 mindestens zu verdreifachen.

3. Durch die unterschiedlichen Stromeinspeisungen, die sich nach den schwankenden Windverhältnissen richten, wird das Verbundnetz der Stromerzeuger unentwegt stärker belastet. Für jede neue Windkraftanlage fallen zusätzliche Kosten für die Aufrechterhaltung einer konstanten Stromspannung an, die auf die Netzentgelte umgewälzt werden. Die steigende Zahl der Windkraftwerke und der zunehmende Windenergieanteil führen andauernd zu Spannungsschwankungen des Stromnetzes und gefährden fast ständig die Netzstabilität.

Oftmals kann man die Stabilisierung des Stromnetzes nur durch vorhandene konventionelle Reservekraftwerke ausgleichen. Infolge des ständigen An- und Abfahrens der konventionellen Kraftwerke werden die durch Windkraftanlagen eingesparten Schadstoffmengen größtenteils

wieder freigesetzt. Während im Jahre 2003 nur vier Eingriffe im Jahr nötig waren, um das Stromnetz zu stabilisieren, sind gegenwärtig bis zu zehn Eingriffe täglich erforderlich und verursachen immer höhere Kosten.

4. Um die Versorgungssicherheit und Netzstabilität zu garantieren, mußten bis 2011 zusätzliche konventionelle Kraftwerke mit einer Kapazität von mindestens 80 % der Windkraftleistung bereitgehalten werden. Diese Schattenkraftwerke kamen dann zum Einsatz, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung stand. Diese Reservekraftwerke verursachen zwangsläufig erhebliche Fixkosten.

5. Die im Norden konzentrierte Windstromenergie muß verteilt werden, deshalb sind in den nächsten Jahren rund 1.500 km neue Hoch- und Höchstspannungsleitungen zu errichten. Der dringend notwendige Netzausbau wird nicht nur hohe Kosten verursachen, sondern zusätzlich weitere Teile unserer Landschaft verschandeln.

6. Als im Jahre 1983 an der Nordseeküste die ersten Windkraftwerke errichtet wurden, dachte vermutlich noch niemand daran, daß man in den folgenden Jahrzehnten das gesamte Land verspargeln würde. Gegenwärtig werden sogar die letzten geschlossenen deutschen Waldgebiete vernichtet und uralte Waldflächen abgeholzt, um die Stromerzeugung aus Windenergie drastisch zu erhöhen.

Für den Bau und die Wartung der gigantischen Windkraftanlagen sind naturgemäß befestigte Straßen erforderlich, deshalb müssen nicht selten breite Schneisen quer durch die Wälder geschlagen werden, um die schweren Baumaschinen und die riesigen Bestandteile der Windkraftanlagen an die zukünftigen Standorte transportieren zu können.

Die hohen Windkraftwerke benötigen zwangsläufig stabile Stahlbetonfundamente, die große Flächen des Bodens versiegeln. Obgleich die jeweiligen Länderregierungen keine Probleme beim Rückbau von Windkraftanlagen, Zufahrtsstraßen und allen weiteren Bodenversiegelungen sehen und versichern, daß die Betreiber von Windkraftanlagen nach Baurecht verpflichtet sind, den alten Zustand wieder herzustellen, wenn die Anlagen ausgedient haben, bleiben große Zweifel, ob die riesigen Stahlbetonfundamente jemals entfernt werden.

Der Rückbau der Fundamente von Windenergieanlagen ist sehr aufwendig, denn es handelt sich je nach Höhe und Leistung der Anlagen um etwa 3-4 Meter tiefe Betonfundamente mit Stahlbewehrung, die einen Durchmesser von ca. 20 Metern besitzen. Der Abbruch der Stahlbetonfundamente soll trotz alledem angeblich mit speziellen Abbruchbaggern erfolgen.

Allein in Schleswig Holstein gab es im Jahre 2018 eine durch Windkraftanlagen versiegelte Fläche von etwa drei Millionen Quadratmetern. Neben dem kostspieligen Rückbau der stabilen Stahlbetonfundamente erweist sich vor allem die Wiederaufarbeitung und Entsorgung der riesigen Rotorblätter als problematisch.

Falls Grundeigentümer, auf deren Böden die Windkraftanlagen errichtet wurden, wegen Zahlungsunfähigkeit ausfallen sollten, wird es sicherlich keinen vollständigen Rückbau geben oder die Steuerzahler werden für die Komplettentsorgung der Windkraftanlagen zur Kasse gebeten.

7. Den Betreibern von Windkraftwerken bzw. Kapitalanlegern geht es offensichtlich nicht um den Schutz der Umwelt und die Vermeidung von Schadstoffen, sondern in erster Linie streben sie nach hohen Gewinnen. Diese Investoren und Verpächter von Grundstücken bereichern sich eindeutig auf Kosten der Allgemeinheit. Die jährlichen Pachten für Windkraftanlagenstandorte betragen derzeit etwa 20.000 bis zu 100.000 Euro pro Windkraftanlage.

8. Die privaten Betreiber von Windkraftwerken erhielten im Jahre 2005 gesetzlich vorgegebene Stromabnahmepreise von 8,60 Cent pro Kilowattstunde, obwohl der Grundlaststrom auf dem freien Strommarkt damals nur 2,15 Cent kostete. Die Subventionierung der regenerativen Energie erfolgt nicht durch den Staat, sondern durch die Energiewirtschaft. Die deutschen

Energieversorger sind aufgrund des "Erneuerbaren-Energie-Gesetzes" (EEG) zur Stromabnahme und zur Zahlung von festgesetzten Strompreisen verpflichtet.

Wir zahlen für die Windkraftnutzung die weltweit höchsten Subventionen, die jemals für eine Energietechnik gegeben wurden. Die Subventionspolitik zu Gunsten der Windenergie wird oft damit gerechtfertigt, daß schließlich auch viele neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Übersehen bzw. verschwiegen wird dabei, daß die Subventionen für die rund 10.000 Beschäftigten, die im z.B. im Jahre 2005 unmittelbar in der Windbranche arbeiteten, einen jährlichen Zuschuß von rd. 100.000 Euro pro Arbeitsplatz erforderten. Im Steinkohlenbergbau betrugen die Subventionen pro Arbeitsplatz damals "nur" etwa 50.000 Euro. Die neuen Arbeitsplätze der Windbranche wurden und werden also mit Rekordsubventionen finanziert.

Im Jahre 2001 zahlten die deutschen Energieversorger bzw. letztendlich die Stromkunden z.B. rd. 1,5 Milliarden Euro für den teuren Öko-Strom. Die EEG-Einspeisevergütung bzw. die Nettobelastung für die Stromkunden stieg von 1,1 Mrd. Euro im Jahre 2000 auf über 2,7 Mrd. EUR im Jahre 2003 und betrug im Jahre 2010 etwa 5 Mrd. Euro.

9. Wenn der Wind besonders günstig weht, produzieren die Windkraftwerke mehr Strom, als benötigt wird. In diesen Zeiten der Überproduktion versucht man zunächst, die Stromüberschüsse an die Nachbarländer weiterzuleiten, um die Netzfrequenz im Normbereich zu halten. Für diese Stromabnahme erhält man keine Vergütung, sondern die Abnehmer der Strombezüge verlangen und bekommen sogenannte "negative Strompreise" erstattet.

Falls die Stromüberschüsse nicht von den Nachbarländern übernommen werden, müssen konventionelle Kraftwerke und Windkraftanlagen abgeregelt werden. Für den nicht produzierten Strom erhalten die Betreiber entsprechende Entschädigungen. Im ersten Quartal 2019 zahlte die Bundesnetzagentur z.B. rund 364 Millionen Euro an die Betreiber von Windkraftanlagen - für "Geisterstrom", der nie produziert wurde.

10. Die Windkraftnutzung war nie umweltfreundlich und brachte nachweislich keinerlei Energienutzen und keine Umweltentlastungen. Die staatlich verordnete "Umweltpolitik" der rot-grünen Koalition hat unser Land in den letzten Jahren nicht "ökologischer", sondern "sehr viel ärmer" und häßlicher gemacht. Die riesigen Windkraftwerke waren von Anfang an umweltfeindlich, denn sie fügten nicht nur unseren Landschaften unfäßbare Schäden zu, sondern sie zerhacken und erschlagen außerdem seit Jahren tagein und tagaus ungezählte Vögel, Fledermäuse und Insekten.

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen existiert eigentlich überhaupt nicht

Windkraftwerke verursachen zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kraftwerk oder Kernkraftwerk, da die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden kann. Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger.

Windkraftwerke und Solaranlagen können ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nachweislich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Stromerzeugung übernehmen, aber sie können niemals eine zuverlässige Stromversorgung und die unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit gewährleisten, denn der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht. Nach dem Kohleausstieg besteht die grundlastfähige, regelbare Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland nur noch aus einigen Gaskraftwerken (ohne Gas), Pumpspeicherkraftwerken, Wasserkraftwerken und Biogasanlagen.

Die Windkraftwerke können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. In der Bundesrepublik Deutschland wird es auch in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben, denn nur aufgrund der Regelbarkeit von leistungsfähigen Großspeichern besteht die Möglichkeit, den erforderlichen Strom sekundengenau nach Bedarf zu produzieren.

Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung der konventionellen "Schattenkraftwerke" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt. Da unser Land nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank des "Flutterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln.

Windkraftanlagen sind ferner nicht klimaneutral und umweltfreundlich, denn für den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen werden z.B. seltene Erden, Tropenholz, tonnenweise Beton und kostbare Flächen benötigt. Obgleich die Energiewende schon seit Jahren krachend gescheitert ist, wurde die Umweltzerstörung, die der Bau von über 31.000 Windkraftanlagen und Solarparks verursachte, unbeirrt fortgesetzt und nahm unvorstellbare Ausmaße an.

Der Bau von über 31.000 Windkraftanlagen, Solarparks und die Umstellung auf Maismonokulturen richteten bereits unglaubliche Umweltschäden, deshalb sollte man ab sofort keine weiteren Wind- und Solarenergieanlagen genehmigen. Regenerative Energieträger sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten völlig unsinnig und existieren eigentlich überhaupt nicht! Auch weitere 100.000 Windkraftanlagen wären wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine stabile Stromversorgung zu garantieren.

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 23. Juni 2021 (x1.081/...): >>>Flaute über Deutschland: Windkraft ohne Wind, Photovoltaik ohne Sonne

Von Holger Douglas

Nur am 5. Mai hätten wir richtig Glück und ausreichend Strom gehabt. In der Mittagszeit zwischen 12 und 14 Uhr hätten wir gut Kochen und Braten können. Da fielen 65,4 GWh "vom Himmel".

Ohne Kohle- und Kernkraftwerke wäre es im ersten Quartal dieses Jahres kaum etwas mit Industrieproduktion, fahrenden Zügen und Kochen geworden. Es gab viel zu wenig Strom. Der Wind wehte kaum, die Sonne lieferte nur wenig. Das Statistische Bundesamt meldete demzufolge eine gegenüber dem Vorjahreszeitraum um satte 23 Prozent gesunkene Menge an sogenanntem "Ökostrom".

Die gute Nachricht vorweg, es wurde besser im 2. Quartal: Nur am 5. Mai hätten wir richtig Glück und ausreichend Strom gehabt. In der Mittagszeit zwischen 12 und 14 Uhr hätten wir gut Kochen und Braten können. Da fielen in der Mittagsstunde 65,4 GWh "vom Himmel". Aber immer noch zu wenig, weil Deutschland insgesamt 68,2 GW Leistung benötigte. Das war der Tag der höchsten Erzeugung aus erneuerbaren Energien, wie auf *Smard.de* zu lesen ist.

Doch gleichzeitig ein Verlustgeschäft, denn plötzlich war zu viel Strom vorhanden, der Strompreis sank ins Minus von 36,71 Euro pro Megawattstunde. Bedeutet: Die Erzeuger müssen drauflegen, damit den Strom jemand abnimmt. Viel Energie aus Wind- und Sonnenanlagen in den Netzen lassen eben die Preise dramatisch sinken. Die gleicht der Stromverbraucher

über seine teure EEG-Umlage unter anderem dem Windanlagenbesitzer wieder aus.

Allerdings gab es relativ viel Wind und Sonne nur um die Mittagszeit, bereits am Nachmittag senkte sich die Sonne und ließ die Photovoltaik einbrechen. Derzeit "schläft" der Wind seit gut zwei Wochen. Nach der Statistik des BDEW lieferten von Januar bis März die Kernenergie 2,4 Prozent mehr, Strom aus Braunkohlekraftwerken um 29,9 Prozent mehr, aus Steinkohle 18,3 Prozent mehr und 15,1 Prozent mehr kamen vom Erdgas. Ohne Kohle- oder Kernkraftwerke wäre nichts gegangen.

Dagegen: Windräder an Land und auf dem Wasser lieferten satte 31 Prozent weniger, also etwa ein Drittel weniger als im ersten Quartal des Vorjahres!

Überdies sind all diese Zahlen nicht viel wert, denn auch abends und nachts sowie bei Flaute - so zumindest bisher die Erwartung - soll Strom zur Verfügung stehen. Speichern, das hat sich mittlerweile herumgesprochen, geht nicht in den notwendigen Mengen.

Den unsinnigen Gedanken, ein Industrieland dann mit Strom aus Wind und Sonne versorgen zu können, wenn der benötigt wird, zeigen die extremen Schwankungen bei den Stromeinspeisungen. Mal ist Strom da, ein paar Stunden später nichts mehr. So schwankte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 die Produktion von Strom aus Wind und Sonne extrem: von fast null bis hin zu 41,0 GW bei den Windrädern, bei den offshore Windanlagen von 0-7,1 GW. Die Fotonzellen auf Dächern und Feldern lieferten aus dem Nichts plötzlich 36,2 GW, dann wieder null, wenn die Sonne untergeht oder sich Wolken dazwischenschieben.

Zum Vergleich: Der gesamte Stromverbrauch schwankt von 45 GW in Spitzenzeiten bis zu 80 GW. Das bedeutet: Fast die Hälfte des deutschen Stromverbrauches verschwindet mal eben, um dann wieder in die Netze gepumpt zu werden. Welche Belastungen solche Schwankungen auch für Übertragungstechnik bedeuten, kann man sich gut vorstellen. Das bedeutet weiterhin: Hinter jedem Windrad und jeder Solarzelle muß ein konventionelles Kraftwerk stehen, das angeheizt bereitsteht und liefern kann. Das kostet horrenden Summen.

Wind- und Sonnenanlagen sind eben nicht grundlastfähig, und es ist mehr als eine entsetzliche Dummheit, einem Industrieland die Energieerzeugung abzuwürgen. Ein Hermann Albers hat die Stirn, die Windenergie als starken "Stabilitätsanker" zu bezeichnen. Der ist Präsident des Bundesverbandes Windenergie BWE und will an möglichst vielen Windrädern im Land prächtig verdienen. Ob die Energieversorgung dieses Landes klappt, interessiert ihn eher weniger. Genauso wenig wie die mittlerweile intergenerationell gerecht gewordene Ökonomin Claudia Kemfert, die zuletzt bei Lanz (ZDF) einen schnelleren Ausbau der "erneuerbaren Energien" fordert.

Sie ist auch Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen, auf dessen Aussagen sich das Bundesverfassungsgericht bei seinem Skandalbeschuß vom 24. März 2021 ausdrücklich bezieht. Kemfert fordert bei Lanz sogar eine Versechsfachung des Ausbautempos der "regenerativen" Energien. Wie sich dann all die vielen Windräder drehen sollen, wenn Flaute herrscht, erklärt sie nicht. Es fragte sie auch niemand.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2022: >>**Bis zu 241 Meter hohe Windräder - Umstrittener Windpark im Reinhardswald genehmigt**

Mit der neuen Windkraftanlage im nordhessischen Reinhardswald könnten rund 75.000 Haushalte mit Strom beliefert werden

Sven Pförtner

Es ist die bisher größte und gleichzeitig umstrittenste Windkraftanlage in Hessen: Im Reinhardswald sollen 18 Windräder gebaut werden. Naturschützer und Anwohner kämpften jahrelang dagegen. Für Umweltministerin Petra Hinz (Grüne) ist der Windpark alternativlos.

Das Regierungspräsidium Kassel hat sein OK gegeben und das bisher größte Windkraftanlagen-Projekt in Hessen genehmigt. Im nordhessischen Reinhardswald bei Bad Karlshafen und Trendelburg - Gottsbüren dürfen insgesamt 18 bis zu 241 hohe Windräder errichtet

werden, wie die Behörde am Mittwoch mitteilte.

Mit Rotorblättern von 150 Metern Durchmesser sollen sie rund 300.000 Megawattstunden Energie im Jahr produzieren. Rein rechnerisch könnten damit bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 4.000 Kilowattstunden pro Jahr rund 75.000 Haushalte mit Strom versorgt werden.

Der Energieversorger EAM hatte bereits im August 2020 einen Antrag beim Dezernat für Immission und Strahlenschutz des Regierungspräsidiums Kassel eingereicht. Dem Genehmigungsverfahren "ging ein umfangreiches, hochkomplexes Verfahren voraus", teilte das Regierungspräsidium mit. Mehr als 30 Behörden und Stellen seien daran beteiligt gewesen, um den Immissionsschutz, die Auswirkungen auf Natur- und Artenschutz sowie den Wasser- und Denkmalschutz zu prüfen.

Wie der Windpark-Betreiber - die Energiegenossenschaft Reinhardswald bestehend aus der EAM, vier Kommunen sowie die Städtischen Werke Kassel und die Stadtwerke Eschwege - dem "Hessischen Rundfunk" sagte, sollen nach dem Erhalt der Genehmigung schon vorbereitende Bauarbeiten für das 142 Millionen Euro teure Projekt beginnen. Die Bauzeit betrage etwa zwei Jahre.

250 Buchen und mehrere Fichten - "äußerst geringe" Anzahl an Bäumen muß gefällt werden

Der Windpark soll auf einer Fläche von rund sieben Kilometern im nördlichen Reinhardswald errichtet werden - mit ausreichend Abstand zu den "touristisch wertvollen Bereichen um den Urwald oder den Tierpark Sababurg", wie der Betreiber dem "Hessischen Rundfunk" mitteilte. Für die Windräder müßten laut der Energiegenossenschaft Reinhardswald mit rund 250 Buchen und mehreren Fichten eine "äußerst geringe" Anzahl an Bäumen gefällt werden. Durch Stürme, Dürresommer und den Borkenkäfer sei bereits ein Großteil der benötigten Fläche baumfrei.

Laut der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) ist der Windpark alternativlos. Daher habe sie die Weichen für das Projekt gestellt, wie sie zur "Bild-Zeitung" sagte: "Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag ... Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik wird es bald gar keinen Wald mehr geben."

Von Anwohnern und Naturschützern hatte es immer wieder Widerstand gegen den geplanten Park gegeben. Sie befürchten, daß die Windräder den Lebensraum der im Reinhardswald lebenden Tiere bedrohe. Zudem könnte er dem Tourismus schaden.

Bernhard Klug von der "Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" sagte zum hessischen Radiosender FFH: "Der Reinhardswald blutet." Man behalte sich rechtliche Schritte vor. Auch die Initiative "Pro Reinhardswald" kündigte an, gegen die Genehmigung des Windparks Klage einzureichen. Laut Regierungspräsidium waren 690 Einsprüche gegen das Vorhaben erhoben worden.

Der Reinhardswald ist mit 20.000 Hektar das größte zusammenhängende Waldgebiet in Hessen. Das Mittelgebirge ist Heimat für u.a. weißes Rotwild, seltene sowie geschützte Käfer- und Fledermausarten, Schwarzstörche und Wildkatzen, Wölfe und Luchse, Wildpferde und Wisente. Bis zu 600 Jahre alte Eichen und Buchen stehen in dem sogenannten "Märchenwald", der die Brüder Grimm zu einigen ihrer bekannten Märchen inspirierte.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 3. Februar 2022: >>Sie versündigen sich am "Märchenwald" der Gebrüder Grimm: 18 Windradmonster, 240 Meter hoch!

Das "Rotkäppchen" weint, das "Schneewittchen" trauert: Der Reinhardswald im Norden von Hessen, bekannt als "Märchenwald" der Gebrüder Grimm, einer der schönsten und ältesten Kulturwälder Deutschlands, soll durch 18 Monsterwindräder verschandelt werden!

Das Regierungspräsidium Kassel hat das bisher größte jemals im "schwarz-grünen" Hessen

beantragte Windkraftanlagen-Projekt ungeachtet aller Bürgerproteste genehmigt: Auf einer Länge von sieben Kilometern sollen die bis zu 240 Meter hohen Monster (so hoch wie der Frankfurter Messeturm) in den Waldboden bei Bad Karlshafen und Trendelburg - Gottsbüren einbetoniert werden. Die Rotoren haben einen Durchmesser von 150 Metern. Für diesen 18-fachen Irrsinn sollen Jahrhunderte alte Bäume (u.a. Eichen und Buchen) fallen.

Bürgerinitiative kündigt Klage an

Gegen den sogenannten Windpark hatte es jahrelangen Widerstand von Anwohnern und Naturschützern gegeben (insgesamt 690 Einsprüche). Die Menschen in der Region fürchten nicht nur um den Lebensraum bedrohter Vögel wie Schwarzstorch oder Rotmilan und seltener Fledermausarten. Auch der "Märchenwald-Tourismus", von dem die Region im Norden Hessens lebt, bangt um seine Existenz.

STOPPT DIESEN WAHNSINN!<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 10. Februar 2022: >>Naturschützer entsetzt - Grimms Märchenwald muß Wind-Industriepark werden - beim Abholzen herrscht Hektik

von *Annette Berger*

Kaum war die Genehmigung bekannt geworden, wurden auch schon Bäume gefällt. Im Reinhardswald in Hessen haben Naturschützer den Kampf gegen einen Windpark verloren. Vorerst zumindest.

Sieht aus, als sollten schnell Fakten geschaffen werden in Deutschlands derzeit wohl umstrittensten Windpark-Projekt, im Reinhardswald in Hessen, auch bekannt als "Grimms Märchenwald". Mitte vergangener Woche hatte der Regierungspräsident in Kassel die ersten 18 Windkraft-Anlagen auf einem Höhenzug hinter der Sababurg genehmigt. Kurz darauf starteten auch schon die Baumfällarbeiten.

"Ich komme gerade aus dem Wald und bin schockiert", sagte an diesem Mittwoch Oliver Penner vom Aktionsbündnis Märchenland dem *stern*. Die Baumfällarbeiten seien weit vorangeschritten. Das Aktionsbündnis ist eine von mehreren Bürgerinitiativen, die den Bau des Windparks in dem historischen Wald verhindern wollen und bereits seit Jahren dagegen kämpfen.

Die aktuelle Lage rund um das Bäumefällen sei sehr intransparent. Auch, weil es gar keine Gelegenheit gegeben habe, eine eigentlich vorgesehene 14-tägige Frist für Einsprüche zu nutzen, kritisiert der Gegner des Windparks. "Am Tag der Genehmigung hat man mit den Fällarbeiten begonnen." Offenbar sollten schnell Tatsachen geschaffen werden. Gegner des Windparks monieren auch, die Genehmigung sei noch gar nicht rechtskräftig.

Naturschützer kämpfen mit neuen Klagen um den Reinhardswald

Nach Informationen der "Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung" hatte die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Ende der Woche gemeinsam mit der Bürgerinitiative Oberweser-Bramwald eine Klage und einen Eilantrag beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht. Das Gericht hatte laut der "HNA" daraufhin gebeten, daß keine Bäume gefällt werden, bis über den Eilantrag entschieden sei. Doch hektisch gefällt wurde trotzdem. Die Windpark Reinhardswald GmbH betonte gegenüber der lokalen Presse sinngemäß, man agiere innerhalb des rechtlichen Rahmens.

Doch die Empörung ist groß in der Region. Dort, wo bislang ein Wald mit teils sehr alten Bäumen steht, der Heimat vieler - auch seltener - Tierarten ist, wird demnächst wohl permanent Baulärm zu hören sein. Es sei die "größte nordhessische Baustelle im Wald", haben Naturschützer Penner und seine Mitstreiter errechnet. Sie erstrecke sich über acht Kilometer Luftlinie. Die Bauzeit werde schätzungsweise zwei Jahre betragen.

Nach Meinung der schwarzgrünen Landesregierung in Hessen ist dieses Projekt jedoch nötig für den - globalen - Klimaschutz. Umweltministerin Priska Hinz von den Grünen hatte den Windpark in der vergangenen Woche gegenüber der "Bild-Zeitung" als alternativlos bezeich-

net und gesagt: "Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag." Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik werde "es bald gar keinen Wald mehr geben."

Nabu bewertet den Eingriff in die Natur durch Windparks in Hessen als "möglichst gering"

Schützenhilfe bekommt die grüne Ministerin teils auch von Vertretern der Umweltverbände. So betonte der Naturschutzbund Nabu auf eine Anfrage des *stern*, der Verband habe erreicht, daß zum Ausgleich im Reinhardswald ein mehr als 1.000 Hektar großer Naturwald gesichert und in Kürze als Naturschutzgebiet ausgewiesen werde. "Dort werden künftig gar keine Bäume mehr für die Holznutzung gefällt." In Hessen würden Flächen für Windparks so ausgewählt, daß "der Eingriff in die Natur möglichst gering gehalten wird".

Dennoch - im Reinhardswald dürfen 29 Hektar Wald für den Bau des Wind-Industrieparks gerodet werden. Manche der Bäume sind Medienberichten zufolge an die 200 Jahre alt. Die Planer und Befürworter sagen, es werde nur ein kleiner Teil des Waldes bebaut - und auch nur einer, an dem der Borkenkäfer ohnehin viele Bäume zerstört habe. Umweltschützer kontern, man könne solche Gebiete ja auch aufforsten und müsse sie nicht zubetonieren.

Daß man ausgerechnet ein Naturparadies zerstört oder zumindest nachhaltig schädigt, um etwas für den weltweiten Klimaschutz zu tun, das leuchtet vielen Menschen nicht ein. Wälder gelten als wichtiger CO₂-Speicher. "Es gibt in der Region viel Protest gegen das Projekt. 90 Prozent der Menschen hier wollen die Windräder nicht", sagte auch Oliver Penner von "Rettet den Reinhardswald".

Jedes einzelne Windrad muß genehmigt werden

Aus Sicht der Naturschützer ist die Sache allerdings noch lange nicht entschieden. Rechtlich gebe es sehr viele Einwände gegen die Windkraftanlagen, von denen jede einzelne geplant und genehmigt werden müsse. Die Gründe reichten von Trinkwasser- bis hin zu Brand- oder Denkmalschutz. Ein Großteil der Anlagen seien aus seiner Sicht nicht genehmigungsfähig, betonte Penner. Auch die Lärmbelastung der Anwohner durch den Bau des Windparks sei ein Thema.

Um den Reinhardswald tobe ein Kampf zwischen Klima- und Naturschutz, beschrieben es manche Medien, nachdem die Entscheidung in der vergangenen Woche bekannt geworden war. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Windkraft in Deutschland deutlich auszubauen. Weil ein ständiger Streit um die Standorte der ungeliebten riesigen "Spargel" schwelt, weicht man, wie das Beispiel Reinhardswald zeigt, inzwischen auch auf Regionen aus, die eigentlich tabu sein sollten - bewaldete und artenreiche Gebiete in hügeligen Gegenden, die wichtige Rückzugsorte der Natur sind.

Im Gegensatz zum Nabu hält die Deutsche Wildtier Stiftung diese Art der Klimaschutz-Politik für falsch. "Wir kritisieren den Bau von Windkraftanlagen im Wald und anderen sensiblen Ökosystemen", sagte Sebastian Brackhane, der für diese Organisation die Windkraft-Problematik genau beobachtet, dem *stern*. Der Wald - ohnehin in Deutschland inzwischen auf nur noch ein Drittel der Landesfläche geschrumpft - sei ein naturnahes Ökosystem, der durch solche Industrieanlagen nachhaltig geschädigt werde. Gerade im Wald leben viele seltene Vogelarten und auch Fledermäuse, von denen hierzulande alle 25 Arten besonders geschützt sind.

"Beim Reinhardswald haben wir ein in sich geschlossenes, sehr naturnahes, zusammenhängendes Waldgebiet", sagte Brackhane. Zwar argumentierten die Befürworter, daß der Windpark Reinhardswald hauptsächlich auf sogenannten Fichtenkalamitätsflächen gebaut werden soll. "Aber auch diese können sich mit der Zeit und ohne Windkraft wieder zu naturnahen, artenreichen Wäldern entwickeln."

Tod durch Windräder: Fliegen Fledermäuse vorbei, platzen ihre Lungen

Windräder bedeuteten den sicheren Tod vieler Tiere, erklärte der Experte. So würden Vögel beispielsweise durch die Rotoren erschlagen, bei vorbeifliegenden Fledermäusen würden die Lungen durch den von den Windrädern erzeugten Druckunterschied zerfetzt.

Generell sei Windenergie wichtig für den globalen Klimaschutz, betont auch die *Deutsche Wildtier Stiftung*. Die Anlagen sollten jedoch in Gebieten gebaut werden, die ohnehin schon bebaut und versiegelt sind oder landwirtschaftlich intensiv beackert würden, beispielsweise auf Maisfeldern.

Daß die Windindustrie heute teils so stark kritisiert werde, liege auch an ihrem Wandel, schätzt der Experte. Diese Branche sei früher ein Gebiet von Pionieren gewesen, stark motiviert vom Klimaschutz. Mittlerweile sei es eine knallharte Industrie mit finanziellen Interessen.<<

Schlußbemerkungen

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung wird vermutlich ab 2023 die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung nicht mehr funktionieren.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung können die äußere und innere Sicherheit nicht gewährleistet werden.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung wird der deutsche Industriestandort zwangsläufig demontiert und zerstört.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung wird sich der deutsche Industriestandort zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln (Restabwicklung des Morgenthau-Plans).

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung werden wir energiepolitisch von ausländischen Strombezügen abhängig sein.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung können wir niemals den gegenwärtigen Zustand der Unfreiheit beenden und kein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit führen.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung sind vermutlich ab 2023 flächendeckende Zusammenbrüche des nationalen deutschen Stromnetzes nicht mehr zu verhindern.

Längere totaler Zusammenbrüche des nationalen Stromnetzes würden sich in der Bundesrepublik Deutschland zwangsläufig zu unfaßbaren Katastrophen entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Die Freisetzung von Radioaktivität könnte zusätzlich ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Angesichts der katastrophalen Folgen von Netzzusammenbrüchen muß der Wiederaufbau einer stabilen Grund- und Mittellaststromerzeugung sofort beginnen. Anstatt die Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro aufzurüsten, sollten diese Finanzmittel für den Wiederaufbau der deutschen Stromerzeugung genutzt werden, denn falls es in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente kommt, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nichts mehr zu verteidigen. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 14/22" berichtete am 1. April 2022 (x1.387/...):

>>**Hilfe, die Preise explodieren**

Teure Energiewende: Der Ukraine-Krieg verstärkt die Energiekrise, ist aber nicht ihre einzige Ursache

Michael Paulwitz

Im Ernstfall zerplatzen die Illusionen wie die Seifenblasen. Nach dem unsanften Absturz aus der Wunschvorstellung der "Friedensdividende" läßt der Ukraine-Krieg auch das spezifisch deutsche Luftschloß der "Energiewende" an den harten Klippen der Wirklichkeit zerschellen. Der explodierende Erdgaspreis und der auf neue Höhen gestiegene Preis für Erdöl sind die Schrittmacher des Offenbarungseids.

Hohe Energiepreise sind Gift für den Wohlstand und das Funktionieren einer modernen Industriegesellschaft. Der Pendler, für den der Weg zur Arbeit zum unerschwinglichen Luxus wird, die Familie, die sich in ihrer Mobilität einschränken muß und ihre Strom- und Heizölrechnung nicht mehr bezahlen kann, der Rentner, der im Kalten und Dunklen sitzt - sie spüren die Auswirkungen unmittelbar und unübersehbar.

Die Privathaushalte sind nicht die einzigen, die leiden. In einer ausdifferenzierten industriellen Volkswirtschaft schlagen steigende Energiepreise auf alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche durch. Sie treiben nicht nur die Produktionskosten für nahezu alle Güter, sondern auch die Preise für Transport und Logistik, ohne die Produkte und Dienstleistungen ihre Abnehmer nicht erreichen.

Weit alarmierender als die von den Energiekosten zusätzlich befeuerte Inflation der Verbraucherpreise ist daher der Anstieg der Erzeugerpreise, der sich erst mit Verzögerung in allgemeiner Teuerung niederschlägt. Dieser Anstieg ist schon vor Kriegsausbruch von Rekord zu Rekord geeilt und hat inzwischen den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erreicht.

Zwar ist der Ukraine-Krieg samt der Infragestellung bisher eingespielter Versorgungswege ein Katalysator der Energiekrise, aber weder ihr alleiniger Auslöser noch ihre einzige Ursache. Der Krieg hat lediglich die Schwächen der europäischen und insbesondere der deutschen Energie-, Finanz- und Wirtschaftspolitik gnadenlos offengelegt.

Funktionierende Wirtschaftskreisläufe und globale Lieferketten waren bereits durch zwei Jahre Corona-Maßnahmenpolitik und wachsende Abschottung der Märkte schwer gestört. Zunehmende Versorgungsengpässe und daraus resultierende Preissteigerungen haben die deutsche Wirtschaft auch schon vorher massiv beeinträchtigt.

Haupttreiber der Inflation im Euro-Raum ist und bleibt die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die zur Stützung staatlicher Schuldenpolitik seit über einem Jahrzehnt die Märkte über Anleihekäufe, verbotene indirekte Staatsfinanzierung, Null- und Negativzinspolitik mit billigem Geld geflutet hat.

Der inflationäre "Ketchupflaschen-Effekt" - erst passiert lange wenig, dann kommt ein gewaltiger Inflationsschub - trifft in Deutschland auf eine ohnehin hohe Steuerlast und die bereits heftigen Auswirkungen der "Energiewende", die über Jahre hinweg die Nutzung fossiler Energieträger über Energiesteuern und Sonderabgaben systematisch erschwert und drastisch verteuert hat.

Damit nicht genug, hat der Sonderweg der deutschen Energiewende einen beträchtlichen Teil des volkswirtschaftlichen Innovationspotentials mit ineffizienten Subventionen für erneuerbare Energieträger und der Förderung von nicht konkurrenzfähiger Elektromobilität verbrannt. Mit dem ideologischen Experiment des gleichzeitigen Ausstiegs aus Kohle- und Atomenergie wurde Deutschland in eine einseitige Abhängigkeit von Erdgas als dem einzigen noch geduldeten grundlastfähigen Energieträger für die Stromgewinnung getrieben.

Der deutschen Politik fällt zusammen mit den globalen Schockwellen des russisch-ukrainischen Kriegs ein Berg hausgemachter Strukturprobleme auf die Füße. Mittelstand und Mittelschicht, die vorher schon die höchsten Strompreise der westlichen Welt zu bewältigen hatten, zahlen nun auch Rekordpreise für Kraftstoffe. Supermärkte und Bäckereien erhöhen die Preise für Güter des täglichen Bedarfs auf breiter Front. Unternehmen des produktiven Gewerbes erwägen angesichts potenziert Gasrechnungen die Stilllegung ihrer Betriebe, weil die Energiekosten den Umsatz zu übersteigen drohen.

Daß dringender Handlungsbedarf besteht, ist auch der Regierungskoalition nicht entgangen. Steuersenkungen auf breiter Front zur Entlastung von Bürgern und Wirtschaft, gegenfinanziert durch eine Konzentration der Staatsausgaben auf den ordnungs- und sicherheitspolitischen Kernbereich, die radikale Streichung ideologiegetriebener Luxusausgaben sowie eine realpoli-

tische Kurswende in der Energiepolitik wären in dieser Lage das Gebot der Stunde.

Das von der Ampel-Koalition auf den Weg gebrachte "Entlastungspaket" wird dieser Herausforderung allenfalls in Ansätzen gerecht. Das vernünftigste Element ist die Absenkung der Energiesteuern, die allerdings auf drei Monate beschränkt bleiben soll und damit keine dauerhafte Wirkung entfalten kann.

Die übrigen "Entlastungen" - Einmalzahlungen für Kindergeld- und Sozialhilfeempfänger, ÖPNV-Subventionen sowie eine bürokratisch aufwendige "Energiepreispauschale" von 300 Euro für alle Steuerzahler, die diese nicht nur aus ihren Steuergeldern selbst finanzieren, sondern auch gleich wieder versteuern müssen - bleiben in der konventionellen Umverteilungslogik schuldenfinanzierter staatlicher Ausgabenpolitik stecken. Die Maßnahmen ignorieren die verheerenden Schäden von Energieverteuerung und Energieverknappung für alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft.

Fataler noch: Statt den Kardinalfehler des Atomausstiegs zu revidieren, nimmt die Koalition Krieg und Energiekrise zum Vorwand, um die Energiewende noch zu forcieren, statt sie zu korrigieren. Sie treibt mit dem Bann auf Gasheizungen die Wohn- und Heizkosten sogar noch weiter nach oben. Dabei muß man kein Ökonom sein, um auszurechnen, daß weder Windräder oder Solarzellen, noch teuer gewonnene Wasserstoff- und Flüssiggasimporte auch nur den bisherigen Energiebedarf decken können, geschweige denn den künftigen.

Weit davon entfernt, die Strukturmängel im eigenen Land in Ordnung zu bringen, träumt die Bundesregierung unverdrossen weiter von der Weltrettung durch "Klimaschutz". Außenministerin Baerbock will dafür "jedes Jahr hundert Milliarden US-Dollar" von den Industriestaaten in "ärmere Länder" fließen lassen. Die Illusion, mit aus der Luft geschöpftem Geld nach Belieben ideologische Wolkenkuckucksheime errichten zu können, ist offenkundig ungebrochen. Je länger sich die deutsche Politik der harten Realität verweigert, desto ruinöser wird es für Bürger, Steuerzahler und die gesamte Volkswirtschaft.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/22" berichtete am 8. April 2022 (x1.387/...):
>>Blackout in der Chemiebranche

Die dritte Stufe des Notfallplans Gas würde die gesamte deutsche Industrie ins Mark treffen
Marc Schmidt

Am 8. März verkündete Joe Biden einen Importstopp für russisches Öl. Dabei äußerte der US-Präsident aber Verständnis dafür, daß viele europäische "Verbündete und Partner möglicherweise nicht in der Lage sind, sich uns anzuschließen". Acht Tage später zog sein litauischer Amtskollege Gitanas Nausėda dennoch nach: Dies würde zwar "einige Probleme schaffen, aber diese Probleme wären nicht kritisch", erklärte der 57jährige Ökonomieprofessor der BBC.

"Auf eine solche Kürzung russischer Energieressourcen sind wir besser vorbereitet als viele andere Länder in der EU." Denn bereits seit 2014 gibt es in der Ostsee-Hafenstadt Memel (Klaipėda) das schwimmende Terminal "Independence" zur Anlandung von tiefgeköhltem Flüssigerdgas (LNG) aus Norwegen, den Nordamerika oder den arabischen Ländern.

"Seit dem 1. April fließt kein russisches Erdgas mehr nach Lettland, Estland und Litauen", erklärte Uldis Bariss, Chef der Erdgasspeicherfirma Conexus Baltic Grid, am Wochenende dem lettischen Radio. Und der riesige unterirdische Gasspeicher in Hinzenberg (Incukalna) östlich von Riga ist durch Pipelines mit Abnehmern in Litauen, Estland und Finnland verbunden.

"Wenn wir es können, kann es der Rest Europas auch", ergänzte Nausėda via Twitter. Und wenn es allein um die Stromerzeugung geht, scheint Deutschland dem baltischen Beispiel folgen zu können: Nur 10,5 Prozent des Stroms (51,1 Terawattstunden/TWh) wurden 2021 aus Gas erzeugt. Steinkohle, die zur Hälfte aus Rußland kam, hatte einen Anteil von 9,5 Prozent (46,4 TWh).

Beim gesamten Energiemix, der auch Heizung, Industrie und Verkehr berücksichtigt, sieht es hingegen völlig anders aus: Hier dominieren Mineralöl (31,8 Prozent) und Erdgas (26,6 Prozent). Und Öl läßt sich durch Supertanker und mit viel Geld weltweit beschaffen - die LNG-Kapazitäten sind hingegen kurzfristig stark limitiert.

Ein deutsches LNG-Terminal gibt es nicht, denn "Fossile Energieinfrastrukturen sind nicht zukunftsfähig. Neben CO₂ aus der Verbrennung ist auch Methan ein in der Atmosphäre extrem klimaschädigendes Gas", warnen die Grünen in ihrem aktuellen Landtagswahlprogramm. "Schleswig-Holstein braucht kein LNG-Terminal", denn "Alternativen sind vorhanden: Neben der Elektrifizierung sind hier Wasserstoff und Ammoniak zu nennen".

Robert Habeck, von 2012 bis 2018 Umweltminister in Kiel, sieht das als Bundeswirtschaftsminister inzwischen anders als seine Parteifreunde in seiner Heimat: Am 30. März rief er die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas aus. Aktuell gebe es zwar keine Versorgungsengpässe, "dennoch müssen wir die Vorsorgemaßnahmen erhöhen, um für den Fall einer Eskalation seitens Rußlands gewappnet zu sein", erklärte der Grünen-Politiker.

Der deutsche Notfallplan Gas wurde erstmals im Jahr 2012 unter Federführung des damals von FDP-Chef Philipp Rösler geführten Wirtschaftsministeriums veröffentlicht. Die aktuelle Fassung aus dem Jahr 2019 beinhaltet die Frühwarnstufe, die Alarmstufe und die Notfallstufe. Der Notfallplan regelt in allen drei Stufen die Rechte und Pflichten der Behörden, der Gasunternehmer und der Gasnetzbetreiber. In den ersten beiden Stufen stehen den Firmen marktba-sierte Maßnahmen zur Verfügung, bei Auslösung der dritten Stufe greift der Staat in Form von Rationierungen und Versorgungsstopps ein.

"95 Prozent aller Industriegüter benötigen heute Chemieprodukte"

Die Marktmaßnahmen im Vorfeld beziehen sich auf die Verfügungsrechte über Netze, Speicher und Gasreserven. In allen Stufen verfolgt der Notfallplan das Ziel, "geschützte" Kunden möglichst lang über Importe, Substitute und im Notfall aus den Gasspeicherreserven zu versorgen. "Geschützt" sind demnach Privathaushalte, soziale Einrichtungen und Fernwärmeerzeuger. Sie werden also zuletzt abgeschaltet. Sprich: Gaskraftwerke und Industriebetriebe, die Gas für Prozesse, Wärme und Stromproduktion benötigen, werden zuerst nicht mehr beliefert werden.

Ein Importstopp für russisches Gas oder ein von Präsident Wladimir Putin angeordneter Lieferstopp löst aber nicht automatisch und sofort die dritte Planstufe mit Rationierungen und Abschaltungen aus, es gibt noch Notreserven. Allerdings sind die gewerblichen Abnehmer verpflichtet, Vorbereitungen auf eine mögliche Versorgungsunterbrechung bereits während der vorangegangenen Phasen des Plans zu treffen. Kommt es zu einer Abschaltung wegen stark sinkender Reserven in den Speichern, bedeutet dies aber ein weitgehendes Ende der innerdeutschen Produktion der Grundstoffindustrie, der chemischen Industrie und anderer Industriezweige, etwa der Glasindustrie.

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) hat die dramatischen Folgen aufgelistet: "Etwa 95 Prozent aller Industrieerzeugnisse benötigen heute in Deutschland in ihrem Entstehungsprozeß Chemieprodukte, vom Auto über Computerchips, von Dämmmaterialien bis hin zum Fernseher - von Medikamenten und Produkten für das tägliche Leben wie etwa Wasch- und Reinigungsmittel ganz abgesehen."

Und das sind nur die Nebenwirkungen: "Anlagen der Chemie- und Pharmabranche kann man nicht beliebig aus- und wieder anschalten", warnte VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup. Wer die Energie- und Rohstoffversorgung "kurzfristig abschaltet, lähmt auch die gesamte Industrieproduktion am Wirtschaftsstandort Deutschland. Die sozialen und ökonomischen Konsequenzen wären gewaltig".

Die Etablierung alternativer Prozesse durch Produktionsänderung oder Substituierung würde deutlich länger dauern als die voraussichtliche Dauer der Kampfhandlungen. Und bereits wäh-

rend des Chemie-Blackouts ändern sich die globalen Lieferketten - ausländische Kunden deutscher Firmen orientieren sich um, während die inländischen Lieferketten in weiten Teilen zusammenbrechen. Der Gaspreis würde explodieren. Auch alle für alternative Prozesse und die Energieproduktion erforderlichen Rohstoffe, etwa Kohle und Erdöl, würden sich massiv verteuern - wenn sie kurzfristig überhaupt lieferbar wären.

Diverse ökonomische Prognosen beziffern den Schaden eines Energiembargos oder russischen Lieferstopps auf 2,5 bis sechs Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,57 Billionen Euro (2021). Doch in diesen theoretischen Berechnungen sind die Folgeeffekte durch galoppierende Inflation, für die Sozialsysteme und für die Volkswirtschaft durch die zu erwartenden Produktionsverlagerungen nur unzureichend berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund erinnert nicht nur die aktuelle öffentliche Diskussion, sondern auch die Arbeit mit dem Notfallplan Gas an die in den Folgen alptraumhaften Planungen wirtschaftlicher und militärischer Auseinandersetzungen während des Kalten Krieges. Sobald der Notfall Gas in der dritten Stufe zum Einsatz kommt, sind die Deutschen Einwohner eines wirtschaftlich zerstörten Drittweltlands - mit beheizten Wohnungen, warmen Wasser und einem guten Gewissen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 17/22" berichtete am 22. April 2022 (x1.387/...): >>>Energiepolitische Ostereier

Robert Habeck schnürt ein halbgares Paket, das keine Versorgungssicherheit bietet

Marc Schmidt

Aus den Inhalten des Osterpakets wird klar, daß Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Klimaschutz über Naturschutz stellt. Die wohl signifikanteste Änderung bezieht sich dabei auf die Nutzung bisher durch Naturschutz gesperrter Flächen für den Bau von Wind- und Solaranlagen. Durch deren Einordnung als "von überragendem öffentlichen Interesse" werden die Klagemöglichkeiten von Anwohnern, Kommunen und Naturschutzverbänden stark eingeschränkt.

Habeck weiß, wer Emissionen senken will, kann dies in fünf miteinander verwobenen Bereichen tun. Einseitige Ansätze sind nicht nur wenig erfolgreich, sie beinhalten auch das Risiko eines wirtschaftlichen Schadens, wie eine dauerhafte Inflation über fünf Prozent durch grüne CO2-Besteuerung belegt.

Das Osterpaket vom grünen Wirtschaftsminister befaßt sich de facto aber nur mit der Energieerzeugung. Die Firmen und Betriebe der Bereiche Immobilien, Verkehr, Landwirtschaft und Industrie werden also weiter unter den Folgen der verfehlten Energiepolitik leiden. Sektorenübergreifende Maßnahmen vom Schwerlastverkehr für Windrädertransporte über Produktionsökonomie der Industrie bis hin zu fehlenden Umsetzungskapazitäten für alle Maßnahmen fehlen im Paket. Sie sollen aber in einem bereits angekündigten Sommerpaket nachgeliefert werden.

Im vom Osterpaket betroffenen Energiebereich ändert Habeck neun Gesetze und zahlreiche Vorschriften. Einigkeit herrscht in der Ampelkoalition darüber, daß die Klimaneutralität um jeden Preis Vorrang vor einer Dämpfung der Energiepreise und der Inflation hat. Entlastung beim Energiepreisniveau soll es weiterhin nur populistisch orientiert für sozial schwache Haushalte geben. Wirtschaft und Arbeitnehmer zahlen weiter Rekordpreise mit steigender Tendenz.

Die Umsetzung der Bundesvorgabe, pro Bundesland zwei Prozent der Fläche für den Bau von Windrädern und Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlage) bereitzustellen, liegt zwar weiter in der Hand der Bundesländer, sofern Habeck nicht auch hier gesetzgeberisch eingreift. Allerdings beendet der grüne Minister deren Möglichkeiten, Naturschutzflächen generell von Bebauung oder der logistischen Nutzung für Stromtrassen und Zuwege auszunehmen.

Minister im Glück - hoher Börsenpreis entlastet Steuertopf

Aus Sicht des 52jährigen sind die Regelungen notwendig. Der Rückgang des Ausbaus der

Ökostromanlagen in den vergangenen Jahren war vor allem der Tatsache geschuldet, daß die geeigneten Flächen ohne Naturschutz und ohne angrenzende Wohnbebauung im wesentlichen aufgebraucht sind. Habeck hingegen plant mit einem enormen Zuwachs an Flächenverbrauch auf insgesamt 7.152 Quadratkilometer (qkm) Fläche, was zwei Prozent entspricht.

30 Prozent der 357.388 qkm Fläche Deutschlands sind bewaldet. Diese Größenverhältnisse zeigen den in Zukunft unvermeidbaren Konflikt zwischen Ökologie und Klimaschutz, insbesondere bezüglich der fünf Prozent von Deutschlands Boden, die unter den besonderen Schutz des Naturschutzrechts fallen.

Die Planungszahlen des Osterpakets für die Windkraft hingegen zeigen, warum die Vorgaben vor allem durch den fehlenden Sektorenübergreif zum Scheitern verurteilt sind. Als 2017 noch ausreichend windreiche Flächen verfügbar waren, wurden in Deutschland fünf Gigawatt (GW) Windkraft-Leistungskapazität gebaut, 2021 bereits nur noch zwei GW.

Habecks Planungen erfordern einen Zubau von fünf GW im Jahr 2023, der sich jährlich auf zehn GW ab 2027 steigert. Neu installierte Anlagen verfügen in absehbarer Zukunft im Schnitt über eine Leistung von knapp vier MW. Jedes weitere GW neuer Leistung entspricht also 250 neuen Windrädern. Doch die Lagen werden immer schlechter. So daß bald mehr oder größere Windräder pro MW nötig werden.

Dies scheitert nicht nur an der Ausweisung der Flächen, die auch nach neuem Recht mindestens ein Jahr dauern wird. Es fehlen schlicht die Hersteller der Anlagen. Die nach Habecks Planungen notwendige Nachfrage würde als ersten Effekt die Marktpreise der Anlagen massiv erhöhen und die Lieferzeiten stark verlängern. Aber selbst wenn ausreichend moderne Anlagen und Flächen zur Verfügung stünden, würde der Ausbau an der Logistik scheitern.

Zehn GW theoretische Leistung bedeuten 2.500 neue Windräder pro Jahr. Jedes Windrad steht für mindestens zehn Schwertransporte. Diese 25.000 Schwertransporte über mehrere Tage scheitern zunächst am Straßennetz, welches weder auf den langen Strecken noch in Waldgebieten für Transporte von bis zu 100 Metern Länge ausreicht, zumal auch Kurven gefahren werden müssen. In Naturschutzgebieten hält die Struktur den Abmessungen und Gewichten noch weniger Stand.

Neben den Schwertransporten erfordern die über 200 Meter hohen neuen Anlagen mit einem durchschnittlichen Rotordurchmesser von 133 Meter zahlreiche Betonfundamente für das Windrad und die Spezialkräne, die für diese Lasten notwendig sind. Für diese Fundamente fehlt es aktuell nicht nur an Beton, dessen Produktion im Inland angesichts der Energiepreise kaum noch lohnt. Es fehlt vor allem an Personal, vom Planungsingenieur über den Bauarbeiter bis hin zum Kranführer und Schwertransportfahrer, deren jeweilige Ausbildung langwierig und kostspielig ist.

Die fehlende sektorenübergreifende Planung zeigt sich auch bezüglich eines anderen Infrastrukturaspekts. Waldgebiete und Naturschutzflächen waren bislang auch vom Stromnetzausbau ausgenommen. Es fehlt schlicht an Strom für die Baustellen und Netzkapazitäten zum Abtransport des Windstroms.

Auch sonst erweisen sich die Habeckschen Ankündigungen nicht wirklich als frohe Osterbotschaft. Der angekündigte Wegfall des EEG für die Endkunden entlastet Haushalte und kleinere Unternehmen ohne Befreiung um etwa fünf Cent pro Kilowattstunde nach einem durchschnittlichen Preisanstieg von über 15 Cent. Die Subventionen der überförderten Altanlagen im EEG-System werden allerdings weiter an die Anlagenbesitzer gezahlt. Die vermeintlich entlasteten Haushalte finanzieren dies nun über ihre Steuerzahlungen, insbesondere über die inflationstreibenden Verbrauchssteuern auf CO₂.

Ironischerweise sind die explodierenden Strompreise an der Strombörse EEX die einzige Rettung für Minister Habeck, um seine Klimafondsmittel nicht zu stark in den Subventionsbestand abführen zu müssen. Die EEG-Zahlungen an die Windrad- und PV-Besitzer sind die

Differenz zwischen dem Börsenpreis und dem Garantiepreis. Hohe Börsenpreise bedeuten also, daß der Bürger weniger Steuern dafür zahlen muß, ergo daß die EEG-Umlage jetzt nicht mehr über die Stromrechnung bezahlt werden muß. Angesichts dieser gesetzgeberischen Leistung verwundern die anderen Planungsfehler des Osterpakets deutlich weniger.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Mai 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Die staatlich angeordnete Energiewende bedroht die innere sowie äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und gefährdet den Bestand des gesamten Landes**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Haupttätigkeiten des Staates

Jeder demokratische Rechtsstaat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten.

Es gehört zu den Haupttätigkeiten des Staates, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten. Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 Abs. 1 und Artikel 28 Abs. 2 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit.

Danach müssen lebenswichtige Güter und Dienstleistungen, wie z.B. Energie-, Wasser- und Lebensmittelversorgung, medizinische Versorgung, Medikamente, Abwasser- und Müllentsorgung, dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden. Ferner gehört es zu den vorrangigen Pflichten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland das persönliche Wohl und das Gemeinwohl des Volkes zu bewahren sowie die äußere und innere Sicherheit zu gewährleisten.

Basistechnologie Energiewirtschaft

Die Energie- und Wasserversorgung gehört in jedem modernen Sozialstaat zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die Elektrifizierung zählt zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand.

Vor allem die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (5G-Mobilfunk, Digitalisierung, Internet, Handy, etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis, sondern um ein elementares Grundbedürfnis.

Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich. Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind in erster Linie auch auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

Flächendeckender Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Die Deutschen sollten sich allmählich von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen ideologischen "Energiewende" darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und erheblich geringerer Lebensqualität auszukommen.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36

% im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Sprichwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich**. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlturme wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Völkerrechtliche Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke seit 1961 von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Da die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes Bestandteile des Grundgesetzes sind, müssen die Grundsätze der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und Haftungsregelungen wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten beachtet werden.

Im Artikel 25 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Im Artikel 26 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, ... Sie sind unter Strafe zu stellen. ...<<

Völkerrechtliche Haftung und Wiedergutmachungspflicht

Gemäß Völkerrecht haben Staaten für die ihnen zuzurechnenden völkerrechtlichen Handlungen einzustehen. Sie sind dabei den unmittelbar geschädigten Staaten bzw. Völkerrechtssubjekten gegenüber verantwortlich und verpflichtet, die Schäden von Rechtsverletzungen wie-

dergutzumachen.

Falls der Staat für ein völkerrechtswidriges Handeln verantwortlich ist, muß dem geschädigten Staat der Schaden ersetzt werden, um soweit wie möglich alle Folgen des Unrechtstatbestandes zu beseitigen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik wurden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie damals zu den sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehörten. Die UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) gegen Deutschland wurden auch später nicht aufgehoben und existieren noch immer, um den siegreichen Alliierten freie Hand bei der Behandlung der Deutschen zu geben.

Die Artikel 53 und 107 räumen den Siegermächten das Recht ein, bei aggressiven politischen Ausnahmезuständen in Deutschland jederzeit ohne ein UN-Mandat militärisch einzugreifen, denn bis zu einer friedensvertraglichen Regelung bleiben die Siegermächte für das besiegte Deutschland verantwortlich. Aufgrund der UN-Feindstaatenklausel Artikel 107 können gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden.

Durch diese UN-Feindstaatenklausel sind die ehemaligen Siegermächte (Rußland, USA, Großbritannien und Frankreich) in der Lage, falls die Deutschen zum Beispiel fahrlässig den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit gefährden, gemäß Haager Landkriegsordnung den gegenwärtigen Waffenstillstand zu beenden und die Feindseligkeiten ohne UN-Mandat wieder aufzunehmen.

Die repräsentative Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland

Im Artikel 20 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. ...<<

Im realen Leben der Bundesrepublik Deutschland geht die Staatsgewalt leider nicht vom Volk aus, denn die Regierung wird nicht direkt vom Volk gewählt. Das Volk darf lediglich in regelmäßigen Abständen Volksvertreter und Parteien wählen.

Die Staatsgewalt des Bürgers beschränkt sich also darauf, regelmäßig einen Wahlzettel auszufüllen und abzugeben. Nach der Stimmenabgabe ist die politische Mitwirkung des Bürgers beendet und er darf anschließend ohnmächtig verfolgen, wie die privilegierte Politikerkaste nach der Wahl fast alle gesellschaftlichen Themen eigenmächtig zu kollektiven Problemen macht und gesetzlich organisiert.

Die Staatsgewalt des Volkes gewährleistet nachweislich nicht die Freiheit und Selbstbestimmung des Bürgers, sondern festigt eher die Fremdbestimmung und Betreuung bzw. Bevormundung des Menschen durch die allmächtigen Parteien, die behaupten, die Interessen des Volkes vorbildlich zu vertreten.

Pflichten der gewählten Vertreter des Volkes

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Die Abgeordneten sind demnach in erster Linie Vertreter des Volkes und nicht Vertreter der Parteien oder der geschickt agierenden Lobbyorganisationen.

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des gesamten Volkes auszuüben. Die demokratisch legitimierten Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern Repräsentanten des gesamten Volkes. Das Leben und die Gesundheit des Volkes zu schützen, zählt danach zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes.

Im Artikel 38 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

(2) Wahlberechtigt ist, wer das einundzwanzigste Lebensjahr, wählbar, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat. ...<<

Pflichten des Bundeskanzlers und der Bundesminister

Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag gemäß Artikel 64 des deutschen Grundgesetzes den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Im Artikel 56 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>... Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. ...<<

Rechtsprechung

Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter nicht vom Volk, sondern von den Parteien (je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat) gewählt werden, deshalb ist die Justiz zwangsläufig keine unabhängige Staatsgewalt. Die potentiellen Angeklagten suchen sich ihre Richter praktisch selbst aus.

Im Artikel 20 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>... (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.<<

Im Artikel 95 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>... (3) Über die Berufung der Richter des Obersten Bundesgerichts entscheidet der Bundesjustizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß, der aus den Landesjustizministern und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern besteht, die vom Bundestage gewählt werden. ...<<

Im Artikel 96 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Für das Gebiet der ordentlichen, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit sind obere Bundesgerichte zu errichten.

(2) Auf die Richter der oberen Bundesgerichte findet Artikel 95 Absatz 3 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Bundesjustizministers und der Landesjustizminister die für das jeweilige Sachgebiet zuständigen Minister treten. Ihre Dienstverhältnisse sind durch besonderes Bundesgesetz zu regeln. ...<<

Im Artikel 97 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.

(2) Die hauptamtlich und planmäßig endgültig angestellten Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, vor Ablauf ihrer Amtszeit entlassen oder dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Die Gesetzgebung kann Altersgrenzen festsetzen, bei deren Erreichung auf Lebenszeit angestellte Richter in den Ruhestand treten. Bei Veränderung der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke können Richter an ein anderes Gericht versetzt oder aus dem Amte entfernt werden, jedoch nur unter Belassung des vollen Gehaltes.<<

Die repräsentative Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteiendiktatur (Scheindemokratie), in der die "ewigen" Regierungsparteien das Denken und Handeln für das Volk übernehmen, ohne jedoch daran zu

denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) schrieb bereits im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie (x903/...): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

Fremdbestimmte Abgeordnete

Viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie Landtags- und Kreistagsabgeordnete sind leider schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich still und heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen, der Durchsetzung von globalen NWO-Zielen sowie um die verdeckte Unterstützung von Wirtschaftsinteressen.

Obgleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbygruppen und US-Beraterfirmen bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Die heutigen fremdbestimmten Politiker erinnern eher an Mitglieder einer religiösen Sekte, die mit Hilfe der gleichgeschalteten Propagandamedien die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zerstören wollen, um einen globalen totalitären Weltstaat mit "Neuen Menschen" zu gründen.

Fehlende Gewaltenteilung

Judikative, Exekutive und Legislative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor.

Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um das demokratische Gleichgewicht zu gewährleisten, wird zwangsläufig die Macht mißbrauchen.

Nicht der Wähler, sondern die allmächtigen deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und entscheiden außerdem, wer die höchsten Positionen

der Judikative übernimmt. Die allmächtigen deutschen Regierungsparteien beeinträchtigen damit indirekt die richterliche Unabhängigkeit bzw. die gesamte Justiz.

Da die Staatsanwaltschaften nicht unabhängig von den Justizministern sind, kann die Justiz den Bürger auch nicht vor der Willkür der Regierung schützen, denn die Justizminister bestimmen, was die Staatsanwälte zu tun und zu lassen haben.

Das höchste aller Gerichte, das Bundesverfassungsgericht, steht ebenfalls unter dem Einfluß der allmächtigen deutschen Regierungsparteien. Kein Richter des Bundesverfassungsgerichts wird z.B. ein Amt bekommen, wenn er nicht die richtige politische Einstellung oder die richtige Parteimitgliedschaft besitzt.

Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (Rechtsprechung) existiert demnach nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die allmächtigen deutschen Regierungsparteien ausgeübt wird.

Gesetzentwürfe und sonstige Vorschläge, die von speziellen Oppositionsparteien eingebracht werden, haben grundsätzlich keine Aussicht auf Erfolg. Die öffentlich-rechtlichen Medien stehen ebenfalls unter der Kontrolle allmächtigen deutschen Regierungsparteien, so daß naturgemäß keine unabhängige Berichterstattung stattfinden kann.

Die ideologische Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Das Bundesverfassungsgericht gab z.B. am 24. März 2021 den Beschwerden von verschiedenen Umweltverbänden und Vertretern der "Fridays for Future-Bewegung" (FFF) gegen das Klimaschutzgesetz teilweise statt, da die Maßnahmen der Bundesregierung nicht mit den Grundrechten vereinbar seien, weil konkrete Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen würden. ...

Die Kläger hatten die Ansicht vertreten, daß das gegenwärtige Klimaschutzgesetz zu "schwach" wäre, um die drohende Klimakrise erfolgreich zu bekämpfen und damit ihr Recht auf eine menschenwürdige Zukunft zu bewahren. Ferner sahen sie ihre Grundrechte (Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit, Eigentum, Beruf und freie Entfaltung) gefährdet und kritisierten, daß die Bundesregierung ihren grundgesetzlichen Schutzauftrag nicht erfüllen würde.

Wenn die obersten Richter in Karlsruhe für den Kampf gegen fiktive Treibhausgasemissionen und den angeblich menschengemachten Klimawandel eintreten, um die Rechte der Menschen zu schützen, dann darf der Karlsruher Bundesgerichtshof die dramatischen realen Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren.

Da die gemeingefährlichen Risiken der sogenannten Energiewende der deutschen Bundesregierung zweifelsfrei nicht mit Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes vereinbart werden können, war das Bundesverfassungsgericht von Amts wegen verpflichtet, die gegenwärtig angeordneten staatlichen Maßnahmen unverzüglich zu prüfen.

Da das Recht nicht teilbar ist, muß die Bundesanwaltschaft von Amts wegen prüfen, ob die gemeingefährlichen Folgen dieser staatlichen Maßnahmen tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind oder ob die sogenannte Energiewende das Leben, die Gesundheit und Sicherheit der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und der mitteleuropäischen Nachbarländer bedrohen.

Verantwortlichkeit und Haftung wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten

In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Bevölkerung schützen muß, sind natürlich auch alle Politiker, die wider besseres Wissen nicht pflichtgemäß handelten und zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstießen, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche*

Unversehrtheit. ...) umfaßt auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der sog "Energiewende", wie zum Beispiel vor den extremen Ereignissen während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

Im Artikel 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) *Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.*

(2) *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.* <<

Keine Ahndung von Rechtsbrüchen

Die systematische Destabilisierung der deutschen Energiewirtschaft erfolgte nachweislich durch staatlich angeordnete Maßnahmen der deutschen Bundesregierung, deshalb wurde der Bestand der Bundesrepublik Deutschland nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich gefährdet.

Obleich der Straftatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllt ist, wurde bisher noch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Der Hochverratsparagraph wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten abgeschafft. Erst im Jahr 1951 führte man wieder ein Gesetz zur Bestrafung des Hoch- und Landesverrats ein. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe war danach für Staatsschutzstrafsachen verantwortlich, die durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden ("Hochverrat" laut Paragraph 81 Strafgesetzbuch), und verpflichtet, eingehende Strafanzeigen zu prüfen.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht z.B. Hochverrat: >>(1) *Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt*

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ... <<

Schlußbemerkungen

Das fremdbestimmte Zwangsbetreuungssystem ohne Daseinsvorsorge war in der Bundesrepublik Deutschland äußerst effektiv. Der Tiefe Staat konnte mit tatkräftiger Hilfe der allmächtigen deutschen Regierungsparteien alle angestrebten Ziele mühelos verwirklichen und das nach wie vor besetzte und bevormundete Land fast vollständig ausbeuten, destabilisieren und ruinieren.

Angesicht der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch Mitglieder der Bundesregierung wird es höchste Zeit, daß das Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes geht alle Staatsgewalt vom Volk aus und "alle Deutschen haben gemäß Artikel 20 Absatz 4 das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Da die gewählten Volksvertreter der dominanten Regierungsparteien und die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe alle bereits entstandenen Schäden und die drohenden Gefahren der planmäßig eingeleiteten Energiewende starrsinnig ignorieren, obgleich sie die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nachweislich bedrohen sowie den Bestand des gesamten Landes gefährden, muß das Volk diese verantwortungslosen und pflichtvergessenen Volksvertreter unverzüglich durch Massenproteste und Streiks (Niederlegung der Arbeit etc.) zum Rücktritt auffordern und Neuwahlen erzwingen. ...<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversor-

gungsunternehmens) schrieb am 1. Juni 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Ist der deutsche Katastrophenschutz einem flächendeckenden Stromausfall gewachsen?

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (rund 36 % der gesamten Stromnachfrage von etwa 83.000 Megawatt) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2023 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken, so daß es spätestens ab 2023 zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

Flächendeckende Stromausfälle

Aufgrund der fehlenden Grund- und Mittellaststromerzeugung genügen bereits eine im Winter typische längere Dunkelflaute ohne Wind und Sonne sowie 5-10 Grad Kälte, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Längere flächendeckende Stromausfälle lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Infolge des totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und chaotische Zustände auslösen. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen z.B. sofort alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe aus. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) bricht ebenfalls zusammen, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht.

Die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden.

Kampf ums nackte Überleben

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes würde sich zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Selbstmorde, Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Nach dem Zusammenbruch der Energieversorgung wird in der Bundesrepublik Deutschland schnell ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben entbrennen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen beginnen wahrscheinlich zunächst mit Massenplünderungen und Brandschatzungen durch marodierende Banden in den deutschen Städten und werden danach in allen deutschen Provinzen fortgesetzt.

Während des brutalen Existenzkampfes um Leben und Tod kämpft zwangsläufig jeder gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich Lebensmittel, Vermögensgegenstände und andere Dinge vor den Konkurrenten zu sichern. In dieser drama-

tischen Zeit setzen sich in erster Linie der Aggressionstrieb, Brutalität, Hab- und Machtgier sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.

Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften durch einen großräumigen und langandauernden Ausfall der Stromversorgung

Der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (TAB) berichtete am 27. April 2011 dem Deutschen Bundestag über die Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften - am Beispiel eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung. Drucksache 17/5672 (x1.066/...): >>Vorwort des Ausschusses

Als Lebensadern hochtechnisierter Industrienationen gelten ihre Infrastrukturen wie sichere Energieversorgung, funktionierende Wasserver- und Abwasserentsorgung, leistungsfähige Verkehrsträger und Transportwege sowie eine jederzeit zugängliche Informations- und Telekommunikationstechnik. ...

Aufgrund der großen Abhängigkeit nahezu aller Kritischen Infrastrukturen von der Stromversorgung, kommt dem Szenario eines großflächigen und längerfristigen Stromausfalls mit der Folge massiver Versorgungsstörungen, wirtschaftlicher Schäden sowie Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit eine zentrale Bedeutung zu. ...

Berlin, den 7. April 2011

Zusammenfassung

In modernen, arbeitsteiligen und hochtechnisierten Gesellschaften erfolgt die Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen durch ein hochentwickeltes, eng verflochtenes Netzwerk "kritischer Infrastrukturen". ...

Aufgrund der nahezu vollständigen Durchdringung der Lebens- und Arbeitswelt mit elektrisch betriebenen Geräten würden sich die Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls zu einer Schadenslage von besonderer Qualität summieren. Betroffen wären alle Kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern. Trotz dieses Gefahren- und Katastrophenpotentials ist ein diesbezügliches gesellschaftliches Risikobewußtsein nur in Ansätzen vorhanden. ...

Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls

... Aufgrund der Erfahrungen mit bisherigen nationalen und internationalen Stromausfällen sind erhebliche Schäden zu erwarten. Bisherige Stromausfälle dauerten höchstens einige Tage, einige verursachten jedoch geschätzte Kosten von mehreren Mrd. US-Dollar. Für den Fall eines mehrwöchigen Stromausfalls sind die Schäden zu erwarten, die um Größenordnungen höher liegen.

Die verschiedenen Sektoren kritischer Infrastrukturen sind umfassend von einer kontinuierlichen Stromversorgung abhängig. Unterstellt man das Szenario eines mindestens zweiwöchigen und auf das Gebiet mehrerer Bundesländer übergreifenden Stromausfalls, kämen die Folgen einer Katastrophe nahe. ...

Lebensmittel

Der Sektor Lebensmittel umfaßt die komplexe Versorgungskette von der Rohstoffproduktion bis zur Abnahme von Fertigerzeugnissen durch den Endverbraucher. Als Folge des Stromausfalls ist die Versorgung mit Lebensmitteln erheblich gestört; deren bedarfsgerechte Bereitstellung und Verteilung unter der Bevölkerung werden vorrangige Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängt nicht nur das Überleben zahlreicher Menschen ab, sondern auch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Aufgrund fehlender Klimatisierung und Durchlüftung kommt es innerhalb der ersten Tage zu Schäden in der Unterglasproduktion von Obst und Gemüse sowie an Lagergut. In der Tierhaltung werden die für Leben und Gesundheit der Tiere wichtigen Funktionen in der Stalltechnik zunächst durch (vorgeschriebene) Notstromaggregate aufrechterhalten. Der Ausfall der weiteren Stall- und Melktechnik beeinträchtigt jedoch das Wohlbefinden der Tiere und kann bei

Milchvieh zu Euterentzündungen und in der Folge zum Tod führen.

Sobald der Treibstoffvorrat für die Notstromaggregate erschöpft ist, was zumeist nach 24 Stunden der Fall ist, leiden die Tiere unter der manuell nicht zu leistenden Versorgung mit Futter, Wasser und Frischluft. Am problematischsten ist die Versorgung von Schweinen und Geflügel in Beständen mit mehreren Tausend Tieren. Unter diesen Bedingungen überleben die Tiere oft schon die ersten Stunden nicht.

Die weiterverarbeitende Lebensmittelindustrie fällt zumeist sofort aus, so daß die Belieferung der Lager des Handels unterbrochen wird. Diese halten zwar umfangreiche Lebensmittelbestände vor, allerdings überwiegend in Form von (Tief-)Kühlprodukten. Nur wenige Lager können die erforderliche Notstromversorgung länger als zwei Tage aufrechterhalten. Dadurch werden auch der Warenumschlag und damit die Versorgung der Filialen massiv beeinträchtigt. Dort leeren sich die Regale innerhalb weniger Tage.

Verletzbarkeit und Bewältigungskapazitäten

... Trotz größter Anstrengungen kann aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die flächendeckende und bedarfsgerechte Verteilung der Lebensmittellieferungen nur ungenügend gewährleistet werden. ...

Gesundheitswesen

Nahezu alle Einrichtungen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung der Bevölkerung sind von Elektrizität unmittelbar abhängig. Das dezentral und hocharbeitsteilig organisierte Gesundheitswesen kann den Folgen eines Stromausfalls daher nur kurz widerstehen. Innerhalb einer Woche verschärft sich die Situation derart, daß selbst bei einem intensiven Einsatz regionaler Hilfskapazitäten vom weitgehenden Zusammenbrechen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung auszugehen ist.

Bereits nach 24 Stunden ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens erheblich beeinträchtigt. Krankenhäuser können mit Hilfe von Notstromaggregaten noch einen eingeschränkten Betrieb aufrechterhalten, Dialysezentren sowie Alten- und Pflegeheime aber müssen zumindest teilweise geräumt werden und Funktionsbereiche schließen. Die meisten Arztpraxen und Apotheken können ohne Strom nicht mehr weiterarbeiten und werden geschlossen.

Arzneimittel werden im Verlauf der ersten Woche zunehmend knapper, da die Produktion und der Vertrieb pharmazeutischer Produkte im vom Stromausfall betroffenen Gebiet nicht mehr möglich sind und die Bestände der Krankenhäuser und noch geöffneten Apotheken zunehmend lückenhaft werden. Insbesondere verderbliche Arzneimittel sind, wenn überhaupt, nur noch in Krankenhäusern zu beziehen. Dramatisch wirken sich Engpässe bei Insulin, Blutkonserven und Dialysierflüssigkeiten aus. ...

Versorgung mit Treibstoff und Notstrom

Für das Katastrophenmanagement ist die Verfügbarkeit der Ressource Treibstoff von zentraler Bedeutung. Unabdingbar ist die Versorgung beispielsweise von

- Einsatzfahrzeugen der Hilfsorganisationen und Unterstützungskräfte;
- dieselbetriebenen Schienenfahrzeugen zur Räumung liegengebliebener Züge und für Transportzwecke sowie Busse des ÖPNV zur Aufrechterhaltung minimaler Transportdienstleistungen;
- Notstromaggregaten, die sensible Infrastrukturkomponenten (wie Einsatzleitstellen, Feuerwehrhäuser, mobile Funkstationen) funktionsfähig halten. ...

Information und Sensibilisierung der Bevölkerung

Hinsichtlich der Informiertheit und der Einstellung der Bevölkerung ist ein erhebliches Defizit zu konstatieren. Die Stromversorgung als Kritische Infrastruktur ist für die Bevölkerung kein Thema, die Möglichkeit von Stromausfällen und die Folgen einer Unterbrechung der Stromversorgung werden ausgeblendet. Erlebte Stromausfälle werden meist schnell vergessen. ...

Dementsprechend gibt es keine nennenswerte Vorbereitung der Bevölkerung auf einen Strom-

ausfall, und die Fähigkeiten zur Bewältigung seiner Folgen sind in dieser Hinsicht ungenügend. Angesichts der geringen Sensibilität für das Risiko und die Gefahren eines Stromausfalls sollte darüber nachgedacht werden, wie das Interesse der Bevölkerung durch Informationen und Beratung zu wecken und aufrechtzuerhalten wäre, um in Krisensituationen die Bürger in geeigneter Weise ansprechen zu können. ...

Fazit

Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein.

Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht "beherrschbar", allenfalls zu mildern. ...

I. Einleitung

1. Verletzlichkeit moderner Gesellschaften

Als Lebensadern der modernen, hochtechnisierten Gesellschaften gelten ihre Infrastrukturen wie sichere Energietransportnetze, funktionierende Wasserversorgung, leistungsfähige Verkehrsträger und -wege sowie eine jederzeit zugängliche und nutzbare Informations- und Telekommunikationstechnik.

Sie bilden zusammen mit weiteren Sektoren (wie Behörden und Verwaltung, Gesundheitswesen) die "Kritischen Infrastrukturen" moderner Gesellschaften. Diese stellen die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen sicher. ...

2.3 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Wasser ist als nichtsubstituierbares Lebensmittel und Garant für hygienische Mindeststandards eine unverzichtbare Ressource zur Deckung menschlicher Grundbedürfnisse. ...

2.3.6 Fazit

Im Bereich der Wasserversorgung wird elektrische Energie in der Wasserförderung, -aufbereitung und -verteilung benötigt. Besonders kritisch für die Gewährleistung der jeweiligen Funktion sind elektrisch betriebene Pumpen. Fallen diese aus, kann das Wasser nicht durch die Verarbeitungsstufen und in das Verteilungssystem geführt werden. Nur in wenigen Fällen läßt sich in der Wasserverteilung ein freies Gefälle ausnutzen (z.B. in der Fernwasserleitung, die den Ostharz mit Leipzig verbindet). ...

2.4 Lebensmittelversorgung

... Ein Stromausfall hat Folgen für den gesamten Sektor der Lebensmittelversorgung. ...

2.4.4 Fazit

... Besonders weniger zentrale Regionen werden unvollständig versorgt. Um Lebensmittellieferungen, ausgegebene Essensrationen oder knappe Lebensmittel in den wenigen noch betriebenen Filialen entbrennen Streitigkeiten und heftige, oft körperliche Auseinandersetzungen, die nicht immer von den Ordnungskräften geregelt werden können.

Personen, wie Alte, Kranke oder Kleinkinder, deren Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist oder die auf besondere Lebensmittel angewiesen sind, leiden besonders unter der Situation. Schließlich wird auch die Versorgung der lokalen, insbesondere aber der aus angrenzenden Regionen eingesetzten Kräfte zum Problem.

Eine Stabilisierung der Versorgung mit Lebensmitteln und die Gewährleistung ihrer gerechten Verteilung unter der Bevölkerung entwickeln sich zu vorrangigen Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängen das Überleben zahlreicher Menschen und der

Erhalt und die Sicherung der öffentlichen Ordnung ab.

2.5 Das Gesundheitswesen

Die wichtigste Funktion des Sektors "Gesundheitswesens" ist die Bereitstellung einer medizinisch-pharmazeutischen Versorgung der Bevölkerung. ...

2.5.5 Fazit

Die dezentral und hocharbeitsteilig organisierte medizinische und pharmazeutische Versorgung kann den Folgen eines Stromausfalls nur kurz widerstehen. Bereits nach 24 Stunden ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens erheblich beeinträchtigt. In den nächsten Tagen müssen Dialysezentren sowie Alten- und Pflegeheime zumindest teilweise geräumt werden. Arztpraxen und Apotheken sind zumeist geschlossen. ...

14. Fazit

Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens) notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Damit verlöre er auch eine seiner wichtigsten Ressourcen - das Vertrauen seiner Bürger.

Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein. Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht "beherrschbar", allenfalls zu mildern.

...

Wie sicher ist sicher genug? Welche Kosten und welche Pflichten sind wem zumutbar? Welches Restrisiko ist hinzunehmen? ...<<

Deutsche Ingenieure berichteten am 10. August 2021 auf ihrer Webseite "blackout-news" über den Katastrophenschutz bei einem Blackout in der Bundesrepublik Deutschland (x1.018):

>>Katastrophenschutz bei Blackout wird in Deutschland komplett versagen

Der Katastrophenschutz in Deutschland wird bereits wegen des verheerenden Hochwassers kritisiert. Ohne Vorwarnung hat eine Flut über hundert Menschen das Leben genommen. ... Wir befassen uns hauptsächlich mit dem Thema Blackout und uns stellt sich natürlich die Frage: Wie wird der Katastrophenschutz im Falle eines Blackouts aussehen?

Ist Deutschland auf einen Blackout vorbereitet?

Um sich auf einen Blackout vorzubereiten muß man sich erst einmal der Gefahr bewußt werden. In Deutschland geht man jedoch stur davon aus, daß ein Blackout nicht passieren wird.

Wir haben bei der Bundesnetzagentur nachgefragt. Diese hält einen Blackout für "äußerst unwahrscheinlich". ...

Außerdem hat die FDP Fraktion im Bundestag eine "kleine Anfrage" gestellt um nachzufragen was der Plan auf Bundesebene in so einem Katastrophenevent ist. Die Antwort: Ein "Worst-Case-Szenario" zur Stromversorgung sei nicht erforderlich. Die Bundesregierung sieht die Stromversorgung trotz Abschaltung der Kohle- und Atomkraftwerke als gesichert an.

Nur das BBK (Bundesamt für Katastrophenschutz und Bevölkerungshilfe) warnt auf ihrer Webseite vor einem Blackout. Diese Warnungen werden jedoch kaum kommuniziert und man muß als Bürger selbst danach suchen.

Was macht Deutschland während eines Blackouts?

Bei einem Blackout gibt es in ganz Deutschland keinen Strom. Damit funktionieren auch keine Telefonmasten mehr. Kurz: Das Handynetz fällt aus.

Genau das ist eines der größten Mängel des neuen digitalen Polizeifunks. Der funktioniert ohne Strom nicht. Genau das war auch ein Problem beim Krisenmanagement der Flutkatastrophe. Dort legte ein lokaler Stromausfall den kompletten digitalen Funk für Polizei, Feuer-

wehr und Rettungskräfte lahm.

Ein weiteres großes Problem ist die Planlosigkeit. Wie bereits oben beschrieben gibt es auf Bundesebene kein "Worst-Case-Szenario". Außerdem wird die Gefahr eines europaweiten Stromausfalls kaum oder gar nicht kommuniziert.

Das wird während eines Blackouts ebenfalls zu sehr großen Problemen führen.

Deutschlands Katastrophenschutz wird bei Blackout komplett versagen - Fazit

Bei einer Flutkatastrophe mit lokalen Stromausfällen gab es bereits sehr viele Probleme. Wie wird das Land dann auf einen landesweiten, mehrtägigen Stromausfall reagieren?

Die Gefahr eines Blackouts wird in Deutschland kaum kommuniziert. Außerdem gibt es keinen Notfallplan für so ein Katastrophenevent. Einsatz- und Rettungskräfte üben diesen Fall nicht. Die Bevölkerung ist nicht informiert, wie man sich darauf vorbereiten kann.

Der neue digitale Polizeifunk wird die Kommunikation der Rettungsdienste massiv beeinflussen. Ohne Kommunikation ist also jeder auf sich allein gestellt. Hilfe von "außen" wird ohne Plan nicht zu erwarten sein.

Die Verantwortung für die Vorbereitung auf einen Blackout liegt allein bei Ihnen selbst. Wir raten Ihnen deshalb sich rechtzeitig darauf vorzubereiten. ...<<

Drohende Freisetzung von Radioaktivität

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Spruchwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

In den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden, droht die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente, wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel ausfallen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 2. Juni 2014 über die Stilllegung von Atomkraftwerken: >>>**Zurück zur grünen Wiese**

Um ein Atomkraftwerk abzuschalten, muß die Uran-Spaltung zur Energiegewinnung im Kern eines Reaktors gestoppt werden. Hierfür werden in das Becken mit den Brennstäben sogenannte Steuerstäbe eingeführt, die jene Neutronen einfangen, die die Uran-Spaltung auslösen. Dieser Vorgang unterbricht die Kettenreaktion zur Energieerzeugung in einem Kraftwerk.

Wenn ein Kernkraftwerk für immer vom Netz gehen soll, sind noch weitere Schritte notwendig. Denn die Brennstäbe bleiben auch in einem heruntergefahrenen Kraftwerk noch sehr heiß und müssen ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Reaktors gekühlt werden. Nur damit kann ein Schmelzen der Brennstäbe und eine Freisetzung von Radioaktivität vermieden werden. ...<<

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die 7 stillgelegten Kernkraftwerke befinden sich in folgenden deutschen Bundesländern: Schleswig Holstein

Kernkraftwerk Brokdorf (Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Niedersachsen

Kernkraftwerk Grohnde (Druckwasserreaktor: 1.360 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Druckwasserreaktor: 1.335 Megawatt), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Baden Württemberg

Kernkraftwerk Philippsburg 2 (Druckwasserreaktor: 1.402 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2019.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Druckwasserreaktor: 1.310 Megawatt), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Bayern

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Druckwasserreaktor: 1.288 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Isar 2 (Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl

In der Ukraine kam es am 26. April 1986 im Kernkraftwerk Tschernobyl zum bisher schwersten Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wurden mindestens 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 ($\times 175/790$).

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 8. April 2006: >>>Wenn mit dem Wind die Angst kommt

Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freigesetzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallouts von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

Von Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen. Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ...

Während die Weltgesundheitsorganisation WHO zusammen mit der Internationalen Atomenergiebehörde in einer Studie von wenigen tausend Toten aufgrund der Strahlenexposition ausgehen, sprechen andere Wissenschaftler von 50.000 bis 100 000 Toten. In ihre Berechnungen fallen nicht nur die Krebsopfer, sondern auch die Menschen, die sich nach der Explosion das Leben nahmen. ...

Viele denken bei Tschernobyl vor allem an die Ukraine. Dort steht zwar der Reaktor doch hinter der Grenze in Weißrußland waren die Folgen des Reaktorunglücks ungleich schlimmer. Mehrere 1.000 Quadratkilometer sind unbewohnbar, davon liegt rund die Hälfte im Rayon (Landkreis?) Choiniki. Doch um die Region scheint sich niemand mehr zu kümmern. Die internationale Hilfe kommt hier schon lange nicht mehr an.

Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...

Unter der Stahl-Beton-Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrenn-**

stoffe. Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht.
...<<

Als im Jahre 1986 der Block 4 des Kernkraftwerkes in Tschernobyl explodierte und es zur Kernschmelze kam, mußten mindestens **800.000 Feuerwehrleute und Soldaten** aus der gesamten Sowjetunion eingesetzt werden, um die Umgebung mit einer 300.000 Tonnen schweren Stahlbetonschicht vor den radioaktiven Strahlen der restlichen **20 Tonnen Kernbrennstoffe**, die sich noch im zerstörten Reaktor befanden, zu schützen.

Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen.**

Bis 2005 starben etwa 112.000 bis 125.000 Helfer (sog. Liquidatoren) an den Folgen des lebensgefährlichen Einsatzes in Tschernobyl.

Falls es in den Abklingbecken der 7 stillgelegten deutschen Kernkraftwerke zu einer Kernschmelze der Brennelemente **mit einer Schwermetallmasse von etwa 700 Tonnen** kommen sollte, müßte man in der Bundesrepublik Deutschland mindestens **5.600.000 Helfer** (sog. Liquidatoren) einsetzen, um die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität einzudämmen.

Im Jahre 1977 gründeten die deutschen Kernkraftwerksbetreiber die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen, um Stör- und Unfälle in kerntechnischen Anlagen zu bekämpfen. Die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen verfügt derzeit lediglich über 111 Mitarbeiter.

Schlußbemerkungen

Bereits 24 Stunden nach einem nationalen Stromausfall beginnt in den deutschen Mastbetrieben das Massensterben von Millionen Kühen, Schweinen, Hühnern, Puten, Gänsen usw., weil sie nicht mehr versorgt werden können.

Schon 48 Stunden nach einem nationalen Stromausfall besteht Seuchengefahr wegen fehlender Tierkadaver-, Müll- und Wasserentsorgung.

Etwa 72 Stunden nach einem nationalen Stromausfall ziehen viele Menschen aufgrund ungenügender Wasser- und Lebensmittelreserven plündernd durch die Städte.

14 Tage nach einem nationalen Stromausfall droht in den Abklingbecken von sieben Kernkraftwerken möglicherweise die Kernschmelze und damit der Super-GAU, falls die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen.

Die Befürchtungen und berechtigten Sorgen vor radioaktiven Verstrahlungen, wie sie sich zum Beispiel nach dem Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl ereigneten, sollten nicht länger ignoriert werden! Der deutsche Katastrophenschutz ist gegenwärtig nur ungenügend vorbereitet, falls sich während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls Störfälle in den bis 2022 stillgelegten sieben Kernkraftwerken ereignen sollten.

Wenn es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden die freigesetzten radioaktiven Stoffe je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Da man wahrscheinlich niemals 5.600.000 Liquidatoren für die lebensgefährlichen Rettungsmaßnahmen (Bau von 7 Stahlbetonsärgen) mobilisieren könnte, würden vermutlich viele Regionen der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 mitteleuropäischen Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Die Frage der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und Haftungsregelungen wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten stellt sich vermutlich nicht mehr, weil die Bundesrepublik Deutschland nach dem Super-Gau nicht mehr existieren wird.

Unterlassene Daseinsvorsorge

Wieso findet angesichts der instabilen Stromversorgung in der Bundesrepublik kein sofortiger Wiederaufbau der deutschen Grund- und Mittellaststromerzeugung statt, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes zu verhindern?

Weshalb werden von der Bundesregierung bisher keine speziellen Vorsorgemaßnahmen getroffen, um während eines nationalen Stromausfalls zumindest zeitweise die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten?

Warum ignoriert die Bundesregierung die drohende Gefahr einer Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen, falls in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden, die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen?

Wieso wird die Bevölkerung nicht über die Folgen eines flächendeckenden Stromausfalls informiert?

Angesichts der Tatsache, daß bisher kein Mitglied der derzeitigen linkslastigen Ampel-Koalition daran denkt, die jahrzehntelange Destabilisierungspolitik der angeblich herausragenden Kanzlerin Angela Merkel zu beenden und die ideologische Energiewende unbeirrt fortsetzt, muß man davon ausgehen, daß es auch kein Vorsorgekonzept für einen längeren Stromausfall gibt.

Der deutsche Katastrophenschutz, der bereits im Juli 2021 bei dem letzten verheerenden Hochwasser im Ahrtal jämmerlich scheiterte, wird auch einem flächendeckenden nationalen Stromausfall nicht gewachsen sein und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit komplett versagen.

Da die gewählten Volksvertreter und die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die bereits entstandenen Schäden und die drohenden Gefahren der planmäßig eingeleiteten Energiewende starrsinnig ignorieren, obgleich sie die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bedrohen sowie den Bestand des gesamten Landes nachweislich gefährden, muß das Volk diese verantwortungslosen und pflichtvergessenen Volksvertreter unverzüglich zum Rücktritt auffordern und durch Massenproteste und Streiks (Niederlegung der Arbeit und andere geeignete Maßnahmen) Neuwahlen erzwingen.

Angesichts der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch Mitglieder der Bundesregierung wird es höchste Zeit, daß das Deutsche Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn gemäß Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes haben "alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Wenn die gewählten Volksvertreter ihre Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge nicht pflichtgemäß wahrnehmen und den Staatsbürgern kein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit gewährleisten, muß das Volk unverzüglich Widerstand leisten, um diese offensichtlich fremdbestimmten Volksvertreter komplett auszutauschen. ...<<

Das Blogportal und Online-Magazin "ACHGUT - Die Achse des Guten" berichtete am 20. Juni 2022(x1.146): >>Keine Hilfe im Winter möglich? Scholz' und Habecks dreiste AKW-Lüge

Olaf Scholz und Robert Habeck erzählen den Menschen, die laufenden AKWs könnten nicht zur Energieversorgung im kommenden Winter beitragen, weil die Brennelemente fehlen. Die beiden beziehen sich dabei auf einen bestellten Bericht, dessen Ergebnis vorab feststand. Lesen Sie hier, wie und warum die Wahrheit in übler Weise verbogen wird.

In Berlin brennt die Hütte - und zwar ganz von selbst. Der für den Winter absehbare Energie-Notstand in Deutschland versetzt die Regierenden in Panik. Der vernünftige Schritt, die

Atomkraftwerke zumindest im Sparbetrieb weiterlaufen zu lassen, liegt auf der Hand. Jede Kilowattstunde wird im kommenden Winter zählen.

Doch eine Erlaubnis zum Weiterbetrieb der Kernkraftwerke würde die Grünen zerreißen und damit der Regierung Scholz ein mögliches Ende setzen. Also versucht man, die Forderung unter der Decke zu halten und möglicherweise Zeit zu gewinnen, bis man gar nicht mehr anders kann.

Deshalb wird gelogen, daß sich die Brennstäbe biegen. Das Narrativ, das derzeit gestreut wird, heißt: Im nächsten Winter können die Kernkraftwerke nichts zur Energieversorgung beitragen, weil dafür die Brennstäbe fehlen und so schnell keine neuen beschafft werden können. Der Atomausstieg sei lange beschlossen.

Brennelemente und die nötigen Wartungsintervalle der Anlagen seien genau darauf abgestimmt. So reichten die Brennstäbe noch bis zum Ende des Jahres. "Neue zu besorgen, würde mindestens 12 bis 18 Monate dauern, betonte Scholz", schreibt das Handelsblatt. Wirtschaftsminister Habeck hat sich praktisch gleichlautend geäußert.

Diese Aussagen sind grob irreführend und streuen den Menschen absichtlich Sand in die Augen. Diese Verlautbarungen basieren auf einer vorgeblich "ideologiefreien unideologischen Prüfung", die zu dem Zweck angefertigt wurde, sich diese Debatte von vornherein vom Hals zu schaffen.

Aus gegebenem Anlaß veröffentlichen wir hier daher nochmals unseren Beitrag: "Weiterbetrieb der Kernkraftwerke? Die Prüfung, die keine war". Rainer Klute widerlegte darin die Behauptungen, die Scholz und Habeck jetzt wieder ins Land posaunen, schon im März dieses Jahres:

Weiterbetrieb der Kernkraftwerke? Die Prüfung, die keine war

Das Ergebnis der von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im ZDF-Morgenmagazin versprochenen "unideologischen" Prüfung, ob eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke möglich und sinnvoll sei, ist eine grün motivierte, ideologische Farce.

Anders als Bundeswirtschafts- und -umweltministerium behaupten, bieten die Kernkraftwerke für den Winter 2022/23 sehr wohl noch erhebliche Leistungsreserven. Die sollte Deutschland nicht leichtfertig aus der Hand geben. Der Weiterbetrieb der laufenden Anlagen und die Reaktivierung der zum Jahresende 2021 abgeschalteten Kernkraftwerke mit den technischen und personellen Herausforderungen der Laufzeitverlängerungen sind mit moderatem Aufwand zu bewältigen.

Die Ministerien haben überhaupt nicht richtig geprüft. Sie haben eine Abwägungssimulation durchgeführt, deren Ergebnis ein Papier war, dessen Inhalt bereits vorher feststand. Grüne Ideologie geht ihnen offenbar vor Versorgungssicherheit. Aber wenn wir von Versorgungssicherheit sprechen, dann geht es um Menschenleben. Eine "Analyse" wie diese ist völlig unverantwortlich, zumal keine Fachleute einbezogen wurden.

Manche Annahmen der Ministerien sind nachweislich falsch und führen daher zu falschen Schlußfolgerungen. Hätten die Autoren die Fachleute in den Ministerien und in den zuständigen Fachgremien befragt, wäre ihnen das nicht passiert.

Ein Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke brächte für den Winter 2022/23 keine zusätzlichen Strommengen, meinen die unter grüner Leitung stehenden Ministerien in einem knappen viereinhalbseitigen Prüfvermerk, den sie am 8. März 2022 vorlegten. Demnach stünden frühestens ab Herbst 2023 wieder frische Brennelemente zur Verfügung. Ab Januar 2023 könnten die Kernkraftwerke nichts zusätzlich beitragen.

Brennelemente enthalten noch erhebliche Energiereserven

Doch das trifft nicht zu. Richtig ist, daß die derzeit eingesetzten Brennelemente für einen Volllastbetrieb bis zum Jahresende 2022 vorgesehen und berechnet sind. Doch anders als von den Ministerien vermutet, sind sie dann nicht erschöpft. Vielmehr verfügen die sogenannten

"abgebrannten" Brennelemente noch über erhebliche Leistungsreserven. Diese lassen sich auch über den derzeit vorgesehenen Abschalttermin 31. Dezember 2022 hinaus nutzen. Sie können signifikant zur Versorgungssicherheit beitragen.

Mit diesen "abgebrannten" Brennelementen läßt sich noch so viel Strom zusätzlich erzeugen, wie ein großes Gaskraftwerk in zweieinhalb Jahren Volllastbetrieb liefert. Für den Winter 2022/23 und auch darüber hinaus ist also noch eine Menge Energie da. Erst danach sind frische Brennelemente nötig. Es ist eine schnelle Entscheidung erforderlich, denn je früher die Brennelemente bestellt werden, desto früher sind sie da.

Insgesamt lassen sich die Punkte, die Bundesumwelt- und -wirtschaftsministerium als mögliche Hintergrundgründe sehen, in technische, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte einteilen.

Zur sicherheitstechnischen Bewertung der Kernkraftwerke beteuert der Prüfvermerk von Bundesumweltministerium (BMUV) und Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) zwar, daß sich die noch laufenden Anlagen "... in einem vollständig genehmigten und überwachten Zustand (befinden). Sie sind sicherheitstechnisch grundsätzlich auf einem hohen Niveau."

Allerdings fanden 2019 in Anbetracht des nahenden Atomausstiegs die zehnjährlichen periodischen Sicherheitsüberprüfungen (PSÜ) nicht mehr statt. Diese PSÜ ziehen sich laut Prüfbericht über Jahre hin. Man könnte also meinen, die Kraftwerke stünden in diesem Zeitraum nicht zur Stromerzeugung zur Verfügung.

Tatsächlich aber handelt es sich bei einer PSÜ zu einem Teil um Schreibtischarbeit, zum anderen Teil um Überprüfungen, die während des laufenden Betriebs erledigt werden. Ulrich Waas, Diplom-Physiker und ehemaliges Mitglied der Reaktorsicherheitskommission, erläutert das von ihm mitentwickelte Konzept der Sicherheitsüberprüfungen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 13. März 2022.

Bei der letzten PSÜ im Jahr 2009 habe man für alle drei in Frage kommenden Anlagen zusammen rund 1.500 Arbeitsstunden gebraucht. Je nachdem, wie viel Personal man darauf ansetze, lasse sich das in ein paar Monaten bewältigen.

Zusätzliche Leistungsreserven durch Streckbetrieb nutzen

Was die Verfügbarkeit von Kernbrennstoff betrifft, argumentiert der Prüfbericht, daß eine zeitnahe Beschaffung frischer Brennelemente nicht möglich sei. Die Anlagen stünden nach dem 31. Dezember 2022 ohne Brennstoff da. Man könne zwar im Sommer 2022 die Kernkraftwerke mit verminderter Leistung fahren, so daß sie auch über den 31. Dezember 2022 hinaus noch für eine gewisse Zeit Strom liefern könnten. Insgesamt würde damit aber nicht mehr Strom produziert, bringe das also nichts.

Doch diese Darstellung von BMUV und BMWK ist falsch. Vielmehr enthalten die Brennelemente noch erhebliche Leistungsreserven, die sich nutzen lassen. Dazu muß man wissen, daß beim jährlichen Brennelementwechsel keineswegs sämtliche Brennelemente ausgetauscht werden, sondern nur die ältesten, die schon seit vier oder fünf Jahren im Reaktorkern stehen.

Das ist ähnlich wie in der Grundschule: Zum Schuljahreswechsel werden nicht sämtliche Schüler gegen neue ausgetauscht. Vielmehr verlassen nur diejenigen Schüler die Schule, die dort schon vier Jahre hinter sich haben. Dafür rücken dann neue Erstklässler nach. Der eine oder andere bleibt auch fünf Jahre in der Grundschule.

Nach einem Brennelementwechsel befinden sich daher unterschiedlich stark verbrauchte Brennelemente im Kern: Neben den frischen finden sich solche, die schon ein, zwei, drei oder sogar vier Jahre hinter sich haben.

Im Hinblick auf den Atomausstieg haben die Betreiber der Kernkraftwerke jedoch keine frischen Brennelemente mehr bestellt. Die aktuell vorhandenen Reaktorkerne sind so berechnet, daß die Anlagen damit noch bis zum Jahresende mit voller Leistung fahren können. Danach sind die ältesten Brennelemente am weitesten "heruntergebrannt". Die übrigen Brennelemente enthalten aber noch erhebliche Reserven.

Und an diesem Punkt irren Bundeswirtschafts- und -umweltministerium! Denn diese Reserven lassen sich nutzen. Sie können im Winter 2022/23 erheblich zur Stromversorgung beitragen. Zwar ist der übliche Brennelementwechsel mangels frischer Brennelemente nicht möglich, man kann aber die Anlage noch eine Zeitlang mit den vorhandenen Brennelementen einfach weiterlaufen lassen.

Auf diese Weise ist zwar kein Volllastbetrieb mehr möglich, aber die Kraftwerke können mindestens 90 Tage lang mit leicht fallender Leistung Strom produzieren. Dieser sogenannte Streckbetrieb schließt sich nahtlos an den Volllastbetrieb an.

Anschließend lassen sich weitere Reserven mobilisieren: Man fährt den Reaktor herunter, öffnet den Reaktordeckel und ordnet die Brennelemente, die schachbrettartig im Kern stehen, etwas anders an. Vielleicht tauscht man auch einige Brennelemente der vierten oder fünften Standzeit gegen noch gute, bereits gebrauchte Brennelemente aus dem Naßlager aus.

Kernkraftwerke können im Winter 2022/23 wesentliche Beiträge liefern

Mit dieser neuen Anordnung der Brennelemente ist sogar wieder ein Volllastbetrieb möglich, jedenfalls für weitere 40 bis 60 Tage. Daran schließt sich erneut ein Streckbetrieb über 80 bis 90 Tage an. Insgesamt sind also sieben bis acht Monate zusätzlicher Betrieb ohne frische Brennelemente möglich.

Im Winter 2022/23 können die drei Kernkraftwerke jedenfalls wesentliche Beiträge liefern. Im ersten Streckbetrieb, also ab Beginn des Jahres 2023, können die Anlagen insgesamt rund 7,5 Terawattstunden (TWh) Strom zusätzlich liefern, also 7,5 Milliarden Kilowattstunden. In der Phase nach der Umgruppierung der Brennelemente kommen weitere 4,5 bis 6 TWh hinzu. Im zweiten Streckbetrieb sind es dann noch einmal 7 bis 7,5 TWh. In Summe lassen sich so 19 bis 21 TWh oder mehr zusätzlich an Strom erzeugen, ohne daß ein einziges neues Brennelement notwendig wäre.

Laut International Energy Agency (IEA) sparen 70 TWh Strom aus CO₂-armen Quellen wie Kernenergie 13 Milliarden Kubikmeter Erdgas ein. Die 19 bis 21 TWh Stromproduktion aus alten Brennelementen bringen also eine Ersparnis von 3,5 bis 3,9 Milliarden Kubikmetern Erdgas, die nicht aus Rußland importiert werden müssen oder für andere Zwecke zur Verfügung stehen.

Wie viel wäre der zusätzlich produzierte Strom wert? Die Futures für Grundlaststrom im ersten Quartal 2023 liegen derzeit bei rund 150 Euro pro MWh. Die 19 bis 21 TWh brächten also einen Erlös von rund 3 Milliarden Euro.

Neue Brennelemente brauchen Zeit

Während sich mit dem Streckbetrieb die Zeit bis Juli oder August 2023 überbrücken ließe, müßten die Betreiber möglichst bald neue Brennelemente bestellen. Passende Brennelemente hat der Hersteller nämlich nicht einfach auf Lager, sondern fertigt sie für den jeweiligen Reaktortyp nur individuell auf Bestellung. Das dauert normalerweise etwa 18 Monate. Würden jetzt neue Brennelemente bestellt, könnten die Betreiber im September 2023 den regulären Brennelementwechsel nachholen.

Die Kernkraftwerke hätten also nur eine kurze Stillstandszeit. Möglicherweise läßt sich die Fertigung der Brennelemente auch priorisieren und etwas beschleunigen. Das benötigte angereicherte Uran für die neuen Brennelemente kann zum Beispiel aus den LEU-Vorräten der IAEA-Kernbrennstoffbank innerhalb kurzer Zeit abgerufen werden.

Nachfragen bei den Betreibern ergaben, daß das Betriebspersonal hochmotiviert ist, ihre Anlagen weiter zu betreiben. Viele würden sogar auf ihren vorzeitigen Ruhestand verzichten, wenn sie dafür die Gelegenheit hätten, "ihre" Anlage weiterbetreiben zu können. Die Verschrottung voll funktionsfähiger Kraftwerke ist in ihren Augen ein Unding.

BMUV und BMWK sehen als weiteres Problem, daß die Ersatzteilbevorratung abgebaut worden sei und bezweifeln, daß ausreichend Ersatzteile für das Sicherheitssystem und für betrieb-

liche Systeme vorhanden seien. Hier haben sich in der Tat einige Zulieferer zurückgezogen. Andererseits sind weltweit rund 440 Kernreaktorblöcke in Betrieb, die alle mit ausreichend Ersatzteilen versorgt werden müssen und versorgt werden. Laut Ulrich Waas ist die Technik in den deutschen Anlagen nicht derart einzigartig, daß keine anderen Zulieferbetriebe einspringen könnten.

Änderung des Atomgesetzes nötig

Grundsätzlich gilt für die Kernkraftwerke in Deutschland gemäß § 7 Absatz 1a Atomgesetz (AtG) eine Laufzeitbeschränkung. Um eine Laufzeitverlängerung zu ermöglichen, müßte der entsprechende Absatz gestrichen werden. Eine solche Gesetzesänderung müßte der Bundestag beschließen.

BMUV und BMWK sehen das Risiko, daß Verfassungsbeschwerden eine solche Gesetzesänderung stoppen könnten. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn sie ganz offensichtlich ihre Ziele verfehlen würde. Das ist hier aber nicht der Fall, zumal die Kernkraftwerke nicht nur zur Versorgungssicherheit beitragen, sondern auch zum Klimaschutz. Ohnehin verfügt der Bundesgesetzgeber aufgrund seiner Einschätzungsprärogative über einen weiten Entscheidungsspielraum.

Der Prüfbericht der Ministerien argumentiert zudem, daß eine Laufzeitverlängerung eine aufwendige Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würde und es fraglich sei, daß die Anlagen, insbesondere die zum 31. Dezember 2021 vom Netz gegangenen Kraftwerke, eine solche Umweltverträglichkeitsprüfung bestehen würden. Eine entsprechende Gesetzesänderung könne bereits im Eilverfahren durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden.

Risiken der Laufzeitverlängerung gegen Risiken der Energiekrise abwägen

Allerdings gab es im Jahre 2010 bereits eine Laufzeitverlängerung, deren Entscheidungsprozeß einer formalen Güterabwägung unterlag. Die Bundesregierung hatte damals die Risiken einer Laufzeitverlängerung einerseits gegen den Nutzen einer zuverlässigen und klimaschonenden Energieversorgung andererseits abgewogen. Ergebnis dieser Abwägung war, daß das Verhältnis von Risiko und Nutzen eine Laufzeitverlängerung rechtfertigten.

Angesichts der aktuellen Energiekrise, die eine erhebliche Gefährdung der Versorgungssicherheit in Deutschland darstellt - ein flächendeckender Stromausfall hätte katastrophale Auswirkungen zur Folge - ist nicht zu erwarten, daß das Bundesverfassungsgericht den Ermessensspielraum des Gesetzgebers beschneiden würde.

Während die derzeit laufenden Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 über gültige Berechtigungen zum Leistungsbetrieb verfügen, sind diese für die zuletzt abgeschalteten Anlagen Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C erloschen. Sie müßten neu beantragt werden. Dazu wäre nachzuweisen, daß die Anlagen dem Regelwerk "Sicherheitsanforderungen an Kernkraftwerke" (SiAnf, Fassung von 2015) entsprechen. Von einem "EPR-Standard", den BMWK und BMUV erwähnen, kann keine Rede sein.

Wie oben bereits dargestellt, sind die technischen und personellen Herausforderungen der Laufzeitverlängerungen mit moderatem Aufwand zu bewältigen. Das wiederum bedeutet, daß sich die Kosten für diesen Aufwand in Grenzen halten werden.

Andererseits dürfte sich der produzierte Strom zu deutlich höheren Preisen als in der Vergangenheit verkaufen lassen. Ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke sollte also eine hochprofitable Angelegenheit sein.

Kernkraftwerke drücken den Strompreis

Für den Strommarkt wäre es eine Win-Win-Situation, von der auch die Endverbraucher profitieren. Denn Kernkraftwerke zählen zu denjenigen Kraftwerken, die sehr günstig Strom erzeugen. Wenn sie laufen, können teurere Kraftwerke heruntergefahren werden, die sonst zur Deckung des Gesamtbedarfs nötig wären. Das sind meist Erdgas- oder Steinkohlekraftwerke. Das teuerste Kraftwerk bestimmt immer den Börsenpreis des Stroms, den sämtliche Kraft-

werke erhalten. Wenn also teure Kraftwerke nicht laufen müssen, weil die Kernkraftwerke billigeren Strom liefern, kommt dies den Kunden aller Kraftwerke zugute.

Der Prüfbericht der Ministerien weist auch auf zusätzlich anfallende Kosten für die Entsorgung der zusätzlich anfallenden radioaktiven Abfälle hin, außerdem auf die zu verlängernden Versicherungspolicen für die Kernkraftwerke. Diese könnten die Wirtschaftlichkeit in Frage stellen, meinen BMWK und BMUV. Allerdings sind diese Einwände nicht wirklich nachvollziehbar. Diese Versicherungsprämien sind erstens vergleichsweise gering und würden zweitens bei einer Laufzeitverlängerung nicht deutlich steigen.

Die zusätzlich anfallenden Mengen an abgebrannten Brennelementen betragen 30 Tonnen pro Reaktor und Jahr. Gemessen am Gesamtbestand von 10.500 Tonnen hochradioaktiver Abfälle aus Brennelementen ist das relativ wenig. Selbst ein Weiterbetrieb von zehn Jahren würde also weniger als 9 Prozent an zusätzlicher Masse an radioaktiven Abfällen erzeugen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die im Prüfbericht vom Bundesumweltministerium und Bundeswirtschaftsministerium vorgebrachten Argumente gegen eine Laufzeitverlängerung nicht überzeugen.

Die technischen und personellen Anforderungen an eine Laufzeitverlängerung stellen gewisse Hürden dar, die sich aber überwinden lassen. Die Wirtschaftlichkeit steht ohnehin außer Frage. Der Gesetzgeber hat es in der Hand, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Eine Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke ist daher vor allem eine politische Frage, keine technische, wirtschaftliche oder rechtliche. Wenn die Bundesregierung den politischen Weg für eine Laufzeitverlängerung freimacht, dann läßt sich diese auch umsetzen.

... Dieser Beitrag erschien zuerst auf der Seite des Vereins "Nuklearia" ...<<

Das Blogportal und Online-Magazin "ACHGUT - Die Achse des Guten" berichtete am 22. Juni 2022(x1.145): >>Europa kann den Winter nicht überleben

Von Stefan Frank

Rußland kann ein oder zwei Jahre überleben. Europa kann keinen Winter überleben. Die Erdgaskrise in Europa könnte nicht erst im Winter oder im Oktober beginnen, sondern schon im Juli oder August 2022.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90 / Die Grünen) hat am Wochenende die lange erwartete Energiewende verkündet: Deutschlands Kohlekraftwerke werden wieder Strom produzieren. In den letzten Tagen habe sich die Lage am Gasmarkt verschärft, erklärte der Minister:

"Noch können die ausfallenden Mengen ersetzt werden, noch läuft die Befüllung der Gasspeicher, wenn auch zu hohen Preisen. Die Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet. Aber die Situation ist ernst. Wir stärken daher weiter die Vorsorge und ergreifen zusätzliche Maßnahmen für weniger Gasverbrauch. Das heißt: Der Gasverbrauch muß weiter sinken, dafür muß mehr Gas in die Speicher, sonst wird es im Winter wirklich eng."

Um den Gasverbrauch zu senken, solle "weniger Gas zur Stromproduktion genutzt werden". Sehr vernünftig. Dann werden also die Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 länger laufen, um die Katastrophe abzuwenden? Vielleicht werden stillgelegte Reaktoren wieder in Betrieb genommen? Nein: "Statt dessen werden Kohlekraftwerke stärker zum Einsatz kommen müssen". Der "Klimaschutz" ist eben doch nicht so wichtig. Ein Déjà-vu-Erlebnis: Die gleiche Ankündigung hatte es schon vor fast vier Monaten gegeben. Spiegel online meldete am 28. Februar 2022:

"Inzwischen heißt es im (Bundeswirtschafts-)Ministerium auch, daß in den kommenden Monaten vor allem Kohlekraftwerke die Stromproduktion übernehmen sollen - und nicht Gaskraftwerke. Das Erdgas solle besser für das Auffüllen der Gasspeicher verwendet werden, die derzeit extrem niedrige Füllstände aufweisen."

Offenbar mußte die Idee im Wirtschaftsministerium wie ein Käse mehrere Monate reifen, ehe sie umgesetzt wurde.

Rekord bei der Erdgasverstromung

In der Zwischenzeit wurde tüchtig Erdgas verstromt, als gäbe es kein Morgen. Bruno Burger vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, der die Website Energy Charts betreibt, die der Öffentlichkeit interaktive Grafiken zu Stromproduktion und Börsenstrompreisen bietet, berichtete letzte Woche auf Twitter:

"Im Mai wurden mehr als 4 TWh Strom aus Erdgas erzeugt. Das ist ein neuer Rekord für einen Maimonat. Eigentlich sollte man bei der aktuellen Gasknappheit das Gegenteil erwarten." Eigentlich. Die deutschen Braunkohlekraftwerke, so Burger, "hätten im Mai mehr Strom liefern können, um teures Erdgas bei der Stromerzeugung einzusparen. Die Kraftwerksleistung in Betrieb war deutlich höher als die Erzeugung der Kraftwerke."

Weiter schreibt er: "Im Mai 2020 haben Braunkohlekraftwerke auf die tageszeitlichen Schwankungen der Strompreise reagiert. Im Mai 2022 waren es die Gaskraftwerke."

Mehr Kohlekraftwerke, sagt Robert Habeck, würden "für eine Übergangszeit" benötigt. Übergang zu was? Und wie lange wird diese Übergangszeit dauern?

Habeck suggeriert mit dem Begriff, daß es eine Sache von Monaten oder wenigen Jahren wäre, daß russisches Erdgas durch Gas, das in flüssiger Form (LNG) aus den USA und Katar kommt, ersetzt werden könne. Erstens aber wird LNG aufgrund des aufwendigen Prozesses (Verflüssigung, Transport per Schiff, Regasifizierung) immer teurer sein, als es das Pipeline-gas früher war.

Darum sollte es sich verbieten, es überhaupt zur Stromproduktion zu verwenden. Zweitens gibt es auf dem Weltmarkt gar keine derartig großen Kapazitäten, die auf Deutschland und die EU warten.

Wie prekär Europas Situation wirklich ist

Unter dem Titel: "Vor der kommenden Energiekrise gibt es kein Entkommen" gab Anas Alhajji, Chefökonom des Beratungsunternehmens NGP Energy Capital Management, vor einigen Tagen ein sehr interessantes Interview im Podcast MacroVoices (ab Minute 15:20). Er machte deutlich, wie prekär Europas Situation wirklich ist.

Die Konfrontation zwischen Europa und Rußland, so Alhajji, sei so, wie wenn zwei Personen einander in die Finger bissen:

"Wer wird zuerst schreien? Derjenige, der zuerst schreit, verliert, obwohl beide vielleicht nur der Bruchteil einer Sekunde trennt. Beide werden also schreien, aber einer um den Bruchteil einer Sekunde vor dem anderen. Und Europa wird verlieren. Rußland hat einen Haushaltsüberschuß. Rußland hat einen Handelsüberschuß. Es hat massive Devisen- und Goldreserven. Rußland kann ein oder zwei Jahre überleben. Europa kann keinen Winter überleben. Und das ist der Grund, warum es die Sanktionen hinauszögert - weil sie wissen, daß sie nicht überleben können."

Er wies auf die allerjüngsten Kalamitäten hin: Am 9. Juni ereignete sich eine Explosion mit nachfolgendem Brand in einer Erdgasverflüssigungsanlage des amerikanischen Unternehmens Freeport, rund hundert Kilometer südlich von Houston. Das LNG-Terminal, auf das etwa 20 Prozent der amerikanischen LNG-Exporte entfallen, wird für viele Monate ausfallen.

Damit fallen LNG-Lieferungen weg, die niemand ersetzen kann. Einen Tag zuvor hatte Algerien - ein Verbündeter Putins - seinen Banken angeordnet, keine Geschäfte mehr mit spanischen Unternehmen zu machen und einen Stopp der Gaslieferungen angedroht. Auch das eine potentielle Katastrophe für die EU.

Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bescheinigt Alhajji, anders als die Europäer einen Plan zu haben. Alhajji prognostiziert eine Erdgaskrise in Europa nicht erst im Winter oder im Oktober, sondern schon im Juli oder August 2022. Einige langfristige Lieferverträge endeten

im nächsten Monat - dann werde Rußland auch bei diesen Kunden auf Zahlung in Rubel pochen und könnte, wenn diese der Forderung nicht nachkämen, die Lieferung einstellen, wie schon gegenüber etlichen EU-Ländern wie Polen, Bulgarien, Finnland und den Niederlanden. "Ich glaube also, die Krise wird schon im Sommer kommen, gar nicht erst im Oktober."

Hurrikansaison könnte Europas Pläne durchkreuzen

Weiteres Ungemach droht: Das gesamte LNG, das von den USA nach Europa exportiert wird, stammt aus dem Golf von Mexiko. Und die Hurrikansaison steht vor der Tür. Derzeit werden 14 bis 21 Tropenstürme "mit Namen" vorhergesagt. Sechs bis zehn davon könnten laut der Vorhersage zu Hurrikanen werden (Windgeschwindigkeiten von 119 km/h und mehr). Drei bis sechs zu schweren Hurrikanen (178 km/h und mehr). "Wir wissen, daß selbst Hurrikane, die keine Zerstörung anrichten, Verzögerungen im Schiffsverkehr mit sich bringen", so Alhajji:

"Europa könnte also in Schwierigkeiten kommen, obwohl die Erdgasspeicherstände gestiegen sind und derzeit ein komfortables Niveau erreicht haben. Das kann innerhalb von Tagen ausgelöscht werden, wenn keine zusätzlichen Lieferungen kommen."

Die Suche nach weiteren LNG-Lieferanten ist nicht vielversprechend, zumal Europa auf dem LNG-Markt in Konkurrenz zu Asien steht. Katar, so Alhajji, habe "nichts zu liefern, allein deshalb, weil alles über Verträge verkauft ist". Algerien habe nichts anzubieten, "und wenn es die Lieferungen nach Spanien einstellt, gibt es eine schwere Krise". "Wo also wird das Gas herkommen?", fragt er.

Die Vereinigten Staaten seien gegenwärtig nicht in der Lage, einen Ausfall der russischen Lieferungen zu kompensieren. Es werde eine große Lücke geben, Europa werde sich wieder an Rußland wenden müssen - das den Europäern aber vielleicht gar kein Erdgas mehr verkaufen werde, ehe nicht alle Sanktionen aufgehoben sind. Den europäischen Regierungen werde nichts anderes übrig bleiben, als sich Moskau zu beugen. Anderenfalls, glaubt Alhajji, würden die Regierungen stürzen und neue gewählt werden. "Putin gewinnt in jedem Fall, egal, was die Presse sagt."

Was die LNG-Exporte der USA betrifft, rechnet er damit, daß sie mittelfristig in Amerika auf Widerstand stoßen werden. Hintergrund: Um die Erdgaspreise in den USA niedrig zu halten, waren Ausfuhren bis 2014 verboten. Erst durch den Schiefergas-Boom (Fracking) hatten die Vereinigten Staaten so viel Erdgas übrig, daß Exporte nicht mehr auf politische Ablehnung stießen.

Doch die LNG-Exporte haben zu einem starken Preisanstieg von Erdgas auf dem amerikanischen Inlandsmarkt geführt. Wie sehr der Export die Preise treibt, zeigte sich, als die Nachricht der Explosion in dem Freeport-LNG-Terminal die Erdgaspreise in den USA einbrechen ließ (während sie in Europa als Reaktion in die Höhe schossen), weil geringere Exporte eine höhere Menge für den amerikanischen Markt bedeuten. Alhajji glaubt:

"Wenn die Erdgaspreise in den USA auf 12 oder 14 Dollar (der bisherige Jahresrekord liegt bei 9,50 US-Dollar ...) steigen, wird es amerikanische Politiker geben, die, obwohl sie pro Ukraine und für die Unterstützung der EU sind, sagen werden, die LNG-Verkäufe nach Europa müssen beschränkt werden."

Bei Benzin und Diesel erwägt die US-Regierung tatsächlich schon jetzt Exportbeschränkungen. Von Moderator Erik Townsend gefragt, ob es für Europa einen Ausweg gebe, wenn es bereit sei, "Kompromisse bei den Klimazielen" zu machen, antwortete Alhajji:

"Das ist der traurige Teil. Es gibt eine beschränkte Fähigkeit dazu. Einige Länder haben sogar noch Kraftwerke, die mit Öl betrieben werden können, andere haben noch Kernkraftwerke. Doch das Problem ist: Sie haben die meisten stillgelegt. Sie wieder in Betrieb zu nehmen, würde viel Zeit und massive Investitionen erfordern. Diese Option existiert also, aber in begrenztem Umfang."

Die Europäer müßten "wirklich ihre Politik überdenken". Anderenfalls werde es in Europa eine Krise geben. "Und Menschen werden sterben, entweder an der Hitze oder der Kälte."

Der Bundeskanzler fragt in Kolumbien nach Kohle

In dieser Situation redet Habeck die Wichtigkeit der Kohlekraftwerke klein, indem er sagt, sie würden für eine "Übergangszeit" betrieben werden. Wir wissen natürlich, warum er das tut. Er hält Kohlekraftwerke für Sünde und kann seinen Brüdern und Schwestern im Geiste nicht die Wahrheit zumuten: daß diese Sünde nun zur Normalität wird. Wer aber zwei und zwei zusammenzählen kann, weiß, daß es so sein muß: Deutschland konnte überhaupt nur dank des billigen russischen Erdgases auf Kernenergie und Kohle gleichzeitig verzichten (oder meinte, das zu können).

Ohne das Erdgas muß man sich für eine der beiden anderen Optionen entscheiden, solange Außerirdische uns noch nicht die Batterietechnologie gebracht haben, mit der sich der von Windkraft- und Solaranlagen produzierte Strom speichern läßt, um Vorräte für Stunden, Tage, Wochen und Monate zu schaffen.

Es ist indessen ein schwerer strategischer Fehler der Regierung, öffentlich zu erklären, die Kohlekraftwerke würden nur für kurze Zeit, als "Notlösung" eingeschaltet. Warum? Weil Menschen nötig sind, die sie betreiben und warten. Wenn man diesen sagt, daß ihre Arbeit nicht geschätzt und auch nur von kurzer Dauer ist, ehe man sie ab 2024 wieder als "Klimakiller" diffamieren wird, haben sie dazu vielleicht gar keine Lust.

Wir haben kürzlich über die Energiekrise in Australien berichtet. Dabei spielen auch marode Kohlekraftwerke eine Rolle, die nicht mehr ausreichend gewartet werden, weil sie ja angeblich nur auf Abruf in Betrieb sind.

"Das Problem ist, daß, wenn Sie den Leuten, die Sie unterstützen, sagen, daß Sie ihre Dienste nicht mehr benötigen und nur noch fünf Jahre bleiben, sie anfangen werden, die Wartungsprogramme abzuwickeln, weil sie für zehn oder zwanzig Jahre geplant hatten", sagte Paul Flynn, der Vorstandsvorsitzende von Australiens größtem Kohlekonzern Whitehaven Energy, letzte Woche auf der Konferenz Australian Financial Review ESG Summit. "Sie sehen jetzt den Beweis dafür, daß die Unzuverlässigkeit (der Kraftwerke) zunimmt, aber das war durchaus zu erwarten."

Der Krieg gegen die Kohle - samt der Weigerung zahlreicher Banken und Versicherungen, Unternehmen als Kunden zu akzeptieren, deren Geschäft die Kraftwerkskohle ist - hat zudem zu einer kartellähnlichen Situation geführt: Es gibt, verglichen mit früher, nur noch relativ wenige Kohleunternehmen, und kaum eines von ihnen denkt auch nur daran, seine Produktion substantiell zu erhöhen. Wenn die Konzerne nun Investitionen tätigen sollen, die sich erst im Lauf von vielen Jahren amortisieren werden, müßte man ihnen allen jetzt das politische Signal senden, daß die Kohle noch lange gebraucht werden wird und der Krieg gegen die Kohle beendet ist.

Die Bundesregierung setzt beim Kohlekauf statt dessen auf Telefondiplomatie. Wie zu lesen ist, hat Bundeskanzler Olaf Scholz den kolumbianischen Präsidenten Ivan Duque angerufen, um auf eine Expansion des Steinkohletagebaus El Cerréjon zu drängen. El Cerréjon, eine der größten Kohleminen der Welt, befindet sich im Alleinbesitz des Schweizer Unternehmens Glencore, seit Glencore letztes Jahr die Anteile der beiden Joint-Venture-Partner BHP und Anglo American für ein Butterbrot gekauft hat.

Ein deutscher Bundeskanzler telefoniert also mit dem Staats- und Regierungschef von Kolumbien und bittet um mehr Kohle. Wer denkt da nicht gleich an den Begriff "Bananenrepublik"? Was seine Berater Scholz vielleicht nicht gesagt haben: Präsident Duque ist nur noch bis zum 7. August im Amt. Am Sonntag wurde der frühere Linksterrorist Gustavo Petro zu seinem Nachfolger gewählt. Die schlechten Nachrichten - bzw. die guten für Putin - reißen wahrlich nicht ab.

Zumindest ihre jetzigen Entscheidungen und ihre Wortwahl hat die Bundesregierung hingegen in der Hand. Die notwendigen Investitionen in Kohleproduktion, Kraftwerke und Transportkapazitäten werden gehemmt oder verhindert, wenn alle glauben, daß sie sich nicht rentieren werden, weil Kohle ja angeblich keine Zukunft habe. Es gibt viele Faktoren, die die Bundesregierung nicht - oder heute nicht mehr - beeinflussen kann. Aber in Worten und Taten weiterhin gegen Kohle - und erst recht gegen die Kernenergie - vorzugehen, das ist ein Fehler, der Putin freut, uns aber teuer zu stehen kommen wird. Und dazu einer, der völlig vermeidbar wäre. Im Tennis gibt es dafür den Begriff unforced error.<<

Gloria von Thurn und Taxis erklärte während einer Servus TV-Sendung am 26. Juni 2022 (x373/8): >>"Durch die teuren Energiepreise wird Deutschland nicht mehr produzieren können - und das ist halt die späte Erfüllung des Morgenthau-Plans. Und das wollen ja die Grünen." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. Juni 2022: >>**Morgenthau 2.0: Grüne Agenten der Deindustrialisierung**

_ von Alexander Markovics

Habeck, Baerbock & Co. treiben eine selbstmörderische Energie- und Wirtschaftsagenda voran, die Deutschland innen- und außenpolitisch in die Katastrophe treibt. Damit erweisen sie sich als späte Vollstrecker eines alten Plans. ...

Auf der Zweiten Quebec-Konferenz im September 1944, an der sowohl der britische Premierminister Winston Churchill als auch US-Präsident Franklin D. Roosevelt teilnahmen, schlug der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau, einen Plan zur Deindustrialisierung Deutschlands vor.

Dieser sogenannte Morgenthau-Plan, der die Zerstückelung Deutschlands sicherstellen sollte, plädierte für die Überstellung wichtiger Industriegebiete unter internationale Kontrolle, die Demontage der Schwerindustrie sowie die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland. Die wichtigsten Auszüge aus dem Morgenthau- und dem sogenannten Kaufman-Plan ("Deutschland muß vernichtet werden"). Beide Pläne plus Hintergründe finden Sie in COMPACT-Spezial "Krieg. Lügen. USA - Die Blutspur einer Weltmacht")

Die Einzelheiten des Pamphlets wurden an die Presse weitergeleitet und verursachten eine Welle der Empörung. Der Plan war so monströs, daß die Nazipropaganda nicht anders konnte, als ihn zu ihrem Vorteil zu verwenden. Nichtsdestotrotz war er real und spiegelte die Haltung der amerikanischen Eliten gegenüber Deutschland zu diesem Zeitpunkt wider.

Von Morgenthau zu Marshall

Die USA hatten die Absicht ihren Hauptwidersacher im Nachkriegseuropa auszuschalten, um sicherzustellen, daß Deutschlands industrieller und politischer Einfluß nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes keinesfalls wiederhergestellt werden könnte.

Im Oktober 1945 veröffentlichte der Verlag Harper and Brother Morgenthaus Buch *Germany is our Problem (Deutschland ist unser Problem)*, in dem der Autor seinen Plan nochmals ausführte und beschrieb. Im November 1945 stimmte General Dwight D. Eisenhower, seines Zeichens Militärgouverneur der US-Besatzungszone, der kostenlosen Verteilung von 1.000 Exemplaren unter amerikanischen Militärbehörden im besetzten Deutschland zu.

Im Nachkriegsdeutschland übernahm die US-amerikanische Verwaltung eine Reihe von Maßnahmen um die wirtschaftliche Entwicklung einzuschränken. Als Folge dieser Maßnahmen sank der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung dramatisch, und es kam zu einer Hungersnot nach dem Krieg. Es dauerte bis zum Ausbruch des Kalten Krieges 1947 und der damit einhergehenden Notwendigkeit eine Bastion in Westeuropa gegen die UdSSR zu schaffen, bis der auf die Industrialisierung Westdeutschlands abzielende Marshall-Plan den Morgenthau-Plans ersetzte.

Deutschland wird wieder zum Problem

Das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung Deutschlands stellten die Anglo-Amerikaner vor ein neues Problem: Plötzlich war die Bedrohung verschwunden, deretwegen sie die Unterdrückung der deutschen Industrie aufgegeben hatte: Die UdSSR und das internationalistische sozialistische System.

Die Bundesrepublik und Frankreich waren zum Kern eines Blocks geworden, der die europäische Integration anstrebte und der das Potential hatte, ein geopolitischer und geoökonomischer Mitbewerber der Vereinigten Staaten zu werden. Innerhalb der EU wurde Deutschland zur unumstrittenen Führungsmacht, was wiederum London nicht paßte. 2003 traten Paris und Berlin schließlich in den offenen Aufstand: Gemeinsam mit Rußland stellten sie sich gegen die anglo-amerikanische Invasion des Irak.

Politik und geoökonomische Interessen gingen dabei Hand in Hand. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde Deutschland als Wirtschaftsmacht Nummer 1 in Europa zum Hauptwirtschaftspartner Rußlands. Das aufstrebende China sah ebenso Deutschland als vielversprechenden Wirtschaftspartner.

Der Zugang zu den günstigen Energiequellen Rußlands war und ist noch immer von großer Wichtigkeit für die Entwicklung der deutschen Industrie. Die Bundesrepublik und Rußland waren sehr an einer Zusammenarbeit interessiert.

Um das kontinentale Bündnis zwischen Deutschland, Rußland und China zu unterminieren, das sich trotz des Transatlantismus unter deutschen Politikern großer Beliebtheit erfreute, setzten die USA von nun an auf die Regierungen Osteuropas.

Die neue Deindustrialisierung

Dennoch gelang es Moskau und Berlin nach dem Umsturz in der Ukraine von 2004 die Ostsee-Pipeline Nord Stream zu starten und schließlich Nord Stream 2 nach der Farbrevolution von 2014. Insgesamt gereichte die geopolitische Lage auf der Welt den USA und dem Vereinigten Königreich nicht zum Vorteil. Die industriellen und politischen Zentren Eurasiens, die danach streben ihre Potentiale zu integrieren (Stichwort Neue Seidenstraße), drohen, den USA ihre Rolle als globaler Hegemon streitig zu machen.

Unter der Führung Donald Trumps versuchten die Vereinigten Staaten Europas wirtschaftliches und politisches Wachstum einzubremsen, indem sie es zu mehr Rüstungsausgaben und dem Kauf von amerikanischem Erdgas (das viel teurer ist als das russische) zu verdonnern. ... Trump mag nicht mehr Präsident sein, aber die strategischen Ziele der USA sind dieselben geblieben, nur ihre Taktik hat sich geändert.

Jetzt verwenden die Demokraten und Joe Biden die "grüne Agenda" um Europa und Deutschland zu schwächen. Geht es nach den Plänen der EU, deren Führung von Transatlantikern dominiert wird, soll Europa bis zum Jahr 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden.

Experten schätzen, daß hunderttausende Menschen in Deutschland ihren Arbeitsplatz verlieren könnten als Ergebnis der von der EU genehmigten sogenannten Energiewende. Gegenwärtig schränken Industrieunternehmen ihre Produktion ein, um ein Gleichgewicht zwischen Energieversorgung und Nachfrage aufrecht erhalten zu können.

Allein in der Automobilindustrie stehen laut dem Bericht der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) bis zum Jahr 2030 mehr als 400.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Digitalisierung der Pkw-Herstellung führt zu einem weiteren Problem: die großen amerikanischen Technologiefirmen versuchen sogar einen noch größeren Anteil an der Wertschöpfung in der Autoproduktion zu erobern.

Annalena Baerbock und die Interessen der USA

Der sogenannte Green Deal war eine der Forderungen der US-Demokraten vor der Machtergreifung Bidens. In Europa wurde und wird die Hysterie um den Klimawandel vor allem von

Bewegungen und NGOs mit engen Verbindungen zum Netzwerk des US-Milliardärs George Soros, der den Demokraten nahesteht, angeheizt.

In Deutschland haben die Grünen, genauso wie anderswo in Europa, Gelder von großen US-Firmen erhalten. Einer der größten Geldgeber der Wahlkampagne der deutschen Grünen für den Bundestag war die amerikanisch-niederländische IT-Firma Elastic, die mit der US-Armee zusammenarbeitet.

Seitdem die Grüne Annalena Baerbock Deutschlands Außenministerin ist, sind die USA dazu in der Lage, einen Morgenthau-Plan 2.0 durchzuführen, der von den deutschen Eliten selbst freudig vorangetrieben wird.

Nicht nur Baerbocks Handlungen, sondern auch ihre Aussagen, die sie im Dezember 2021 getätigt hat, spielen den USA in die Hände. Die Rede ist von ihren Aufrufen, Nord Stream 2 einzustellen. Dies führte nicht nur zu einem Anstieg der Gaspreise auf dem Markt, sondern auch zu einer Änderung der Routen von US-Tankschiffen, die Flüssiggas transportierten - auf einmal brachen sie nach Europa auf! Die US-Finanzunternehmen die mittels Spekulationen an der Börse Profite machten, sind nicht Pleite gegangen.

Den Löwenanteil zur Finanzierung einer neuen Finanzblase und dem künstlichen Anstieg der Gaspreise müssen die Durchschnittseuropäer bezahlen. Der Start von Nord Stream 2 könnte die Situation beruhigen, aber genau dieser wird durch die Anstrengungen der Grünen verhindert, die den Interessen der Deutschen zuwider laufen.

Im Endeffekt treiben die Grünen eine absolut selbstmörderische Wirtschaftsagenda voran, die alles daran setzt, das wirtschaftliche Potential Deutschlands einzugrenzen und seine innen- wie außenpolitische Situation zu verschlechtern. Unter begeisterter Beteiligung der bundesrepublikanischen Eliten selbst und den Lügenmärchen von Umweltschutz, Menschenrechten und Demokratie treiben die USA Deutschland in eine Sackgasse, während sie selbst ihre geopolitischen Ziele weiterverfolgen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/22" berichtete am 1. Juli 2022 (x1.387/...):

>>**Die grüne Illusion**

Energieversorgung: Die Bundesregierung wird an der Kernenergie nicht vorbeikommen

Ulrich van Suntum

Nur sieben Monate nach dem Ende der Amtszeit von Angela Merkel wird das ganze Desaster ihrer Fehlentscheidungen sichtbar. Nicht nur wurde die Bundeswehr in naiver Friedensseligkeit unverantwortlich geschwächt. Deutschland ist zudem so abhängig von Energieimporten aus anderen Ländern wie nie zuvor, namentlich von russischem Gas.

Das nutzt Wladimir Putin jetzt aus, Robert Habeck ruft den Notstand aus. Die Lieferungen aus der Pipeline Nord Stream 1 hat Putin bereits reduziert, wenn auch zunächst nur um 60 Prozent und angeblich wegen Wartungsarbeiten. Damit will er uns wohl sagen: Ihr könnt jederzeit wieder mehr Gas bekommen, wenn ihr nach meiner Pfeife tanzt.

Tatsächlich explodieren bei uns die Preise für Energie und wichtige Nahrungsmittel geradezu, allerdings nicht allein wegen Putin und Corona. Denn der Wert des Euro leidet nach langer Zeit scheinbarer Stabilität inzwischen ohnehin an galoppierender Schwindsucht. Die immer ungeniertere Staatsfinanzierung der EZB mit der Notenpresse fliegt uns jetzt um die Ohren.

Auch der Wechselkurs zum Dollar ist gesunken, binnen Jahresfrist um mehr als elf Prozent. Das wiederum treibt die Importpreise für Öl und Gas weiter nach oben. Dazu kommen noch die Kosten der Energiewende und die CO₂-Abgabe. So sind die Deutschen mittlerweile nicht nur Weltmeister bei den Stromtarifen, sondern zahlen neben den Dänen auch die höchsten Preise für das Heizen und an den Zapfsäulen. Auf den ersten Blick scheint Putin somit tatsächlich am längeren Hebel zu sitzen. Wegen der hohen Gaspreise kann er sich trotz rückläufiger Mengen sogar über steigende Einnahmen freuen. Das dürfte allerdings kein Dauerzustand sein.

Denn hohe Preise lösen erfahrungsgemäß Substitutionsprozesse aus, sowohl beim Angebot als auch auf der Nachfrageseite. Noch ist das schwierig und teuer. So können zum Beispiel nicht von heute auf morgen genügend Transportkapazitäten für alternative Gasimporte auf dem Meer und im Binnenland geschaffen werden. Längerfristig wird das aber der Fall sein, und auch den Energieverbrauchern dürfte es zunehmend gelingen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen.

Entsprechende Marktreaktionen begrenzen aber auch die Wirkung der Rußland-Sanktionen. So sind inzwischen China und Indien Hauptabnehmer für russisches Öl und Gas, wenngleich zu niedrigeren Preisen. Denn die Transportkosten sind höher als nach Europa, was Putin zu entsprechendem Entgegenkommen zwingt. Umgekehrt kommt aber dafür wiederum mehr Öl in die westliche Welt aus Saudi-Arabien, das bisher wichtigster Lieferant von China war. Die Ankündigung der BRICS-Staaten, künftig noch stärker untereinander zu handeln, sollte uns also nicht zu sehr erschrecken.

Allerdings muß auch die Politik entsprechend umdenken. Immerhin läßt selbst der grüne Wirtschaftsminister inzwischen wieder auf Kohle zur Erzeugung des notwendigen Stroms zurückgreifen. Aber das soll nur vorübergehend der Fall sein. Danach will die Ampel noch stärker auf erneuerbare Energien umstellen als bisher.

Eine eventuelle Laufzeitverlängerung der drei noch verbliebenen Atomkraftwerke ist sogar grundsätzlich weiterhin umstritten. Offenbar hoffen die Regierungsparteien, sich auf diese Weise durch die Krise zu mogeln, ohne ihre Klimaschutz-Agenda aufzugeben. Das dürfte sich jedoch als Illusion erweisen. Erstens weiß niemand, wie lange sich der Krieg in der Ukraine noch hinziehen wird. Alles scheint derzeit möglich, von einer Spaltung des Landes bis hin zu einem langen Stellungskrieg. Wie auch immer es ausgeht, die früheren Zeiten kommen keinesfalls zurück.

Rußland wird vielmehr auf unabsehbare Zeit als verlässlicher Handelspartner und Energielieferant ausfallen. Zu groß sind der Schock und der Vertrauensverlust, selbst wenn es zu einem Friedensschluß kommen sollte.

Man wird schon froh sein können, wenn der Konflikt nicht noch auf andere Länder des früheren Sowjetreichs oder gar auf die Nato-Staaten übergreift.

So oder so ist die Energiewende im bisherigen Sinne damit obsolet geworden. Denn Sonne und Wind benötigen als Reservekapazität nun einmal konventionelle Energieträger in gleich hoher Kapazität. Diese Doppelung ist teuer, und man kann dabei nach Lage der Dinge auch nicht mehr einseitig nur auf Gas setzen. Zudem schaffen auch die Erneuerbaren neue Abhängigkeiten, etwa von den Produzentenländern Seltener Erden. Daher ist Diversifizierung in der Energieversorgung das Gebot der Stunde. Alle bisher verworfenen Alternativen müssen dabei ohne ideologische Vorbehalte wieder auf den Tisch.

Illusorisch ist es allerdings, die verbliebenen drei Atommeiler einfach ein paar Monate länger laufen zu lassen und dann doch endgültig abzustellen. Weder die Betreiberfirmen noch die Beschäftigten dort werden das mitmachen. Ohnehin ist es schon schwierig genug, die längst ausgesprochenen Kündigungen von Materialzufuhr und hochqualifizierten Mitarbeitern zu revidieren.

Angesichts der dramatischen Veränderung der Weltlage ist es daher angezeigt, den Beitrag der Kernenergie zur sauberen und klimafreundlichen Energieversorgung grundsätzlich neu zu bewerten. Andere Länder und selbst die EU haben dies längst getan, sofern sie überhaupt jemals den deutschen Sonderweg mitgegangen sind. Abgesehen von Österreich war das praktisch nirgendwo der Fall. So hat Frankreichs Präsident Macron erst kürzlich den Neubau von bis zu 14 weiteren Atomkraftwerken angekündigt. Über 56 AKWs verfügt das Land bereits und ist damit nach den USA der größte Atomstrom-Produzent der Welt.

So gesehen hat die aktuelle Krise auch ihr Gutes. Der von Kanzler Scholz ausgerufenen Zei-

tenwende muß jetzt auch eine entsprechende Politikwende folgen. Das betrifft keineswegs nur die Energie- und Verteidigungspolitik. Vielmehr bedarf auch die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Migrationspolitik einer grundsätzlichen Neuorientierung. Wie kann man zum Beispiel erklären, daß trotz rückläufigen Wachstums und millionenfacher Einwanderung akuter Arbeitskräftemangel in der Wirtschaft herrscht?

Vor allem Fachkräfte in Industrie und Handwerk sind kaum noch zu finden, aber auch in Gastronomie und Einzelhandel werden fleißige Hände dringend gesucht. Irgend etwas ist wohl gründlich schiefgelaufen bei dem Versuch, junge und motivierte Arbeitskräfte im Wege humanitär begründeter Masseneinwanderung ins Land zu holen. Man hat allerdings nicht den Eindruck, daß die Ampel hier umdenken will, ganz im Gegenteil.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/22" berichtete am 1. Juli 2022 (x1.387/...):

>>**Trommeln für die Energiewende**

Konturen einer "Ökodiktatur": Bürgerbeteiligung wird nur zum scheindemokratischen Theater
Oliver Busch

Wie leicht Karl R. Poppers "offene Gesellschaft", der die "Freiheit des Individuums" vorgeblich das höchste Gut ist, totalitäre Gestalt annehmen kann, haben schon die "Transformationen" der US-Demokratie bewiesen, die während der beiden Weltkriege vor rassistischer Entrechtung ihrer deutsch- und japanischstämmigen Staatsbürger nicht zurückgeschreckt ist. Und die zugleich zur "totalen Mobilmachung" ihrer humanen und materiellen Ressourcen weitaus fähiger war als die Mächte der Achse Berlin-Rom-Tokio.

Die rigiden, während der Corona-Pandemie in der gewöhnlich sich liberal, pluralistisch, "weltoffen" gebenden Bundesrepublik exekutierten Einschränkungen von Grundrechten sind durchaus im Licht solcher historischen Exempel zu verstehen.

Corona als Probelauf für Zumutungen der "Ökodiktatur"

Nicht abwegig war es daher, wenn Kritiker des Lockdown-Regimes mutmaßten, "Corona" sei nur ein Probelauf für Zumutungen des Ausnahmezustands der "Ökodiktatur", die demnächst vielleicht den Deutschen im Namen der "Klimarettung" aufgezwungen werden würde. Tatsächlich ließen akademisch patentierte Apokalyptiker und ihre altparteilichen politischen Arme niemanden im unklaren darüber, daß die 2011 mit Angela Merkels Atomausstieg "alternativlos" eingeläutete "Energiewende" ohne Verluste an frevelhaft fossil basierter Lebensqualität nicht abgehen würde.

Durch den seit Februar zäh sich hinziehenden russisch-ukrainischen Krieg katalytisch stimuliert, haben die Vortrupps dieser "Ökodiktatur" mittlerweile die Bühne betreten. Sie dürften ungeachtet von 9-Euro-Tickets, Benzin-Rabatt und ähnlichem Opium für das Wahlvolk gekommen sein, um zu bleiben. Grund genug für die Bundeszentrale für politische Bildung, im jüngsten Themenheft ihrer Hauszeitzeitschrift

Aus Politik und Zeitgeschichte (21/22-2022) einem halben Dutzend Sozialwissenschaftler zum Thema "Ökologie und Demokratie" das abwiegelnde Wort zu erteilen. Sie legen einen Schwerpunkt auf die Frage, ob "freiheitliche" westliche Konsumgesellschaften sich nur dann unterhalb der im Pariser Klimaabkommen von 2015 fixierten Schwelle von 1,5 bis 2 Grad Celsius Erderwärmung bis zum Jahr 2100 halten können, wenn sie sich am Vorbild des Überwachungsstaats China orientieren.

Keiner der Beiträger bezweifelt, den prognostizierten globalen Temperaturanstieg bis 2100 auf zwei Grad deckeln zu müssen. Niemand unter ihnen stellt also die absolute Notwendigkeit der Energiewende in Abrede. Die Ökodiktatur erscheint ihnen darum zwingend als Mittel der Wahl. Aber bevor man diese Peitsche herausholt, gibt es zunächst Zuckerbrot.

Um Versuchen, klimapolitische Maßnahmen als undemokratisch zu diskreditieren, entgegenzuwirken, sei es erforderlich, mehr "demokratische Vermittlungsarbeit zu investieren, um die Bevölkerung auf dem Transformationspfad ernstlich 'mitzunehmen'." Vor allem auf kommu-

nalere Ebene, wo Konflikte um konkrete Vorhaben wie Windparks oder Photovoltaik-Felder ausgefochten werden.

Wie das in der "demokratischen Praxis" zugehen soll, skizziert die Soziologin Nicole Doerr (Kopenhagen) in ihrem Aufsatz über "Die Rolle zivilgesellschaftlicher Klimaübersetzer:innen in Dänemark und Deutschland". Solche beim nördlichen Nachbarn staatlich finanzierten, hierzulande noch größtenteils ehrenamtlich tätigen "Übersetzer" sind dafür zuständig, "breitere gesellschaftliche Akzeptanz für die Umsetzung internationaler Klimaziele" zu schaffen.

Der unter viel "Bürgerbeteiligung" inszenierte "Dialog" ist daher kein ergebnisoffener Prozeß. Ist doch der Sieg des "vernünftigeren Arguments im herrschaftsfreien Diskurs" (Jürgen Habermas) unter keinen Umständen vorgesehen. Denn am Ende jeder "beratenden Bürgerversammlung" ist immer "Konsens" herzustellen über die Pflicht zur Durchsetzung der Energiewende noch im kleinsten Dorf.

Für den am Potsdamer Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung tätigen Politologen Jörg Radtke verbietet sich spätestens seit Beginn des russisch-ukrainischen Krieges selbst der leiseste Widerspruch gegen den Ausstieg aus Kohle, Gas, Kernenergie. Denn nunmehr sei der rasche Ausbau der "Erneuerbaren", der "Gangwechsel im Hochgeschwindigkeitsmodus", auch "sicherheitspolitisch von höchster Priorität".

Leider könnte bei diesem Tempo in drastisch verkürzten Genehmigungsverfahren auch die "demokratische Qualität von Mitsprache und Beteiligung" unter die Räder kommen. Was sich jedoch mit einem Plus an "akzeptanzpolitischer" Agitation bis in die Reihen der "Heimatvereine" hinein ausgleichen ließe. Radtke folgt dabei der erprobten SED-Maxime: "Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten."

Für die auf "Konfliktsituationen" spezialisierte Sozialpsychologin Beate Küpper (Hochschule Niederrhein) und den Soziologen Fritz Reusswig (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) ist die Gefahr allerdings gering, daß solche "Scheimbeteiligung" die Glaubwürdigkeit der monströsen "Operation Energiewende" in Verruf bringen und noch mehr Politikverdrossenheit erzeugen könnte, sei doch "die große Mehrheit in Deutschland im Grundsatz für die Energiewende".

Dagegen opponiere nur eine von der AfD, dem deutschen Dachverband der Antiwindkraft-Bewegung ("Bundesinitiative Vernunftkraft") und dem mit professoralen Ruheständlern besetzten Europäischen Institut für Klima & Energie (EIKE) gebildete Allianz von "Leugnern des menschengemachten Klimawandels".

Mit dem "Klimawechsel" den "Systemwechsel" vorantreiben

Das Recht zu zivilem Ungehorsam gegen die Vollstreckung des angeblichen energiepolitischen Mehrheitswillens will der zuletzt 2021 mit Hetze gegen seine als "transphob" denunzierte britische Kollegin Kathleen Stock übel aufgefallene Philosoph Robin Celikates (FU Berlin) solchen Gruppierungen keinesfalls zugestehen.

Das sei reserviert für "transnationale Akteurskonstellationen unter prominenter Einbeziehung von Akteuren aus dem Globalen Süden", die den "Klimawechsel" zum "Systemwechsel" vorantreiben. Was nicht einmal den Verfassungsschutz kümmern sollte, denn es gehe "nur" um die Überwindung der "kapitalistischen Lebensweise", nicht um die Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaat.

Wo hier im Ernstfall die Grenze zu ziehen wäre? Von Celikates, dem Sympathisanten von "Ende Gelände", "Extinction Rebellion", "Aufstand der letzten Generation" und ähnlichen Vorfeldorganisationen einer potentiellen "grünen RAF", der seit einem Jahrzehnt mit immer gleichen Satzbausteinen über "Zivilen Ungehorsam" publiziert, wird man eine konzise Antwort darauf nicht erwarten dürfen.

Fest steht jedoch auch für moderatere Klimahysteriker wie den Hallenser Politologen Johannes Varwick, daß der Staat angesichts der "Apokalypse, die in wenigen Jahren unumkehrbar

sein wird", die von unten drohende Gewalt neutralisieren sollte, indem er sich selbst an die Spitze der Bewegung Richtung Ökodiktatur setzt: "Wir brauchen das Unmögliche, Radikale, das Systemverändernde."<<

Das Blogportal und Online-Magazin "ACHGUT - Die Achse des Guten" berichtete am 5. Juli 2022 (x1.152): >>Energie-Revolution mit dem Salzschnelze-Reaktor?

Gastautor *Klaus-Dieter Humpich*

Salzschnelze-Reaktoren werden bereits seit vielen Jahrzehnten getestet. Sie könnten eine energiepolitische Revolution bedeuten, da sie mit Thorium statt Uran arbeiten.

Wenn man Salze hoch genug erhitzt, schnelzen sie und werden dünnflüssig wie Wasser. Es besteht also die Möglichkeit auf dieser Basis Reaktoren mit flüssigem Brennstoff zu bauen. Die Handhabung und Meßtechnik für Salzschnelzen wurde erst Anfang des 20. Jahrhunderts für die Aluminiumindustrie entwickelt.

Bis heute handelt es sich um ein recht exotisches Teilgebiet der Technik. Bereits 1944 schlug Lothar Nordheim einen Brutzyklus zur Nutzung von Thorium (Thorium 232 zerfällt zu Uran 233) als Brennstoff vor. Bereits 1949 schlug Alvin Weinberg einen Reaktor mit uran- und thorium-haltigen Salzen des Fluor als Betriebsmittel für Flugzeuge vor.

Bis heute ist der Name Weinberg mit einer kontroversen Philosophie über Kernreaktoren verbunden. In den USA gipfelte diese Entwicklung im MSRE (Molten Salt Reactor Experiment), der von 1965 bis 1969 in Betrieb war. Es ist also beileibe keine neue Erfindung, sondern eher die Wiederaufnahme einer alten Entwicklungsschiene, deren Vor- und Nachteile im Weiteren etwas beleuchtet werden sollen.

Die Neutronenfrage

Die Wahrscheinlichkeit für eine Kernspaltung hängt maßgeblich von der Geschwindigkeit der Neutronen im Reaktor ab: Je langsamer sie sind, umso größer ist bei Uran und Plutonium die Wahrscheinlichkeit einer Kernspaltung (Spaltungsquerschnitt in barn). Aber Vorsicht, dies gilt nur für die ungeraden Isotope (U 233, U 235, Pu 239 etc.). Will man auch die geraden Isotope spalten (U 238 etc.), so geht das nur mit schnellen Neutronen.

Man kann sogar mit Natur-Uran (0,7 % U235) kommerzielle Reaktoren bauen (Deuterium oder Graphit als Moderator), aber schon bei Leichtwasser (Druckwasser- oder Siedewasserreaktor) muß man das Uran aufwendig anreichern (ca. 3-5 % U 235). Will man auch das U 238 spalten, muß man zwingend schnelle Neutronen verwenden und braucht eine sehr viel höhere Anreicherung bzw. entsprechend viel Plutonium.

Warum diese Vorüberlegungen? Neutronen werden durch Zusammenstöße mit den Materialien des Reaktors zwangsweise abgebremst. Man ist also nicht mehr frei bei der Auswahl der Salze. Wählt man "leichte" Salze aus Lithium und Beryllium ist die Abbremsung bereits so stark, daß man nicht mehr von schnellen Neutronen sprechen kann. Man baut automatisch einen Reaktor mit thermischem Neutronenspektrum.

"Thermisch" ist eine Geschwindigkeitsangabe über die Temperatur im Reaktor, da man wegen der Brownschen Molekularbewegung diese Geschwindigkeit nicht unterschreiten kann. Will man ein härteres (schnellere Neutronen) Spektrum, muß man zwingend auf "schwere" Salze aus z. B. Chlor übergehen.

Die Salze

Standard ist immer noch das Molten Salt Reactor Experiment (MSRE). Der MSRE wurde 1960 geplant, wurde 1965 zum ersten Mal kritisch und lief bis 1969 mit verschiedenen Brennstoffen. Er hatte ein thermisches Neutronenspektrum und eine Leistung von 7,34 MW. Das Salz bestand aus folgenden Isotopen: 65 % Li⁷ F (Lithiumfluorid), 29,1 % BeF₂ (Berylliumfluorid), 5 % ZrF₄ (Zirkonium-Fluorid) und 0,9 % UF₄ (Uranfluorid) (alles in Molenprozent). Man kann hier schon einige grundlegende Überlegungen ableiten:

Um ein thermisches Spektrum zu erhalten muß das Salz überwiegend aus "leichten" Kernen gebildet werden (Li7, F19, Be9, Zr90). Trotzdem war auch hier noch ein zusätzlicher Moderator aus Graphit erforderlich. Die Salze dürfen auch nicht parasitär gegenüber den Neutronen sein (zu große Einfangquerschnitte). Dies gilt besonders, wenn man aus dem Thorium Uran erbrüten will.

Es handelt sich um eine Mischung aus Fluorsalzen. Fluor ist bei Raumtemperatur gasförmig. Es gehört zu den stärksten Oxidationsmitteln und reagiert mit fast allen Elementen sehr heftig. Dies ist wichtig, da ja bei jeder Kernreaktion auch die chemische Verbindung zerbricht und nahezu das gesamte Periodensystem neu entsteht.

Die radioaktiven Spaltprodukte sollen auch im Salz gebunden (Sicherheit bei Störfällen) werden. Der Anteil an spaltbaren Atomen ist mit unter einem Prozent recht klein. Das Salz ist quasi nur mit Brennstoff - und später den Spaltprodukten - "verunreinigt". Das ist wichtig, da die Salzmischung mit allen möglichen Bauteilen des Reaktors in Kontakt kommt und zu Korrosion führt - bis heute ein Problem dieses Reaktortyps.

Man hat den MSRE mit U235 (Anreicherung 32 %), U 233 (= 91,5 %) und Pu 239 F3 erfolgreich betrieben. Das letzte Salz führt unmittelbar zum "Waste Burner", in dem man Reaktorplutonium und Minore Aktinoide aus Leichtwasserreaktoren verwendet. In der Natur kommen die beiden stabilen Isotope Li6 (7,6 %) und Li7 (92,4 %) vor. Für einen MSR ist nur Li7 erwünscht, da aus Li6 durch Neutroneneinfang (großer Querschnitt) radioaktives Tritium entsteht. Generell gilt, daß die Salze sehr rein sein müssen, was sie teuer macht. Will man ein schnelles Neutronenspektrum, darf das Salz nur wenig leichte Kerne enthalten.

Chlorsalze sind die Favoriten. Sie sind insbesondere für Uran-Plutonium-Kreisläufe das Salz der Wahl. Sie stehen damit in unmittelbarer Konkurrenz zu "schnellen Brütern" mit Natrium oder Blei als Kühlmittel. Natürliches Chlor besteht zu 75,76 % aus C 135 und 24,24 % C 137. C 135 und C 136 haben sehr viel größere Einfangquerschnitte als C 137. Es empfiehlt sich daher, möglichst reine Chlorsalze aus nur dem Isotop C 137 zu verwenden. Diese sind aber sehr teuer.

Die Entfernung der Spaltprodukte

Durch Kernspaltung und Neutroneneinfang bildet sich mehr oder weniger das gesamte Periodensystem. Man kann lediglich Wahrscheinlichkeiten für die Zusammensetzung angeben:

Die Spaltprodukte sind radioaktiv. Damit ergibt sich der simple, aber durchschlagende Zusammenhang: Je mehr davon in einem Reaktor vorhanden sind, desto größer ist die (potentielle) Freisetzung bei einem Störfall. Die Art und Anzahl der Spaltprodukte bestimmt die Nachzerfallswärme nach Abschaltung des Reaktors und damit die erforderliche Notkühlung. Die Spaltprodukte gehen neue chemische Verbindungen ein. Dies macht den Korrosionsschutz so komplex. Die neu gebildeten Verbindungen haben aber auch andere physikalische Eigenschaften (Schmelztemperatur, Dampfdruck etc.).

Dadurch kann es auch bei Zwangsumlauf zu Ablagerungen und Ausgasung kommen. Durch z.B. Gasblasen ändert sich der neutronenphysikalische Zustand im Reaktor. Deshalb sieht man mindestens eine kontinuierliche Gasabscheidung vor. Was alles gasförmig ist, hängt stark von der Betriebstemperatur ab. Beileibe treibt man durch das sogenannte Strippen mit Edelgas nicht nur die gewünschten, sondern auch andere Verbindungen aus, die sich dann in kalten Bereichen niederschlagen. So hat man z.B. beim Abbruch amerikanischer Salzbadreaktoren unerwartete Konzentrationen von Uranfluoriden in Abgasfiltern gefunden.

Reaktoren werden über die verzögerten Neutronen geregelt. Das sind Neutronen, die erst beim Zerfall gewisser radioaktiver Elemente freiwerden. Dies macht zumindest die Berechnung kompliziert, da sich nicht nur ein zeitliches, sondern auch ein örtliches Problem ergibt. Anders als bei Reaktoren mit Brennelementen, bewegen sich die Kerne mit der Strömung des Salzes

weiter. Sie werden unter Umständen an Stellen frei, wo man sie nicht braucht oder gar nicht haben will.

Verringerung des Inventars zur Sicherheit

Salzbadreaktoren sind nahezu drucklos. Dies ist gegenüber Leichtwasserreaktoren ein Vorteil. Platzt z.B. eine Rohrleitung, führt das nur zu einem Auslaufen und nicht zu einer "Explosion". Hochdruckdampf hat enorme zerstörerische Kräfte.

Es wird auch immer damit argumentiert, daß der geringe Druck zu dünnen Wänden und damit einer billigeren Konstruktion führt. Dies gilt es gegen die aggressive Chemie des heißen Salzes abzuwägen. Es wird wohl kaum gelingen, jemals 60+-Jahre Betrieb - wie bei modernen Leichtwasserreaktoren - zu erreichen.

Das Risiko eines Unfalls hängt immer von der Wahrscheinlichkeit (überwiegend eine Folge von Konstruktion und Betriebsumständen) und dem Schaden (überwiegend das Inventar an radioaktiven Stoffen zum Zeitpunkt des Unfalls) ab. Bei allen Reaktoren ergibt sich maßgeblich das radioaktive Inventar aus der (bis zum Unfall) produzierten Energie. Pauschale Urteile sind sinnlos. Werden unterschiedliche Reaktoren diesbezüglich verglichen, sind z.B. sehr genau die Wechselintervalle des Brennstoffs zu berücksichtigen.

Bei heutigen Leichtwasserreaktoren wird jeweils ein Drittel des Brennstoffs jährlich entnommen. Demgegenüber gibt es bei Salzbadreaktoren Konzepte, bei denen diese zig Jahre laufen sollen und dann am Stück ausgetauscht werden.

Bei Salzbadreaktoren ist zumindest theoretisch eine kontinuierliche Wiederaufbereitung während des laufenden Betriebs möglich. Dies kann durch Abzweigen eines kleinen Teilstroms und Wiederaufbereitung in einem angeschlossenen chemischen Prozeß geschehen. Andere Konzepte sehen ein Abscheiden durch Verdampfung im Vakuum vor. Man geht dabei von der Annahme aus, daß die Gase nur Spaltprodukte und keinen Brennstoff enthalten.

Verbindliche Aussagen wird man erst nach vielen Betriebsjahren in vielen Reaktoren machen können. Leichtwasserreaktoren haben bezüglich der Genehmigung in diesem Sinne einen unschlagbaren Vorteil. Entscheidend ist nicht zuletzt die Frage, ob der Kunde (meist gestandene Kraftwerker) sich mit so viel Chemie anfreunden kann.

Sicherheit

Reaktoren mit Salzschnmelze sind inhärent sicher: Meint, sie brauchen kein System zur Schnellabschaltung. Sie gehen von selbst aus, wenn die Temperatur ansteigt, weil dadurch die Kettenreaktion in sich zusammenbricht. Sie können darüber hinaus auch noch "walk away" sicher gebaut werden: Durch die große Wärmespeicherkapazität und dem großen Abstand zum Siedepunkt (Druckanstieg) ist eine dauerhafte Kühlung für die Nachzerfallswärme ohne ein (aktives) Notkühlsystem möglich. Unfälle, wie z.B. in Fukushima, scheinen damit physikalisch ausgeschlossen.

Ob allerdings MSR vollkommen ohne Regelstäbe etc. auskommen können, wird der Genehmigungsprozeß zeigen. In der Öffentlichkeit geistert immer ein Pfropfen umher, der eine Rohrleitung verschließt und bei zu hoher Temperatur aufschmilzt und den Weg in einen Sicherheitstank freigibt. Diese Vorstellung ist sehr laienhaft. Um einen solchen gefrorenen Pfropfen zu erzeugen, muß dieser im Betrieb dauerhaft aktiv gekühlt werden. Das ist gar nicht so einfach und es ergibt sich ein recht komplexes Bauteil.

Trotzdem sind bei den Versuchsständen immer Undichtigkeiten aufgetreten. Im Ernstfall muß diese Verstopfung - auch nach jahrelangem Betrieb - sicher und schnell aufschmelzen. Auch das keine einfache Aufgabe. Es handelt sich nach längerer Zeit nicht mehr um das ursprünglich eingefrorene Salz. Es ergeben sich Schichtungen, Kristallisation usw. Jedenfalls hat die Praxis gezeigt, daß solche Pfropfen 10 bis 15 Minuten brauchen, bis sie den Weg in den Tank freigeben. Etliche Entwürfe sehen deshalb zusätzlich aktive Ventile vor.

Wertung

Es gibt nicht den einzig seligmachenden Reaktortyp. Jedes Prinzip hat ganz spezifische Vor- und Nachteile. Es hängt alles vom Anwendungsfall ab: Will man nur elektrische Energie erzeugen, wird der MSR genauso wenig die Leichtwasserreaktoren verdrängen, wie die Wärmepumpe den Heizkessel. Braucht man sehr hohe Temperaturen, sind die gasgekühlten Hochtemperaturreaktoren die Wahl.

Will man auch das U 238 nutzen, sind mit Natrium oder Blei gekühlte schnelle Reaktoren zumindest bisher unübertroffen. Sie sind auch hervorragend geeignet um die Minoren Aktinoiden zu beseitigen und die Entsorgungsfrage ganz neu zu stellen. Will man auch Thorium als zusätzliche Energiequelle nutzen, sind die Schwerwasserreaktoren eine echte Alternative. Braucht man einen nuklearen Schiffsantrieb, bleiben (wahrscheinlich) nur Druckwasserreaktoren und MSR. Sie sind die einzig kompakten Reaktoren ohne freie Oberflächen.

MSR sind von Natur aus für "nicht ganz so hohe Temperaturen" ($< 600\text{ }^{\circ}\text{C}$) hervorragend geeignet. Spätestens nach dem Krieg gegen die Ukraine ist klar geworden, wie wichtig Wärme für die Industrie ist. Gleichwohl ist es dringend nötig, endlich mal einen MSR zu bauen. Es macht einfach keinen Sinn, ewig nur über Vor- und Nachteile zu philosophieren. Man muß in der Technik praktische Erfahrungen sammeln. Schließlich sehen die heutigen Leichtwasserreaktoren der Generation III+ auch anders aus als deren erste Generation. Am Ende entscheidet immer der Markt. Wir haben doch bei unseren Autos auch eine ganze Palette unterschiedlicher Antriebssysteme zur Auswahl.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Blog NukeKlaus.net.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 29/22" berichtete am 15. Juli 2022 (x1.387/...):

>>**Diese Kugel kostet eine Billiarde Euro**

20 Jahre Energiewende: Eine Gruppe von renommierten Spezialisten zieht Bilanz: Die Politik ist nicht gescheitert, doch es klaffen große Lücken zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Mathias Pellack

In der durch die Ukraine-Krise angespannten Lage auf dem Energiemarkt finden hochdotierte Experten harte Worte gegen die Energiewende: Die Kosten seien kaum bezifferbar, die nötigen Technologien nicht einsatzfähig und die bestehenden Stromnetze nicht fähig, die kommenden zusätzlichen Lasten aufzunehmen.

Kopf der Veranstaltung am vorigen Wochenende in Stuttgart ist André Thess, Lehrstuhlinhaber für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart. Er hat unter dem Thema "Zwanzig Jahre deutsche Energiewende - Wissenschaftler ziehen Bilanz" eine Gruppe renommierter Kritiker des deutschen Sonderwegs zusammengeführt. Darunter Michael Beckmann, Dekan der angesehenen Fakultät für Maschinenwesen der TU Dresden, und Harald Schwarz, der den Bereich Energieverteilung und Hochspannungstechnik an der Brandenburgischen TU Cottbus leitet und Ulrich van Suntum, Volkswirtschaftler der Universität Münster im Ruhestand.

Energieversorgung der deutschen Industrie steht akut auf dem Spiel

Die große Unsicherheit auf der Kostenseite beschrieb van Suntum der JF: "Die grundlegenden Arbeiten aus Sicht der Wirtschaftswissenschaften betrachten alle nur Teilgebiete der Energiewende. Die wahren Kosten schätze ich nur beim Anblick der gemachten Studien höher." 2015 errechnete das Fraunhofer-Institut Ausgaben in Höhe von maximal 1.100 Milliarden Euro für den Zeitraum bis 2050.

Die tatsächliche Höhe variere mit dem anvisierten Klimaziel. Hier würden zwar alle Sektoren erfaßt, aber Folgekosten wie die Entsorgung oder Wiederaufbereitung von notwendigen Batterien oder Windrädern seien genauso wenig enthalten wie die Kosten durch den zusätzlichen Landverbrauch. Einzupreisen sei auch der Verlust an Arbeitsplätzen etwa bei Automobilzulieferern.

Kern der Veranstaltung bildeten die Vorträge von Michael Beckmann und Harald Schwarz, Professoren der TU Dresden und der B-TU Cottbus. Trotzdem die Politik schon lange an der

Energiewende arbeite, herrschen selbst unter optimistischen Annahmen eklatante Lücken in der Energiesicherheit.

Beckmann, Verfahrenstechniker in Dresden, machte deutlich, daß für die energieintensive Industrie noch keine Lösungen für eine stabile Vollversorgung mit Regenerativer Energie bereitstünden. Bewerte man den Technologischen Reifegrad (TRL) verschiedener Umwandlungsmethoden von Energieträgern nach Größenordnung in Megawatt (MW) gestaffelt, seien Systeme, die für die Großindustrie in Frage kommen, im Bereich 100 MW Leistung erst in Machbarkeitsstudien. Das ist TRL 2. Erst bei TRL 9 sei eine Marktreife erreicht. Für den Bereich mit 10 MW Leistung sehe es besser aus, aber auch hier klaffen noch große Lücken.

Ein Ruf aus der Zuhörerschaft vergleicht die Energiewende daher mit dem Sprung aus einem Flugzeug. Sobald man aus der Tür sei, beginnt das Nähen des Fallschirms. "Hier gehe es zum Teil um einen kompletten Energiewechsel, wie von Erdgas zu Wasserstoff. Selbst Behörden gehen davon aus, daß wir die Umstellung erst in mehr als zehn Jahren bewältigen können", erwidert Beckmann.

Energiesicherheit sei ein wichtiger Standortfaktor, daher gelte: "Ich kann erst etwas abschalten, wenn ich Ersatz geschaffen habe. Und wenn ich sehe, daß der Ersatz überhaupt noch nicht in der Lage ist, das zu erfüllen, was ich jetzt habe, dann ist es unverantwortlich abzuschalten." Der Frage, wie er mit der Politik über solche Erkenntnisse kommuniziere, begegnete Beckmann mit einer Anekdote: Er habe einst den Wirtschaftsminister auf den Mißstand in einem Brief hingewiesen. Der aber meinte nur, das schaffen wir schon.

Einen weiteren Aspekt der gleichmäßigen und sicheren Versorgung des Landes mit Energie, in diesem Fall mit Strom, ist die Belastungsfähigkeit des Netzes, für die Harald Schwarz einer der wenigen in Deutschland ist, der den Netzbetreibern Schulungen für die sogenannte "Schwarzstartfähigkeit" anbieten kann. In einem nachgebauten Kontrollraum des Netzbetreibers 50 Hertz können verschiedenste Simulationen laufen, bis hin zum Komplettausfall eines ganzen Netzes, dem sogenannten Blackout.

Schwarz erklärt, das Hochfahren des Netzes sei in etwa einem Tag möglich. "Es dauert nicht eine Woche. Aber sie schaffen es auch nicht in einer Stunde", erklärt er der JF. Problematisch für einen sauberen Start, aber auch für den täglichen Betrieb seien die Erneuerbaren wegen ihres geringen Anteils an gesichert verfügbarer Leistung.

Besonders schlecht schnitten die Photovoltaik mit null Prozent Sicherheit und die Windenergie mit einem Prozent ab. Kernenergie und Braunkohle lieferten dagegen mit 93 respektive 92 Prozent den geforderten Strom. Das Argument der Befürworter, man müsse nur genug Leistung installieren und könne notfalls mit Nachbarländern handeln, widerlegte Schwarz mit dem Hinweis, daß wenn in Deutschland Nacht sei, auch in Polen Dunkelheit herrsche. Tatsächlich lasse sich auch zeigen, daß Wind ebenfalls in Großregionen auftrete. Oder eben nicht. Zusätzlich sind die Handelskapazitäten über Grenzen hinweg beschränkt.

Was passiert nach dem Blackout?

Eine grundlegendere Kritik formuliert André Thess. Seit Jahrzehnten nutzen wir Computermodelle für die Berechnung des Klimawandels - oder jüngst auch für Corona. Diese Simulationen sind sehr berechtigt, wichtig und interessant, findet Thess. Sie würden aber zu selten klar in ihrer Aussagekraft eingeordnet, findet Thess.

Deshalb schlägt er ein einfaches Bewertungssystem vor, mit dem auch für Laien erkennbar wäre, wie verlässlich die Voraussagen sind. Sowohl Ex-Umweltminister Jürgen Trittins berühmter Aussage, die Energiewende würde nur eine Kugel Eis pro Monat und Haushalt kosten, als auch den Corona-Maßnahmen lagen Modellierungen zugrunde. Allein im Klimaschutzgesetz würden an drei Punkten Simulationen eingesetzt, erklärt Thess. Auch der Ausstieg aus der Kohleverstromung und dem Verbrennungsmotor beruhten zum Teil darauf.

Diese Modellierungen können in drei Kategorien eingeteilt werden: "Wie Staaten, die ver-

schiedene Glaubwürdigkeit vor Geldverleihern - also Kreditwürdigkeit - haben, könnte man Simulationen in die Kategorien A, B und C untergliedern." Die Idee dazu habe Thess übernommen und modifiziert. Simulationen der Kategorie A komme die höchste Glaubwürdigkeit zuteil, da diese eine Validierbarkeit verlange. Die gemachte Voraussage kann also im Experiment überprüft werden. Dies sei das Ideal. Hier könne man Abweichungen von den Vorhersagen um ein Prozent oder weniger erwarten. Gute Beispiele gebe es in der Quantenmechanik, die mit weniger als 0,1 Prozent Abweichung die Position von umeinander kreisenden Schwarzen Löchern voraussage, erklärte Thess der JUNGEN FREIHEIT.

Modelle der Kategorie B ließen sich nur teilweise überprüfen, der statistische Fehler belaufe sich auf bis zu zehn Prozent. Und schließlich gebe es Simulationen der Kategorie C, die auch nicht ohne Sinn seien, da sie helfen, die Zusammenhänge zu verstehen. Jedoch ließen sie sich nicht überprüfen, weil sie etwa ganze Systemzustände betrachteten, die nicht reproduzierbar seien. Die Abweichung von der Vorhersage könne 100 Prozent betragen - oder in Worten einfach das Gegenteil erwarten lassen.

Leider könne die Wissenschaft bisher über die für das Klimaschutzgesetz relevanten Klimawandelschäden und die Klimaanpassungskosten nur Aussagen der Kategorie B machen. Diese dürften mit einiger Sicherheit bezifferbar sein. Anders sehe das für die Klimaschutzkosten aus. Da das Klimaschutzgesetz aber gleichsam eine Argumentationskette darstellt. "Ist dieses Gesetz nur so stark wie das schwächste Glied in der Kette", erklärte der ehemalige Student der TU Dresden den etwa 50 Zuhörern im Internationalen Begegnungszentrum der Universität Stuttgart.

Der Schirmherr der Tagung, Werner J. Patzelt, der bis 2019 Politik an der TU Dresden lehrte, rahmte die Vorträge rednerisch ein. Man sei nicht hier, um Zweifel am Klimawandel zu formulieren oder die Energiewende zu verdammen. Vielmehr sei es aus seiner Sicht klug und weise, "wenn unsere Generation nicht die fossilen Rohstoffe allein als Treibstoff verbrennt. Daraus könnten spätere Generationen möglicherweise Sinnvolleres herstellen." ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 30 - 31/22" berichtete am 22. Juli 2022 (x1.387/...): >>Atomkraft als letzter Ausweg

Gasmangel: Robert Habeck hält sein eigenes Handeln für "klimapolitisch wirklich erbärmlich"

Paul Leonhard

Die Welt sorgt sich um Deutschland: Griechenland empfiehlt sich Rentnern als Winterdomizil. Insbesondere Kreta sei zu empfehlen, teilte die Regierung in Athen mit. Aus dem sozialistischen Kuba kommt die Anregung, Strom und Gas künftig mittels Staffelpreisen den Kunden in Rechnung zu stellen. Hoher Verbrauch soll so "bestraft" werden. Auch Stromabschaltungen seien hilfreich. Die Ukraine verspricht nicht nur Atomstrom aus Kraftwerken sowjetischer Bauart, sondern wirbt für seine Gasspeicher. Die Türkei hingegen will das Erdgas, das ab 2023 aus dem Sakarya-Feld im Schwarzen Meer strömt, nur in sein nationales Gasnetz einspeisen.

In einem Entwurf der EU-Kommission für einen europäischen Gas-Notfallplan wurde vorige Woche sogar eine Reduzierung der Temperaturen in Büros und öffentlichen Gebäuden auf maximal 19 Grad vorgeschlagen - wobei die Brüsseler Beamten nicht die Klimaanlage im Hochsommer meinten, sondern den kommenden Winter. Das wären immerhin sieben Grad mehr, als der rumänische KP-Chef Nicolae Ceaușescu vor 35 Jahren seinen Untertanen verordnete. Der CSU-Europaabgeordneter Markus Ferber schmäht dies als "Aneinanderreihung von Hausfrauentips". Einen solchen hat auch Klaus Müller, einst grüner Landesminister in Kiel und seit März Chef der Bundesnetzagentur, parat: Die Deutschen sollten genügend Geld zurücklegen und am besten auf einem Sonderkonto parken, um die kommenden Gaspreise bezahlen zu können.

Kriegswirtschaftliche Staatseingriffe durch das Energiesicherungsgesetz?

Einen "Schutzschirm" für Verbraucher, die sich die hohen Energiepreise nicht mehr leisten könnten, fordert dagegen SPD-Chefin Saskia Esken. Dieser solle garantieren, "daß die Wohnung warm und Energie bezahlbar bleibt". Nur die Finanzierung dürfte scheitern: Der Bundeshaushalt ist bereits jetzt auf den Rekordwert von 495,8 Milliarden Euro geklettert - 2019 waren es nur 356,8 Milliarden Euro gewesen.

Die Regierenden sind daher zu Zugeständnissen bereit. Wirtschaftsminister Robert Habeck will Kohlekraftwerke ins Stromnetz zurückholen, um teureres oder fehlendes Erdgas zu ersetzen. Das sei zwar "klimapolitisch wirklich erbärmlich", wie er im Interview mit dem "Deutschlandfunk" gesteht - aber was soll der einstige Grünen-Chef sonst machen?

Politiker von Union, FDP und AfD sind für einen Erhalt der letzten drei deutschen Kernkraftwerke (Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2). Der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger drängt sogar auf die Wiederinbetriebnahme des schwäbischen AKW Gundremmingen, das am 31. Dezember 2021 per Bundesgesetz abgeschaltet wurde: "Das brächte ein massives Einsparpotential beim Gasverbrauch, um endlich unsere Gasspeicher für den Winter voll zu machen", erklärte der Bundesvorsitzende der Freien Wähler (FW) am Montag in der Augsburger Allgemeinen.

Das AKW Isar 2 in Niederbayern könne bis zum August 2023 mit den bestehenden Brennstäben weiterarbeiten, was die Lage im Herbst und Winter beruhigen würde". Doch die Bundesregierung verhalte sich "wie ein Trautmäntzer nach dem Motto, es wird schon gutgehen".

Der 2011 beschlossene Atomausstieg sei keine Hürde, denn "für die Wiederinbetriebnahme der Kohlekraftwerke ist es doch auch möglich, in kurzer Zeit Gesetze zu ändern", meinte der FW-Chef. Gundremmingen und Isar 2 könnten ein Viertel des bayerischen Strombedarfs abdecken. Und "wenn die Grünen sagen, mit Atomkraft könne man keine Wohnung heizen oder wir hätten kein Stromproblem, sondern ein Gasproblem, dann ist das völliger Unsinn", sagte Aiwanger. Es gäbe E-Heizungen und Wärmepumpen. Und die Betriebe bräuchten die Rechtssicherheit, "ob sie moderne Gasanlagen auf für Notfälle vorhandene alte Ölanlagen umstellen dürfen".

Ein Ausscheren aus den Rußland-Sanktionen ist für die Ampel-Parteien wie für die Union und Freie Wähler- anders als für AfD und Linke - ein absolutes Tabu. Zwar hätten auch "einige europäische Staats- und Regierungschefs" ihm gesagt, "die Sanktionen seien ein Fehler", beklagte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell am Montag in Brüssel. Doch außer dem ungarischen Premier Viktor Orbán sagt das niemand öffentlich in eine Kamera. Daher wird mit Spannung auf die Tage nach dem 21. Juli geblickt - dem Ende der planmäßigen Wartungsarbeiten an der Ostseepipeline Nord Stream 1. Fließt dann wieder russisches Erdgas nach Deutschland und Mitteleuropa?

An der fehlenden Siemens-Turbine kann es nicht mehr liegen, die hat die kanadische Regierung freigegeben. Kommt nichts mehr in Lubmin bei Greifswald an, dann droht die dritte und höchste Stufe des deutschen Notfallplanes Gas. Bei der im März ausgerufenen Frühwarnstufe hatte die Bundesregierung noch versichert, daß private Haushalte weiterhin beliefert würden, nur Teile der Industrie müßten mit Engpässen rechnen.

Mit der im Juni verkündeten Alarmstufe klingelten dann die Alarmglocken. In der Notfallstufe darf der Staat in den Markt und die Gasversorgung massiv eingreifen. Paragraph 24 des Energiesicherungsgesetzes sieht vor, daß die Versorger die gestiegenen Beschaffungspreise eins zu eins an die Haushalte weitergeben können. Paragraph 26 sieht einen Umlagemechanismus der höheren Gaspreise auf alle Verbraucher vor. Die Priorisierung der Gaszuteilung für private Verbraucher ist obsolet. Diese mache nur "Sinn bei einer kurzfristigen Störung", so Habeck. Auch private Kunden müßten dann ihren Beitrag leisten.

"Industriebetriebe müssen vorrangig Gas erhalten"

Die FAZ sorgte für publizistischen Flankenschutz: Die steigenden Gaspreise hätten nämlich einen "wichtigen Vorteil für die Energieversorgung: Die Teuerung bringt den Anreiz mit sich, mit diesem knappen Gut sparsam umzugehen, wo immer das möglich ist. Mitunter lohnen sich dann auch Investitionen in Alternativen, vor denen vorher aus Kostengründen zurückgeschreckt wurde", schrieb Wirtschaftsredakteur Jan Hauser.

Die Angst der Regierung vor Massenprotesten frierender Bürger halten Journalisten, anders als Innenministerin Nancy Faeser, offenbar für übertrieben - in der Corona-Pandemie ist es ja auch weitgehend ruhig geblieben.

Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, träumt hingegen nicht von "mehr Antrieb durch erneuerbare Energien", sondern er sorgt sich um das Hier und Jetzt: Die Industriebetriebe müssten auch während der etwaigen Notfallstufe 3 "vorrangig Gas erhalten, wenn ihr Bestand oder ihre Produktionsanlagen akut gefährdet sind oder sich infolge der Lieferketten massive Produktionsausfälle über den Betrieb hinaus ergeben würden", verlangte der Chef des Automobilzulieferers ElringKlinger vorige Woche in einem Gespräch mit der Funke-Mediengruppe.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 30 - 31/22" berichtete am 22. Juli 2022 (x1.387/...): >>**Orgien der Gewalt**

Wenn der Strom ausfällt: Was dann passiert, zeigen Blackouts in New York 1977 und in Indien 2012 / Deutsche Katastrophenschützer entwerfen ein schlimmes Szenario: "Größte Risiken für unser Land"

Thomas Schäfer

Es war gar nicht Weihnachten. Doch die Marodeure, die in der Nacht vom 13. zum 14. Juli 1977 bei fast völliger Dunkelheit plündernd durch die brütend heißen Straßen von New York City zogen, jubelten: "Es ist Weihnachten!" Kurz zuvor hatten drei Blitzeinschläge in Folge dafür gesorgt, daß das antiquierte Netz des städtischen Stromversorgers Consolidated Edison sukzessive kollabierte, bis es dann um 21.37 Uhr zum totalen Blackout kam. Neun Millionen Menschen standen in der bevölkerungsreichsten Metropole der Vereinigten Staaten ohne Strom da.

Dem folgte eine Orgie der Gewalt, die in den Ghettos der Latinos und Schwarzen begann und am Ende 31 Stadtteile erfaßte, während in der vornehmen Upper East Side fröhliche Partys im Freien stattfanden und in Little Italy die Mafia für Ordnung sorgte.

In Brooklyn, Manhattan, Harlem, Crown Heights, Bushwick sowie der Bronx und anderswo rückten die Bewohner zum Teil mit Schubkarren oder Einkaufswagen an und demolierten die Geschäfte, wonach sie mitnahmen, was nicht niet- und nagelfest war - vom fabrikneuen Pontiac im Autohaus bis hin zur Windel aus dem Supermarkt. Im besonders multiethnisch geprägten Bedford-Stuyvesant verhafteten einige der 8.000 eingesetzten Polizisten sogar einen Mann, der 300 Stöpsel für Spülbecken "erbeutet" hatte.

Außerdem setzten die Horden zahlreiche Läden und Häuser in Brand. Besonders viele Feuer loderten in Bushwick, wo die Feuerwehr zeitweise die Kontrolle verlor. "Dies ist die Nacht der Tiere", kommentierte ein Polizist das Geschehen. Allerdings wuchsen auch viele New Yorker über sich hinaus. Wie das Personal im Bellevue Hospital von Manhattan, das nach dem Ausfall der Notstromaggregate die Intensivpatienten manuell beatmete, oder all die Rettungskräfte, welche Menschen aus liegengebliebenen U-Bahnwaggons und den Aufzügen der Hochhäuser befreiten.

Der Stromausfall endete am Abend des 14. Juli. Um 22.39 Uhr hatte ganz New York wieder Elektrizität. Obwohl der Blackout also letztlich nur 25 Stunden gedauert hatte, war seine Bilanz nachgerade verheerend: 1.616 geplünderte Geschäfte, 1.037 absichtlich gelegte Brände, 3.776 Verhaftungen, 747 Verletzte, darunter 463 Polizisten und 80 Feuerwehrleute, und drei

Tote. Zwei der Opfer starben in den Flammen; darüber hinaus wurde das Gangmitglied Dominick Ciscone von niemals ermittelten Tätern erschossen. Der Sachschaden betrug nach heutigem Geldwert an die 1,3 Milliarden Dollar.

Die Inder bewahrten die Ruhe, viele hatten keinen Stromanschluß

Neben diesem inzwischen legendären Blackout vor 45 Jahren kam es in der Vergangenheit noch zu zahlreichen weiteren längeren und teilweise auch sehr großflächigen Stromausfällen. Zwei besonders spektakuläre derartige Ereignisse geschahen erst in jüngerer Zeit, und zwar vor genau zehn Jahren in der Republik Indien.

Zuerst kollabierte das Netz am 30. Juli 2012 wegen des zu hohen Stromverbrauchs in einigen Regionen des Landes. 400 Millionen Inder wurden stundenlang von der Versorgung abgeschnitten. Dann gab es am 31. Juli um 13.02 Uhr ein Relaisproblem unweit des weltberühmten Taj Mahal. Infolge der dadurch ausgelösten Kettenreaktion blieben 22 der 28 indischen Bundesstaaten beziehungsweise 620 Millionen Einwohner derselben bis gegen 20.30 Uhr ohne Strom. Somit handelte es sich hier um den größten Blackout aller Zeiten, der rund neun Prozent der damaligen Weltbevölkerung betraf.

Dabei bewahrten die Inder ungleich mehr Ruhe als die New Yorker - lediglich in der Stadt Gurgaon unweit von Delhi wurden einige Beamte des örtlichen Energieversorgers aus Frustration verprügelt. Diese weitgehende Gelassenheit resultierte aus der extremen Häufigkeit von kleineren Stromausfällen, die bereits für reichlich Gewöhnung gesorgt hatten. Außerdem besaß ein Drittel der indischen Haushalte damals noch gar keinen Stromanschluß, womit sich der soziale Sprengstoff in Grenzen hielt - zumal der Blackout auch vor Einbruch der Dunkelheit endete.

So wie in New York und Indien dauerten sämtliche große Stromausfälle bislang immer nur wenige Stunden oder ein bis zwei Tage. Dabei ist jedoch auch Schlimmeres möglich. Um die Kraftwerke nach einem Blackout wieder hochzufahren, braucht es ebenfalls Strom. Den müssen diejenigen Energieerzeuger liefern, deren Turbinen beispielsweise durch Wasser aus Speicherbecken angetrieben werden. Bei solchen sogenannten Schwarzstarts ohne Strom drohen indes mannigfache technische Probleme und damit erneute Netzzusammenbrüche. Zumal im Anschluß an einen Blackout der Verbrauch anfangs bis zu viermal höher liegt als im Normalfall, da ein erheblicher Nachholbedarf auf seiten der Abnehmer besteht.

Vieh verendet in seinen Ställen, Polizei kann nicht mehr ausrücken

Deshalb könnte der Strom im Prinzip auch einmal für vier bis sechs Wochen ausfallen, so die Warnung des langjährigen Präsidenten der deutschen Zivil- und Katastrophenschutzorganisation Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und nunmehrigen Vorstandsvorsitzenden des Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit (ZOES), Albrecht Broemme.

Was in einem solchen Fall zu erwarten wäre, haben unter anderem der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) beschrieben: Unmittelbar nach dem Stromausfall kommt es wegen des Ausfalls der Ampeln und aller elektrisch betriebenen Bahnen zu einem riesigen Verkehrschaos, Menschen stecken zu Tausenden in Aufzügen oder anderswo fest, Tankstellen schließen aufgrund des Stillstands der Treibstoffpumpen, Hamsterkäufe in den Supermärkten sind ebenfalls unmöglich, da die elektronischen Kassen den Dienst verweigern, und schließlich kollabiert auch noch das Telefonnetz.

Am Tag zwei ersticken dann viele Nutztiere wegen der fehlenden Lüftung in ihren Ställen, und die Trinkwasserversorgung bricht zusammen, weil die Hochbehälter nun leergelaufen sind und keine Möglichkeit zum Wiederauffüllen besteht. Ebenso geben jetzt die ersten Notstromaggregate von Krankenhäusern und anderen wichtigen Einrichtungen aus Treibstoffmangel den Geist auf.

Am Tag darauf brennt es zunehmend öfter, denn die Leute versuchen vermehrt, auf offenem

Feuer zu kochen. Doch die Feuerwehr leidet ebenso wie die Polizei und der Rettungsdienst unter einem Defizit an Sprit, kann also nur noch begrenzt ausrücken. Spätestens am Tag vier nehmen die Überfälle und Plünderungen zu, da sich nun verstärkt Hunger und Durst breitmachen.

In den Krankenhäusern und Altenheimen herrschen mittlerweile katastrophale Zustände. Es fehlen Medikamente, Blutkonserven und auch etliche Mitarbeiter. Deshalb gibt es jetzt immer mehr Tote. Am Tag fünf läßt die Regierung die vorhandenen Notreserven an die Bevölkerung verteilen, ohne daß dies aber zu einer Entspannung der Lage führt. Vielmehr nehmen die Verteilungskämpfe weiter zu.

Am sechsten Tag fallen auch die letzten Radiosender aus, wodurch sich das allgemeine Durcheinander verstärkt. Nach einer Woche sind Überfälle und Gewalt an der Tagesordnung, aber die Sicherheitskräfte werfen inzwischen meist das Handtuch. Zum einen können sie sowieso nur noch zu Fuß ausrücken, zum anderen nutzen sie ihre letzten verbliebenen Ressourcen lieber für den Schutz der eigenen Person oder Familie. Ab jetzt ist sich weitgehend jeder selbst der Nächste.

Wenn es in Deutschland zu einem Blackout von mehreren Wochen kommen würde, hätte dies also apokalyptische Zustände und den Tod unzähliger Menschen zur Folge - nicht zuletzt deshalb, weil fast niemand ernsthafte Vorbereitungen für ein derartiges Ereignis getroffen hat, wie neben Broemme auch der Abteilungsleiter für Risikomanagement im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Wolfram Geier, scharf kritisiert: "Ein Blackout gehört aktuell zu den größten Risiken für unser Land", aber "die Mehrheit der Gesellschaft tut nichts."

Schlimmer als diese Ignoranz ist allerdings die hierzulande verfolgte Energiepolitik einzustufen: Sie nimmt lange Blackouts in Kauf, indem sie die Sicherheit der Stromversorgung aus ideologischen Gründen untergräbt und das Netz zugleich im Zuge der angeblichen "Energiewende" einem hochriskanten Streßtest nach dem anderen unterzieht.

Das Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit über die Folgen eines langanhaltenden Stromausfalls: [<<https://zoes-bund.de](https://zoes-bund.de)

Am 26. Juli 2022 wurde die "Stuttgarter Erklärung" beim Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages eingereicht (x1.252/...): >>Die Stuttgarter Erklärung wurde am 26. Juli 2022 beim Petitionsausschuß des Bundestages eingereicht und unter der Nummer 136760 registriert. ...

Stuttgarter Erklärung

Mit einseitiger Ausrichtung auf Sonne, Wind und Erdgas wurde Deutschland in Energienot manövriert. Steigende Energiepreise und sinkende Versorgungssicherheit gefährden Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Das Festhalten am deutschen Atomausstieg verschärft diese Gefahren und bremst - zusammen mit anhaltender Kohleverstromung - den internationalen Klimaschutz.

Der Weltklimarat IPCC bezeichnet die Kernenergie als ein Instrument des Klimaschutzes. Die Europäische Union ordnet Kernenergie als nachhaltige Energiequelle ein. Auf dieser Grundlage plädieren wir für den Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke als dritte Klimaschutzsäule neben Sonne und Wind.

Wir fordern die sofortige Aufhebung der Atomausstiegs-Paragraphen (insbesondere §7 Atomgesetz) und eine Prüfung der sicherheitstechnischen Betriebserlaubnis, um deutschen Kernkraftwerken den Weiterbetrieb zu ermöglichen.

Prof. Dr. André D. Thess, Universität Stuttgart

Prof. Dr. Harald Schwarz, BTU Cottbus-Senftenberg

Prof. Dr. Michael Beckmann, TU Dresden

Prof. Dr. Burak Atakan, Universität Duisburg-Essen

Die Erklärung wurde auf der interdisziplinären Fachtagung "20 Jahre Energiewende - Wissenschaftler ziehen Bilanz" (8. - 10. Juli 2022 in Stuttgart) von den Erstunterzeichnern AT, HS und MB initiiert. ...

Die Stuttgarter Erklärung wurde am 26. Juli 2022 beim Petitionsausschuß des Bundestages eingereicht und unter der Nummer 136760 registriert. Die Antragsteller haben bei der Einreichung eine Veröffentlichung beantragt, die im Laufe von drei Wochen geprüft wird. Nach Veröffentlichung kann die Petition vier Wochen lang mitgezeichnet werden. Bei Erreichen von 50.000 Unterzeichnungen werden die Petenten in öffentlicher Ausschußsitzung gehört.

Prof. Dr. Alexander Dilger, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Francesca di Mare, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Kerstin Eckert, TU Dresden

Prof. Dr. Sabine Enders, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Prof. Dr. Martina Hentschel, TU Chemnitz

Prof. Dr. Dr. Rafaela Hillerbrand, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Prof. Dr. Antonio Hurtado, TU Dresden

Prof. Dr. Matthias Kind, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Prof. Dr. Marco Koch, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Andrea Luke, Universität Kassel

Prof. Dr. Axel Meyer, Universität Konstanz

Prof. Dr. Frank R. Schilling, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Prof. Dr. Klaus Steigleder, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Robert Stieglitz, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Prof. Dr. Gerhard Wegner, Universität Erfurt

Prof. Dr. Thomas Wetzel, Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ...<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. August 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Rückkehr zur Vernunft oder planmäßig in den kollektiven Untergang**

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 5 Monaten sollen die letzten Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grund-, Mittel- und Spitzenlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2023 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen kommen kann.

Wiederaufbau einer konventionellen stabilen Grund- und Mittellaststromerzeugung

Notwehr ist nicht verboten.

Spruchwort aus Deutschland

Wir benötigen endlich eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt.

Am Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die Deutschen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen noch die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt. E.ON, der ehemals größte deutsche Strom-

erzeuger, zählte damals international zu den besten privaten Energieunternehmen, welches weltweit über beachtliche Beteiligungen verfügte. E.ON verkaufte infolge der Energiewende schließlich bereits im Jahre 2018 sämtliche deutschen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke (alle konventionellen Kraftwerke, außer den Kernkraftwerken) an den finnischen Staatskonzern Fortum (Hauptaktionär des Energieversorgers Uniper).

Angesichts der katastrophalen Folgen von Netzzusammenbrüchen muß die seit Jahren krachend gescheiterte Energiewende sofort beendet werden. Ohne eine stabile Grund- und Mittel-laststromerzeugung sind vermutlich ab 2023 flächendeckende Zusammenbrüche des nationalen deutschen Stromnetzes nicht mehr zu verhindern, deshalb muß der Wiederaufbau der bewährten konventionellen stabilen Grund-, Mittel- und Spitzenlaststromerzeugung unverzüglich beginnen.

Um zukünftig eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten, sind folgende Maßnahmen zu realisieren:

1. 15jährige Laufzeitverlängerung für die letzten noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke

Die sogenannten "abgebrannten" Brennelemente verfügen noch über erhebliche Leistungsreserven die durch "Streckbetrieb" im Winter 2022/23 genutzt werden können. Jedenfalls läßt sich durch die Neuordnung der vorhandenen "abgebrannten" Brennelemente noch sehr viel Strom erzeugen.

2. Wiederinbetriebnahme und 15jährige Laufzeitverlängerung für die 4 Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019-2021 abgeschaltet wurden

3. Rückgängigmachung des Kohleausstiegs

Die deutsche Bundesregierung beschloß per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen.

Deutschland besitzt außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen, deshalb muß das unsinnige Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020 umgehend storniert werden.

Der Weiterbetrieb aller noch in Betrieb befindlichen Kohlekraftwerke und die Wiederinbetriebnahme aller noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke sind durch staatliche Fördermaßnahmen zu gewährleisten, bis sie durch Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" (DFR) ersetzt werden können.

Angesichts der dramatischen Preiserhöhungen für Öl und Gas sollte die stoffliche Nutzung der Braunkohle in West- und Mitteldeutschland nicht voreilig gesetzlich ausgeschlossen werden. Die Braunkohle ist für die chemische und petrochemische Industrie ein wertvoller Rohstoff und könnte die Importabhängigkeit von Öl und Gas drastisch verringern. Falls die Preise für Öl und Gas weiter steigen, könnte die Braunkohle bis 2030 etwa 30 Prozent der Chemierohstoffe in Deutschland stellen und wesentlich zur Versorgungssicherheit Deutschlands beitragen.

4. Inbetriebnahme von Nordstream 2 (1.234 km lange Erdgaspipeline von Rußland nach Deutschland)

In der Bundesrepublik Deutschland fehlen ab 2023 ständig etwa **50.000 Megawatt Strom**, um die Stromnachfrage zu decken.

Langanhaltende flächendeckende Stromausfälle sind nur zu verhindern, wenn alle vorhandenen deutschen Gaskraftwerke eingesetzt werden können, denn nur diese konventionellen Gaskraftwerke sind in der Lage, die erforderlichen Spitzenlast-Kapazitäten zu erzeugen.

5. Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Rußland

Wir können den kommenden Winter 2022/23 nur überstehen, wenn wir über genügend Kohle- und Gasvorräte verfügen. Da gegenwärtig und zukünftig nur Rußland in der Lage ist, diese Brennstoffe zu liefern, müssen sofort Verhandlungen beginnen, um den selbstmörderischen

Wirtschaftskrieg gegen Rußland zu beenden.

Während die USA weiterhin günstiges russisches Gas, Öl und andere Rohstoffe für sich beziehen, wurde die Europäische Union auf Anweisung der NATO beauftragt, Wirtschaftssanktionen gegen Rußland zu verhängen.

Mit diesen irrsinnigen Sanktionen gegen Rußland zerstören die fremdbestimmten EU-Länder seit Monaten ihre Wirtschaft und plündern gewissenlos ihre Bevölkerung aus.

Die von den kriminellen US-Globalisten angeordneten Waffenlieferungen und Sanktionen unterstützen in erster Linie die großen Rüstungskonzerne, die multinationalen Konzerne und die globalen Finanzunternehmen, während die Ukrainer tagein und tagaus sterben und man die westeuropäische Bevölkerung systematisch von ihrem Eigentum "befreit" und Millionen in die Verschuldung treibt.

6. Sofortiger Baustopp für Windkraftwerke und Solaranlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen

Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, denn der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Die Windkraftwerke können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. In der Bundesrepublik Deutschland wird es auch in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den z.B. mindestens benötigten 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, **deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht.**

Windkraftanlagen sind außerdem nicht klimaneutral und umweltfreundlich, denn für den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen werden z.B. seltene Erden, Tropenholz, tonnenweise Beton und kostbare Flächen gebraucht.

Während die törichten Schildbürger wenigstens nach einer gewissen Zeit ihre Fehler erkannten und korrigierten, sind die offensichtlich total verblödeten Gutmenschen und bösartigen Klimaretter nicht bereit, ihr systematisch geplantes epochales Zerstörungswerk einzustellen.

Obgleich die Energiewende schon seit Jahren krachend gescheitert ist, wird die Umweltzerstörung, die der Bau von über 31.000 Windkraftanlagen und Solarparks bereits verursachte, unbeirrt fortgesetzt. Zukünftig sollen mindestens weitere 90.000 Windkraftanlagen errichtet werden.

Anscheinend müssen erst sämtliche landwirtschaftlichen Nutzflächen betoniert, alle Vögel, Fledermäuse und Insekten durch Windräder getötet sowie der gesamte Industriestandort Deutschland vernichtet werden, um zu erkennen, daß Windkraft- und Photovoltaikanlagen ohne entsprechende Speicher niemals eine stabile Stromversorgung gewährleisten können.

7. Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV"

Der neuartige Dual Fluid Reaktor wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwickelt.

Die neuartigen Dual-Fluid-Reaktoren sind extrem kompakt, physikalisch sicher und produzieren keine hochradioaktiven Abfälle. Sie können ferner relativ preisgünstig und schnell gebaut werden. Die Baukosten für einen Dual Fluid Reaktor (DFR) mit 1.500 Megawatt elektrischer Leistung und 3.000 Megawatt thermischer Leistung betragen gegenwärtig etwa 1,5 Milliarden Euro.

Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Der Dual Fluid Reaktor nutzt als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und abgebrannte Brennelemente, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus den deutschen Zwischenlagern könnten nach der Wiederaufarbeitung als Brennstoff genutzt werden und würden jahrzehntelang die inländische Stromerzeugung gewährleisten.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt würden, wären keine neuen Stromleitungen erforderlich.

Aufgrund der Wiederaufarbeitung und Verwertung der hochradioaktiven Abfälle wäre auch die unendliche Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausendlange Entsorgung von abgebrannten Brennelementen beendet.

Mögliche Ursachen für einen flächendeckenden Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Not lehrt beten.

Spruchwort aus Deutschland

Eine im Winter typische Dunkelflaute genügt bereits, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann.

Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und können während der Kältephase den dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom nicht nach Deutschland liefern. Die meisten kurzfristig reaktivierten deutschen Kohlekraftwerke müssen außerdem wegen fehlender Kohlevorräte abgeschaltet werden. Alle Speicherbecken der 36 deutschen Pumpspeicherkraftwerke sind längst leer.

Da viele Deutsche wegen des Gasmangels mit Strom heizen, steigt die Stromnachfrage auf über 80.000 Megawatt, so daß die Lage in Deutschland immer aussichtloser wird, die normale Netzfrequenz bei 50 Hertz zu halten. Falls die Netzfrequenz wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu Stromausfällen. Die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen gibt es nicht mehr, deshalb werden sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten vom Netz genommen, um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruches (Blackouts) zu verhindern.

Diese Notabschaltungen der Stromverbraucher genügen jedoch wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung nicht, um die Netzstabilität zu erhalten. Die Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes sinkt unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall im gesamten Land kommt.

Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Not und Tod kommen zu Alten und Jungen.

Spruchwort aus Deutschland

Längere flächendeckende Stromausfälle lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren. Innerhalb weniger Stunden werden alle Gesellschaftsstrukturen einstürzen und chaotische Zustände herrschen. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationa-

len Stromnetzes würde sich zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Bereits 24 Stunden nach einem nationalen Stromausfall beginnt in den deutschen Mastbetrieben das Massensterben von Millionen Kühen, Schweinen, Hühnern, Puten, Gänsen usw., weil sie nicht mehr versorgt werden können.

Schon 48 Stunden nach einem nationalen Stromausfall besteht Seuchengefahr wegen fehlender Tierkadaver-, Müll- und Wasserentsorgung.

72 Stunden nach einem nationalen Stromausfall ziehen vermutlich schon viele Plünderer aufgrund ungenügender Wasser- und Lebensmittelreserven durch die Städte.

Etwa 8 Tage nach einem nationalen Stromausfall droht in den Abklingbecken von sieben Kernkraftwerken die gefürchtete Kernschmelze und damit der Super-GAU, falls die Kühlturmpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen.

Entscheidungskampf um Sein oder Nichtsein

Wer vor der Gefahr nicht fliehen kann, stehe tapfer seinen Mann.

Spruchwort aus Deutschland

Angesichts der aktuellen Stellungnahmen der deutschen Bundesregierung muß man leider davon ausgehen, daß diese fremdbestimmten Politiker ihre verhängnisvollen Aufträge bis zum bitteren Ende konsequent abwickeln werden.

Da die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht über die lebensgefährlichen Folgen der sogenannten Energiewende informiert ist, muß die Bevölkerung endlich umfassend aufgeklärt werden, bevor es zu spät ist.

Die Menschen müssen endlich erkennen, daß sie durch fremdbestimmte Politiker, durch gleichgeschaltete Massenmedien und durch allmächtige Lobby-Organisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" werden.

Die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, Klimakrise, Corona-Krise und der Ukraine-Konflikt waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Geheimkrieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg der globalen NWO-Finanzeliten gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland zu zerstören.

Wenn Lügen und Betrug, Angst und Schrecken, Unrecht und Unfreiheit das tägliche Leben bestimmen, wird ziviler Widerstand zur ersten Bürgerpflicht

Der Apostel Paulus schrieb in seinem Brief an die Galater 5, 1 über den herausragenden Wert der Freiheit: >>Zur Freiheit hat uns Jesus Christus befreit! So steht nun fest und laßt euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen!<<

Als Christen sind wir verpflichtet, zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, ideologische Lügen und Halbwahrheiten widerstandslos zu akzeptieren. Seit Jahrtausenden zählt es zu den natürlichen Pflichten der Menschen, künftigen Generationen nach Möglichkeit bessere Lebensmöglichkeiten zu hinterlassen, deshalb muß dieser "staatlich" angeordnete kollektive Untergang sofort gestoppt werden.

Wer seine Augen vor den Naturgesetzen und vor den Tatsachen verschließt, unterstützt stets gefährliche Ideologien und wahnhafte Illusionen. Die Naturgesetze und die Wirklichkeit waren bisher immer stärker als menschlicher Größenwahn und Menschenverachtung.

Wenn die vernünftigen Menschen, die noch nicht der jahrzehntelangen Gehirnwäsche zum Opfer gefallen sind, es nicht schaffen, die gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der gemeingefährlichen NWO-Psychopathen zu stoppen, werden wir alles verlieren und unser Land wird schon bald nicht mehr existieren.

Möge Gott uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht verleihen, damit es doch noch gelingt,

die menschenverachtenden Pläne der gemeingefährlichen Gutmenschen, Klimaschützer, Migrationsbefürworter, Genderisten, Genexperten, Eugeniker und Transhumanisten zu vereiteln.

GOTT MIT UNS...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 32/22" berichtete am 5. August 2022 (x1.387/...): >> **Grüner Stromverbrauch**

Bernd Rademacher

Sinkende Kosten führen häufig dazu, daß die Sparsamkeit leidet und die Verschwendung zunimmt. Eine solche Verbrauchssteigerung offenbart sich ausgerechnet bei den "erneuerbaren Energien". Ökonomisch nennt man diesen Bumerang- Effekt "Rebound" (Rückschlag).

Denn offenbar verbrauchen Besserverdiener-Haushalte mit eigener Photovoltaikanlage auf dem Dach besonders viel Strom. Das wiesen nun Wissenschaftler der RWTH Aachen, des Fraunhofer-Instituts für Systemforschung (ISI) und des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) nach. Grünstrom-Nutzer gehen weniger achtsam mit Energie um, da sie ruhigen Gewissens glauben, besonders ökologisch zu handeln. Zudem haben sie das Bedürfnis, den selbst erzeugten Strom aus der teuren PV-Anlage auch besonders intensiv zu nutzen - Sparsamkeit spielt dabei keine Rolle.

Da die Speicherkapazitäten eng begrenzt sind, wird die selbst erzeugte Öko-Energie eben verschwendet.

Hinzu kommt, daß private Solaranlagenbetreiber die Einspeisung "ihres" Stroms ins Netz als Verschwendung betrachten, da die Einspeisevergütungen seit 2011 sinken. Da die Speicherkapazitäten eng begrenzt sind, wird die erzeugte Energie eben großzügig verbraucht. Unterm Strich bilanzierten die Forscher, daß Photovoltaik-Haushalte 20 Prozent mehr Strom verbrauchen als andere. Und dies beschränkt sich nicht nur auf selbst erzeugten Strom, sondern auch auf "fossilen" Netzstrom.

Der Mehrverbrauch sei Folge der Gewöhnung an ein großzügiges Konsumverhalten durch das "grüne Gewissen" - und findet eben nicht nur an Wind- und Sonnentagen statt. Insgesamt erzeugen die Erneuerbaren fürs grüne Eigenheim nicht nur mehr Energiekosten, sondern auch mehr CO₂-Emissionen. Statt "Rebound" könnte man auch Lattenschuß dazu sagen. Die Forscher haben keine Lösung parat. Sie empfehlen aber der Bundesregierung, die aktuelle Strom-Einspeisevergütung für Neuanlagen von 6,43 Cent wieder anzuheben. Und wer soll das bezahlen?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. August 2022: >>**Wird nun der Morgenthau-Plan vollstreckt?**

Im August 1944, als abzusehen war, daß Deutschland den Krieg gegen die Alliierten verlieren würde, legte Henry Morgenthau, Berater des US- Präsidenten Franklin D. Roosevelt, den Plan zur Umwandlung Deutschlands von einem Industriestaat in einen Agrarstaat vor. Könnte es sein, daß der Plan jetzt final realisiert wird?

Ricarda Lang (Vorsitzende B90/die Grünen) ließ wissen:

"Wir haben ein Gasproblem, kein Stromproblem!"

Stimmt nicht, denn es wird durchaus Gas verstromt und mit der Weigerung die fertig gebaute Gaspipeline Nordstream 2 mit günstigem russischen Gas zu öffnen, bekommen wir nicht nur ein Gasproblem, sondern auch ein Stromproblem.

Mit ihrer Äußerung will Lang offensichtlich ihrem Parteigenossen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sekundieren, der eine hohe Gasumlage fürs zahlende Volk fordert, die voraussichtlich Mehrkosten von mehreren Hundert Euro pro Monat verursachen wird. Wie sehen denn die Fakten aus?

Der Großteil des Stroms für Öffentlichkeit und Privathaushalte kommt von erneuerbaren Energien: Wind (26,0 Prozent, 75,4 Terawatt-Stunde (das sind eine Milliarde KWh), Sonne

(13,2 Prozent, 38,3 TWh) und andere nachhaltige Energieträger machen zusammen einen Anteil von 51,5 Prozent (149,2 TWh) aus. Mit Braun- und Steinkohle wurden demnach bisher 30,9 Prozent (89,4 TWh) erzeugt. Mit 10,1 Prozent (29,3 TWh) ist Erdgas am Strom aus der Steckdose beteiligt.

Die bisher von Kernkraft im Jahr 2022 erzeugten 18,5 TWh würden für den Stromverbrauch von mehr als vier Millionen solcher Haushalte reichen, wenn man davon ausgeht, daß ein Vier-Personen-Haushalt jährlich im Schnitt 4.085 kWh verbraucht.

So läge es nahe, die noch laufenden Atom-Kraftwerke nicht im Dezember 2022 - wie geplant - stillzulegen, sondern eine begrenzte Zeit weiterlaufen zu lassen. Da auch Brennstäbe wieder-aufbereitet werden müßten, wären nach Expertenmeinung 3 bis 5 Jahre zu veranschlagen. Alle drei sind seit 1988 in Betrieb: Emsland (Niedersachsen), Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg) und Isar 2 (Bayern).

Der TÜV ist für den Betrieb der Atomkraftwerke

Joachim Bühler, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des TÜV-Verbands, würde es befürworten, den drei Atom-Kraftwerken, die im Jahre 2021 stillgelegt worden sind, die Wiederinbetriebnahme durch ein politisches Votum zu ermöglichen, da diese in einem ausgezeichneten Zustand seien und in kurzer Frist wieder hochgefahren werden und ans Netz genommen werden könnten.

Der TÜV schätzt die Kernkraftwerke Brokdorf in Schleswig-Holstein, Grohnde in Niedersachsen und Gundremmingen C in Bayern als sicherheitstechnisch immer noch im exzellenten Zustand und stuft sie als Kraftwerke ein, die zu sichersten und technisch besten Anlagen gehören. Trotzdem fehlt der politische Wille der Bundesregierung, die drei laufenden Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen und die drei stillgelegten AKW's von 2021 wieder hochzufahren, auch wenn keine energetischen Alternativen in Sicht sind.

Fest steht, daß wir ohne das Weiterlaufen der AKW's und ohne russisches Gas in eine massive Energiekrise mit explodierenden Preisen rutschen, zumal Nordstream 1 auch nur noch 20 Prozent der ursprünglichen Menge im Streit um die Gasturbine liefert.

Die EU-Länder sind uneins beim Gasnotfallplan.

Der EU- Notfallplan für die Gaskrise sieht vor, daß von August bis März beim nationalen Konsum 15 % eingespart werden soll. Das trifft aber bei einigen EU-Ländern auf Widerstand. "Wenn Deutschland Gas sparen möchte, dann möge es doch bitte seine Atomkraftwerke weiterlaufen lassen", sagte der slowakische Wirtschaftsminister Richard Sulik.

Ungarn, Rumänien und Frankreich, die überdies gewaltige Mengen russisches Gas kaufen, sehen das genauso, zumal zuletzt die deutschen AKW's mit ca. 15 % zur Energieversorgung beigetragen hätten.

Mit explodierenden Energiekosten ist die deutsche Wirtschaft nicht konkurrenzfähig. Wolfgang Grupp senior, Chef der Textilwerke Burladingen in Baden-Württemberg, ein Vorzeige-Unternehmer, gab bekannt, daß seine monatlichen Energiekosten zum Betreiben der Fabrik von 100.000 Euro auf 700.000 Euro gestiegen wären, was nicht lange durchgehalten werden könnte, dann käme es unausweichlich zu Massen-Entlassungen.

Dabei sind die jetzigen Preissteigerungen erst der Anfang: ab Oktober dürfen die Händler die gestiegenen Kosten zu 90 % an die Endverbraucher weitergeben. Der Finanzexperte Ernst Wolff sieht den deutschen Mittelstand in Gefahr, der nach seiner Ansicht genauso wie die deutsche Wirtschaft ausgemerzt werden soll.

Warum soll eigentlich der deutsche Steuerzahler die konfuse Politik der Regierung mit immer neuen Steuer-Geldern wie der Gasumlage bezahlen und bis zum Limit ausgesaugt werden?<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/22" berichtete am 26. August 2022 (x1.387/...): >>>Ein Sturm rollt auf uns zu

Der Bürger muß die Zeche zahlen: 50 Jahre verfehlte Energiepolitik lassen der Bundesregie-

rung keine Wahl

Markus Brandstetter

Deutschland steht vor der schwersten Wirtschaftskrise seit der Wiedervereinigung. Laut einer Analyse der Deutschen Bank sind wir auf dem Weg in die Rezession. Nach einem mickerigen Wachstum von einem Prozent in diesem Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2023 um ein Prozent schrumpfen. Dreht allerdings Rußland den Gashahn ganz zu, dann wird das BIP 2023 um fünf bis sechs Prozent einbrechen - ein dramatischer Rückgang wie auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Jahr 2009.

Dieses Horrorszenario spielt sich vor dem Hintergrund einer Inflation ab, die mit acht Prozent im Juli ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat und sich auch 2023 hartnäckig fortsetzen wird. Und wem das nicht reicht, der erinnert sich kurz, daß wir seit Corona mit den höchsten Staatsschulden in der Geschichte der Bundesrepublik leben und die geplante Rückkehr zur Schuldenbremse mehr als gefährdet ist.

Die Gaskrise, auch das hat die Deutsche Bank untersucht, könnte sich als "Game-Changer" für den Industriestandort Deutschland erweisen. Der Umstieg von billigem russischen Erdgas auf das horrend teure Liquefied Natural Gas (LNG), das in Kühlschiffen verflüssigt über die Ozeane nach Deutschland verschifft und da aufwendig in Gas zurückverwandelt werden muß, gefährdet das exportorientierte deutsche Geschäftsmodell. Noch nie war die Wahrscheinlichkeit, daß Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland zukünftig abnehmen, so hoch wie heute. Wie konnte es dazu kommen? Können wir noch was dagegen tun?

Die Antwort auf die erste Frage ist einfach: Der Grund sind fünfzig Jahre verfehlter Energiepolitik. Angefangen hat alles mit der fanatischen Ablehnung der Atomenergie in den 1970er Jahren. Jeder weiß, wer daran schuld ist: die Grünen - und fast niemand sonst. Der Widerstand gegen Kernenergie, Wirtschaft und Wachstum ist der Gründungsmythos dieser Partei, die im Kern nie für etwas war, sondern immer nur dagegen; die nie für Umwelt und Naturschutz eintrat, sondern immer nur gegen Wirtschaft, Markt, Kapitalismus und Freiheit, was sich daraus erklärt, daß alle ihre Gründungskader aus marxistischen Splittergruppen kamen.

Den Grünen und insbesondere der Merkel-CDU ist es tatsächlich gelungen, die stabilste, sauberste und effizienteste Energiequelle auf der Welt, die so gut wie kein Kohlendioxid erzeugt, aus Deutschland zu verbannen und alle Brücken dahinter so gründlich einzureißen, daß eine Rückkehr zur Kernenergie ausgeschlossen ist. Die drei Atomkraftwerke, die noch in Betrieb sind und über deren Weiterbetrieb nun so erbittert und so typisch deutsch gestritten wird, produzieren keine acht Prozent unseres Stroms - ein Tropfen auf den immer heißeren Stein.

Nachdem die CDU diese ach so mephistophelische Energiequelle erfolgreich verbannt hatte, gleichzeitig aber wußte, daß mit Wasser, Wind und Sonne nie genügend Strom erzeugt werden kann, um die viertgrößte Wirtschaft der Welt am Laufen zu halten, gingen erst Schröder und dann Merkel den einfachsten Weg, den es gab: Sie kauften den Russen billig und in rauen Mengen Erdgas ab. Erdgas ist zwar auch eine fossile Energiequelle, die beim Verbrennen jede Menge CO₂ erzeugt, aber nach dem Debakel mit der Kernenergie und mangels erneuerbarer Alternativen blieb keine andere Wahl.

Zehn lustige Jahre lang lebten die für die deutsche Energiewirtschaft Verantwortlichen dann über ihre Verhältnisse, ohne zu erkennen, daß sie einen Pakt mit dem Teufel geschlossen hatten. Dieser Teufel, der lange keiner war, heißt Wladimir Putin, verkauft gern und günstig Erdgas, leidet aber an dem Trauma des zerfallenen Sowjetreiches, was ihn seelisch und geopolitisch geprägt hat wie nichts sonst. Deshalb war er erst alarmiert, dann beleidigt und endlich wütend, als die Amerikaner im Verbund mit der EU aus der Ukraine ein Mitglied von Nato und EU machen wollten, was Odessa in einen amerikanischen Flottenstützpunkt verwandelt hätte.

Putin hat dagegen auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 erst mit Worten und 2014 mit

der Annexion der Krim dann mit Taten protestiert, aber die deutsche Regierung und die deutschen Energieversorger haben das stets fröhlich ignoriert. Wagte jemand, die deutsche Abhängigkeit vom russischen Gas zu kritisieren, wie der amerikanische Präsident Donald Trump, dann wurde er von Medien und Politik ausführlich abgewatscht.

Jetzt hat Putin den Gashahn fast zugedreht, und ohne Rücknahme der EU-Sanktionen wird er ihn auch nicht mehr aufdrehen, weshalb es mit dem billigen Erdgas vorbei ist. Nun müssen Alternativen her, aber die sind rar und teuer. Noch mehr Windräder, noch mehr Sonnenkollektoren, wieder mehr Kohleenergie und viel mehr Flüssiggas aus den USA sollen es richten. Sofern das überhaupt funktioniert, wird es exorbitant teuer werden - für Bürger und Unternehmen gleichermaßen.

Die Regierung hat mit dem Ausgeben von Geld, das sie gar nicht hat, schon angefangen. Mit 15 Milliarden Euro an Staatshilfen muß der marode Gasimporteur Uniper vor der Pleite gerettet werden, dazu kommen Milliarden an Abschreibungen auf Nord Stream 2 und zig Milliarden mehr, um erst auf Staatskosten Terminals für Flüssigerdgas zu bauen und dann überteuertes Gas auf den Weltmärkten zusammenzukaufen. Trotzdem ist diese Ausgabenorgie mit geplanter Gasumlage jetzt nicht mehr zu umgehen, da das selbstgestrickte Chaos auf die Dauer teurer wäre als die teuerste Ordnung.

Bezahlen wird all das der Steuerzahler, und zwar gleich zweifach: erstens durch höhere Steuern und zweitens durch höhere Preise auf fast alles, denn Handel, Industrie und Handwerk werden die gestiegenen Energiepreise natürlich weitergeben. Wenn die neue Energie-Infrastruktur nach Jahren endlich mit Ach und Krach und weitgehend ohne russisches Erdgas wieder läuft, dann wird nichts mehr so sein wie früher. Dann werden die Energiekosten für Öl, Gas und Strom höher sein als jemals zuvor und der Industriestandort Deutschland deutlich weniger konkurrenzfähig.

Energie ist das Lebensblut jeder modernen Wirtschaft. Einer Clique aus Dummköpfen, Fanatikern und Ignoranten, die von Wirtschaft und Technologie keine Ahnung haben, ist es in 50 Jahren fehlgeleiteter Energiepolitik tatsächlich gelungen, die deutsche Wirtschaft, die nach dem Zweiten Weltkrieg ein Wunder hingelegt hat, an den Rand einer Katastrophe zu führen. Das wird die realen Einkommen breiter Bevölkerungsgruppen spürbar reduzieren. Es droht ein perfekter Sturm, wie es noch nie einen gegeben hat.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/22" berichtete am 26. August 2022 (x1.387/...): >>>**Teuer, teurer, unbezahlbar - wenig Hoffnung**

Energiewende und Sanktionen: Nach den höchsten Strom- drohen nun die höchsten Erdgas- und Heizungspreise der Welt

Jörg Fischer

An die höchsten Strompreise der EU haben sich die Privatverbraucher in Deutschland gewöhnt: Kostete die Kilowattstunde (kWh) unter Gerhard Schröder 2005 noch 18,7 Cent, kletterte der Strompreis wegen diverser "grüner" Abgaben und Umlagen unter Angela Merkel kontinuierlich auf 31,93 Cent - Ukrainer zahlten im ersten Halbjahr 2021 im Schnitt umgerechnet nur 4,85 Cent und Türken 8,34 Cent.

Die EU-Mitgliedschaft - was mindestens 0,1 Cent Stromsteuer und fünf Prozent Mehrwertsteuer bedeutet - trieb die Strompreise nur moderat: Ungarn zahlten 10,03 Cent, Niederländer 12,81 Cent, Polen 15,48 Cent, Tschechen 18,02 Cent, Franzosen 19,46 Cent und Österreicher 22,16 Cent.

Nur das Wind- und Hochsteuerland Dänemark wetteiferte damals mit 29 Cent freiwillig mit dem deutschen Energiewendeparadies. Allerdings ist der Durchschnittsverdienst dort um ein Drittel höher als hierzulande.

Doch mit der Euroabwertung, der galoppierenden Inflation und den westlichen Sanktionen gegen den deutschen Hauptenergielieferanten Rußland ist nun eine weitere "Zeitenwende"

(Kanzler Olaf Scholz) angebrochen: Verdoppelte Heizöl- und Steinkohlepreise, verdreifachte Erdgaspreise, Strompreise Richtung 40 Cent und mehr - trotz Abschaffung der EEG-Umlage für Ökostromanbieter (2021: 6,5 Cent pro kWh) plus 19 Prozent Mehrwertsteuer), die nun vom Steuerzahler und indirekt via "CO₂-Bepreisung" für Benzin, Diesel, Gas und Heizöl (Brennstoffemissionshandelsgesetz/BEHG) subventioniert werden.

Je höher der Gaspreis, desto höher die Mehrwertsteuerentlastung

Die "Gasbeschaffungsumlage" von 2,419 Cent pro kWh, die ab Oktober hinzukommt (JF 34/22), ist dabei noch gar nicht eingerechnet. Wenn jedoch die Mehrwertsteuer für die Gasrechnung von 19 auf sieben Prozent sinkt, wie es der Bundeskanzler versprochen hat, dann dürfte diese neue Zusatzabgabe bei den Privatverbrauchern weniger spürbar sein: Schon im April, als die Erdgaspreise noch nicht ihr Maximum erreicht hatten, lag allein die Mehrwertsteuer bei 2,2 Cent pro kWh (Erdgaspreis: 13,77 Cent), wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) vorrechnet.

Da diese mit steigenden Gasbeschaffungspreisen mit ansteigt, ist sogar ein vollständiger Ausgleich absehbar. Sprich: Je höher der Gaspreis, desto höher die formale Entlastung bei der Mehrwertsteuer. Doch das ändert nichts an der Tatsache: Für immer mehr Gasverbraucher wird die Rechnung unbezahlbar - mit oder ohne Gasumlage. Anfang August lag der durchschnittliche Erdgaspreis laut Verbraucherportalen bei 17,84 Cent pro kWh - das ist fast dreimal so hoch wie 2019, als das Pipelinegas aus Rußland noch zuverlässig nach Deutschland und in die EU floß. Gutsituierte Aktivisten von Greenpeace, Umwelthilfe & Co. stört das nicht.

Im Gegenteil, Erdgas gilt als "Klimakiller", weil es vor allem aus Methan besteht und beim Verbrennen CO₂ entsteht. Zwar nicht soviel wie bei der Kohleverstromung, aber bei der Förderung und dem Transport läßt sich ein Entweichen des "hochwirksamen Treibhausgases" Methan nicht vermeiden.

Politiker müssen angesichts der Preisexplosion und des drohenden Gasmangels Kompromisse eingehen. Da ein Ausscheren bei den Rußlandsanktionen für die Ampel-Koalition wie für die oppositionelle Union undenkbar ist, reiste Wirtschaftsminister Robert Habeck ins bislang gemiedene Katar und verkündete im März eine "Energiepartnerschaft": Flüssigerdgas (LNG) per Schiffstransport aus dem Golfemirat als Ersatz für russisches. Denn "wir reduzieren mit aller Konsequenz unsere Abhängigkeit von russischer Energie auf Null - und zwar für immer", verkündete Außenministerin Annalena Baerbock im Mai bei ihrem Besuch in Kiew.

Doch die grünen LNG-Träume erwiesen sich als Fata Morgana. Katar hat zwar - wie Rußland oder der Iran - riesige und kostengünstig förderbare Erdgasvorkommen, doch die sind durch langfristige Verträge für den Export nach Asien sowie nach Spanien, Italien und Frankreich reserviert. Und LNG ist im Vergleich zu russischem Pipelinegas mindestens doppelt so teuer: Das Gas muß verflüssigt, auf minus 162 Grad abgekühlt transportiert und dann wieder erwärmt werden. Das kostet Energie - und zusätzliches Geld. Die gestiegenen deutschen Erdgaspreise kann LNG also kaum merklich reduzieren.

Auch die Betteltour von Scholz und Habeck nach Kanada bringt für deutsche Gasverbraucher im kommenden Winter keine Entlastung: Die dortige Gasgewinnung läuft in den West- und Zentralprovinzen British Columbia, Alberta und Saskatchewan. Die großen kanadischen LNG-Terminals liegen daher nicht an der Atlantik-, sondern an der Pazifikküste.

Und Kanada-Gas wird überwiegend, wie das US-Erdgas, durch das nicht nur von Umweltschützer verurteilte Fracking-Verfahren gewonnen. Auch ein "Ringtausch" - Katar und die USA beliefern das darbende Deutschland, Kanada ersetzt die Lieferausfälle in Asien - dürfte sich wohl als Fata Morgana erweisen. Es bleibt also praktisch nur das hastige Aufkaufen von LNG auf dem globalen Spot-Markt - koste es, was es wolle.

Einfach wäre nur die Misere der Heizölverbraucher zu lösen. Deren Rechnung hat sich zwar

seit 2019 mehr als verdoppelt. Aber würde die Bundesregierung auch hier die Mehrwertsteuer absenken und auf CO₂-Bepreisung und Energiesteuer verzichten, wäre eine Entlastung um mindestens ein Viertel möglich. Doch das dürfte aus klimaideologischen Gründen kaum im dritten "Entlastungspaket" der Ampel zu finden sein.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 36/22" berichtete am 2. September 2022 (x1.387/...): >>Exportweltmeister am Ende

Stagflation: Die Euro-Abwertung ist kein Segen für Unternehmen und Verbraucher

Dirk Meyer

Am 30. Juni 2002 stand Deutschland in Yokohama im WM-Finale gegen Brasilien, und der Euro war so billig wie vor einer Woche: Er kostete nur 0,9908 Dollar. Deutschland verlor zwar 0:2, wurde aber Exportweltmeister dank der unterbewerteten Währung - so wie es in den VWL-Lehrbüchern steht. Aber wie sieht es heute aus?

Vor 20 Jahren betrug die Inflation nur 1,4 Prozent, obwohl die Einführung des Euros als Bargeld im Dienstleistungsbereich zur Preisanhebung ("Teuro") genutzt wurde. Doch rückläufige Preisentwicklungen bei langlebigen Gebrauchsgütern oder Lebensmitteln sowie stagnierende Nettokaltmieten sorgten für einen Ausgleich.

Im zweiten Quartal 2022 stiegen die Verbraucherpreise um 7,6 Prozent, die Reallöhne gingen trotz Tarifzuwächsen um 4,4 Prozent zurück. Im zweiten Quartal 2021 waren die Reallöhne noch um drei Prozent gestiegen. Die Bundesbank hält eine Inflationsrate von zehn Prozent im Herbst für möglich - mehr als in den Ölkrisen der siebziger Jahre.

Die gesteigerte Nachfrage nach der Corona-Krise trieb die Preise im Gastgewerbe, bei Reisen und Veranstaltungen hoch. Etwa 70 Milliarden Euro sind bis Ende März 2022 zusätzlich in den Verbrauch geflossen, die in der Lockdown-Zeit mangels Konsummöglichkeiten gespart worden waren. Langfristig steigt die Nachfrage aufgrund des demographischen Wandels im Gesundheits- und Pflegebereich, was ebenfalls Preissteigerungen begründet.

Knappheiten und Konflikte bringen weitere Preissteigerungen

Schließlich wirkt ein Nachfragedruck in Bereichen der Energie- und Klimaanpassungen (Heizungsbau, Haussanierung, Solaranlagen, Wärmepumpen). Gerissene Lieferketten bringen Knappheiten und weitere Preissteigerungen. Hinzu kommt ein allgemeiner, sich mittelfristig eher verstärkender Fachkräftemangel.

Am stärksten stiegen aber die Energiepreise: Im Juli 2022 lagen sie um 35,7 Prozent höher als im Vorjahresmonat - trotz des Tankrabatts. Nahrungsmittel wurden "nur" 14,8 Prozent teurer. Ein dritter Umstand ist die geopolitische Lage, speziell die Energieabhängigkeit vom EU-Ausland und die geographische Nähe des Ukraine-Krieges, der zu Unsicherheiten und zusätzlichen Preisaufschlägen führt.

Sodann spielt als vierter Faktor die EZB-Geldpolitik als Inflationstreiber eine wesentliche Rolle. Im Rahmen ihrer wohl vornehmlich auf die Euro-Hochschuldenstaaten Italien, Portugal, Spanien und Griechenland ausgerichteten Anleiheankäufe hat die EZB ihre Bilanz von 4,3 auf 8,9 Billionen Euro (Juni 2022) ausgeweitet.

Ein Großteil dieses Geldes haben Banken als Überschußliquidität bei der Zentralbank geparkt. Diese Geldhorte können jederzeit zur Kreditvergabe genutzt werden und die Inflation weiter anheizen (JF 10/21). Hinzu kommt ein mangelndes Vertrauen hinsichtlich des Zustands der Währungsunion mit Insolvenzrisiken insbesondere für Italien. Die Währungsunion ist potentiell instabil, da kein Euro-Mitgliedstaat direkt Zugriff auf das Geldangebot hat, allenfalls durch den kollektiven Beschluß des EZB-Rates.

Das Pandemie-Notfallprogramm PEPP und das neue "Anti-Fragmentierungs-Instrument" TPI sind allerdings Beispiele, mit deren Hilfe diesen Krisenstaaten eine de facto nationale Notenpresse eingerichtet wurde - was durch das Mandat der EZB keinesfalls gedeckt ist.

Außerdem ist die EZB durch ihre Rücksichtnahme auf diese Staaten in ihrer Inflationsbe-

kämpfung entscheidend gehemmt, da sie die Wirkung einer restriktiven Geldpolitik immer am schwächsten Eurostaat - derzeit Italien - ausrichten muß. Zwar entwertet die hohe Inflation die Staatsschulden. Jedoch machen steigende Zinsen die Kreditverlängerung und Neuverschuldungen teurer, was Zinslasten dieser Staaten steigen läßt.

Zudem droht eine Finanzkrise, denn die Banken haben Kredite langfristig zu günstigen Zinsen vergeben, müssen sich jedoch kurzfristig zu hohen Zinsen refinanzieren. Hinzu kommen Wertberichtigungen bei den festverzinslichen Anleihen, die ihr Eigenkapital aufzehren. Schließlich steigern Ausfälle bei Firmen und Privatpersonen den Anteil notleidender Kredite. Demgegenüber ist der Dollar eine Leitwährung, in der nicht nur der Welthandel abgerechnet wird.

Der Greenback gilt in Krisenzeiten als sicherer Hafen für Kapitalanlagen. Trotz einer Staatsschuldenquote von 133 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kann sich die US-Regierung weiter verschulden, ohne international den Kapitalmarktzutritt zu verlieren. Die US-Bundesebene kann daher praktisch nicht pleite gehen.

All dieses setzt dem Euro-Kurs zu, der innerhalb eines Jahres von 1,19 auf 0,99 Dollar abgewertet hat. Da Importe allein aus diesem Grund um 16,6 Prozent teurer wurden, spricht man von einer importierten Inflation. Diese Abwertung ließ die deutschen Exporte im ersten Halbjahr um 13,4 Prozent zum Vorjahreszeitraum steigen.

Jedoch stiegen auch die Importe um 26,5 Prozent, was bei rückläufigen Importmengen vornehmlich dem Preisanstieg bei Öl- und Gasimporten geschuldet ist. Im Mai führte dies gar zu einer negativen Handelsbilanz: Die Importe lagen mit 126,7 Milliarden Euro höher als die Exporte (125,8 Milliarden). Parallel hierzu verschlechterte sich das reale Austauschverhältnis (Terms of Trade).

Deutschland und der Euro-Zone stehen schwere Zeiten bevor

Vereinfacht gibt dies an, welche Menge an Gütern eine Volkswirtschaft importieren kann, gemessen an der Gütermenge, die sie dafür exportieren muß. Je mehr Waren für eine bestimmte Menge an exportierten Gütern importiert werden können, desto besser. Die Verschlechterung der Terms of Trade führt dazu, daß Deutschland beispielsweise pro exportiertem Pkw weniger Erdöleinfuhren erhält.

Betrugen die deutschen Einfuhren von Erdöl und Erdgas 2021 zusammen etwa 73 Milliarden Euro, würde eine Verdopplung der Preise bei gleich hohen Importmengen zu einer Belastung der Verbraucher in Höhe von 2,3 Prozent des BIP führen - eine Art Sanktions-/Kriegszoll zugunsten der Energieexportländer. Anders ausgedrückt: Die Preiserhöhungen gehen vor allem an Rußland, die OPEC-Staaten, Norwegen und die USA.

Mit dem schwächeren Euro steigen außerdem die Kosten für importierte Vorprodukte. Da der Importanteil durch Vorprodukte bei den Exporten 41,4 Prozent beträgt, schlagen sich die Preissteigerung für Energie und die Verschlechterung des Wechselkurses auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft nieder. Die VWL-Lehrbücher müssen ergänzt werden und Deutschland stehen schwere Zeiten bevor - nicht nur im Fußball. Es droht eine Stagflation mit hoher Geldentwertung bei sinkendem BIP.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. September 2022:

>>E.ON-Chef: AKW-Streckbetrieb hätte "große Auswirkung"

Von *Sven Reuth*

Leo Birnbaum, der Chef des Energiekonzerns E.ON, sprach nun das Offensichtliche aus, das insbesondere von den Grünen immer noch hartnäckig geleugnet wird: Deutschland hat nicht nur ein Gas-, sondern auch ein Stromproblem. ...

"Wir haben ein Wärme-, kein Stromproblem", krächte Grünen-Chefin Ricarda Lang noch Ende Juli dieses Jahres. Schon damals hätte diese Einschätzung nicht falscher sein können. Schon

seit Monaten - zwischenzeitlich wurde eine glatte Verdreifachung des Strompreises registriert - strangulieren die hohen Strompreise die privaten Verbraucher und zwingen erste Betriebe zur Kapitulation oder zur Verlagerung ihrer Produktion ins Ausland.

"Signifikanter Effekt"

Dies stellte nun auch Leo Birnbaum, Chef des größten deutschen Energieversorgers E.ON, klar. Er rechnet damit, daß ein Weiterbetrieb der drei letzten deutschen Atomkraftwerke den Strommarkt auch über 2022 hinaus entlasten könnte. Gegenüber dem Nachrichtenmagazin Spiegel äußerte er nun:

"Wenn die Preise so hoch sind und die Preiskurven so steil, dann hat schon eine relativ kleine gesicherte Leistung große Auswirkungen. Es hätte also wahrscheinlich schon einen signifikanten Effekt."

"Uns fehlen Kraftwerke"

Birnbaum machte auch darauf aufmerksam, daß die derzeitige Stromkrise, die sich im Grunde genommen schon zu einer regelrechten Stromkatastrophe ausgewachsen hat, keineswegs nur eine Folge des Ukraine-Krieges ist. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer komplett illusorischen und verfehlten "Energiewende", die nicht nur von linksgrünen Fanatikern vorangetrieben, sondern auch von Politikern aus dem bürgerlichen Spektrum unterstützt wurde. Birnbaum bemerkte dazu:

"Es fehlt uns gesicherte Grundlastleistung, es fehlen uns Kraftwerke"

Der E.ON-Chef bezieht sich mit seinen Aussagen auf sogenannte grundlastfähige Kraftwerke, die kontinuierlich unabhängig von Wind und Wetter Strom produzieren und damit das Netz in dem notwendigen Gleichgewicht halten. Birnbaum betonte, daß der Weiterbetrieb des von der E.ON-Tochter PreussenElektra betriebenen Atomkraftwerks Isar 2 technisch möglich und sein Konzern offen für Gespräche über dieses Thema sei.

Daran hat natürlich auch das Unternehmen selbst - gerade vor dem Hintergrund der gestiegenen Strompreise - ein vitales Interesse. Dennoch zählt Birnbaum nicht zu den Leisetretern der Branche, schon zu Beginn des Ukraine-Krieges erklärte er, daß Deutschland nicht ohne russisches Gas auskomme. Allerdings ist es gut möglich, daß sich die deutsche Politik auch gegenüber seinem neuen Zwischenruf verschließt. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/22" berichtete am 9. September 2022

(x1.387/...): >>>Pleitelwellen und Produktionsstopps

Wir ruinieren unsere Wirtschaft

Holger Douglas

Die Ammoniak-Anlagen der Stickstoffwerke SKW Piesteritz stehen wieder still. Eine Katastrophe: Denn sie produzieren sowohl Dünger als auch den AdBlue-Zusatz für die Abgasbehandlung beim Diesel. Ohne diese bläuliche Flüssigkeit darf heute - grün gewollt - kein moderner Dieselmotor mehr fahren. Technisch ginge das, nur etwas mehr Stickstoffe kämen aus dem Auspuff.

Die Folgen eines AdBlue-Mangels: kein Diesel-Lkw, keine Pendlers, keine Busse - nichts fährt mehr. Exorbitant hohe Erdgaspreise, auf die noch Umlagen, Abgaben und Steuern eines räuberischen Staates kommen, knechten selbst gut geführte Unternehmen wie die SKW.

Die Produktionsdrosselungen und Pleiten häufen sich. Toilettenpapierhersteller Hakle ist insolvent. Und das nicht, weil schlecht gewirtschaftet wurde. Auch beim indischen Stahlhersteller Arcelor Mittal in Hamburg herrscht Produktionsstopp. Hohe Energiepreise treiben Unternehmen reihenweise in den Untergang. Die Liste bis hin zu kleinen Bäckereien wird länger. Das ist kein Ergebnis des Putin-Überfalls auf die Ukraine.

Der Gaspreis stieg schon vorher, Energie wurde politisch gewollt knapp gemacht. Die einzige Möglichkeit, noch einigermaßen aus dem Schlamassel herauszukommen: weg von der zerstörerischen Politik und alle Stromerzeugungsmöglichkeiten volle Kraft voraus. Energie muß

preiswert und verfügbar sein. Alles andere ist der "Todesstoß", wie der Chef der Industrie- und Handelskammer Sachsen-Anhalt, Thomas Brockmeier, warnt.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/22" berichtete am 9. September 2022 (x1.387/...): >>>Deutschland zuletzt

Regierung in der Krise: Der Außenministerin sind ihre deutschen Wähler egal - eine Äußerung mit Symbolkraft

Gerhard Papke

Manchmal zeigen scheinbar nebensächliche Ereignisse, was in einem Land wirklich schief läuft. Tagelang wurde nicht nur in den sozialen Medien erbittert über einige Sätze debattiert, die Außenministerin Annalena Baerbock bei einer Veranstaltung in Prag auf englisch von sich gegeben hatte. Das Auswärtige Amt und zahlreiche linksliberale Journalisten behaupteten schnell, es handele sich um einen gezielten Desinformationsversuch Rußlands, der Baerbock diskreditieren solle.

Doch die eindeutig authentische Botschaft der Außenministerin ist weiterhin öffentlich nachprüfbar: Die bisherige Unterstützung für die Ukraine, einschließlich der Sanktionen, solle weitergehen. " Wenn ich Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe: 'Wir stehen mit euch zusammen, so lange wie ihr uns braucht', dann will ich das auch einhalten" -, erklärte Baerbock. Und zwar unabhängig von den Auswirkungen auf Deutschland - dafür gebe es schließlich Entlastungspakete - und unabhängig davon, "was meine deutschen Wähler denken" -.

Diese Botschaft Baerbocks konnte eigentlich niemanden überraschen, der ihre Politik und die Haltung ihrer Partei kontinuierlich analysiert. Ihr eigenes Land ist für die Grünen keine Kategorie, sondern lediglich Plattform ihrer Macht. Sie fühlen sich berufen, die ganze Welt zu retten, und zuallererst das Weltklima. Deutschland erscheint ihnen demgegenüber geradezu unbedeutend. Patriotismus, die Liebe zum eigenen Land, ist ihnen völlig fremd. Einschlägige Zitate grüner Politiker, etwa von Robert Habeck, finden sich im Internet an jeder Ecke.

Nur so ist zu verstehen, warum Baerbock in der Zuwanderungspolitik die Parole "Wir haben Platz" ausgibt und die Grünen gemeinsam mit SPD und FDP die ungesteuerte Massenzuwanderung nicht stoppen, sondern sogar noch weiter anheizen. Der Rest der Welt schüttelt nur fassungslos den Kopf. Die tapferen Ungarn, die gerade wieder einmal auf eigene Kosten die Grenzbefestigung Europas ausbauen, werden dafür von den Grünen und ihren Fans in deutschen Medien sogar noch als inhuman beschimpft.

Selbstverständlich ist das grüne Desinteresse für deutsche Interessen auch prägend in der Energiepolitik. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist ihnen heilig, selbst wenn die Energiepreise in Deutschland explodieren und Familien und Betriebe in die Knie zwingen. Kretschmann empfiehlt Waschlappen. Habeck gibt Tips fürs sparsame Duschen und verordnet lieber das Ende nächtlicher Leuchtreklamen, selbst wenn es dann in deutschen Innenstädten so aussehen mag wie in manchem Entwicklungsland.

Tagelang hat die Ampel-Koalition in Meseberg über Auswege aus der Energiekrise beraten - das Thema Atomkraftwerke blieb ein Tabu. Die deutschen Bürger merken das und werden hellhörig. Längst haben sich die einstmals stabilen Mehrheiten für den Ausstieg aus der Kernenergie ins Gegenteil verkehrt. Wer in Sorge gerät, ob er seine Wohnung noch heizen kann, wird beim besten Willen nicht einsehen, weshalb die sichersten Kernkraftwerke der Welt abgeschaltet werden sollen. Denn die helfen eben nicht nur, die Stromkosten zu senken. Habeck aber bleibt stur. Lediglich als Notreserve läßt er nun zwei AKW's bis April in Betriebsbereitschaft halten.

Wohl nirgends fällt die Kollision der Grünen mit den Interessen Deutschlands jedoch so heftig aus wie bei ihrer Rußlandpolitik. Der Westen darf den brutalen Überfall Putins auf die Ukraine nicht hinnehmen. Deutschland muß selbstverständlich darauf hinarbeiten, sich Schritt für Schritt aus der extremen Abhängigkeit von russischem Gas zu befreien.

Aber erstens bleibt es immer eine historische und geopolitische Verpflichtung unseres Landes, mit Beharrlichkeit auf eine Verständigung mit Rußland hinzuwirken, so steinig und schier aussichtslos das momentan auch erscheinen mag. Hätten deutsche Staatsmänner wie Brandt, Kohl und Genscher trotz des Kalten Krieges nicht an dieser Maxime festgehalten, würden wir wohl immer noch auf die Wiedervereinigung warten.

Und zweitens ist Unabhängigkeit von russischem Gas auf Sicht der nächsten Jahre nicht mehr als eine Illusion oder wäre jedenfalls nur mit einem gewaltigen Wohlstandsverlust zu erkaufen, wie ihn Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt hat.

Die Börsenpreise für Gas sind zu Beginn der Woche schlagartig um weitere 35 Prozent in die Höhe geschneit. Das mit großem Tamtam von der Bundesregierung präsentierte "Entlastungspaket" wird völlig verpuffen, weil es weder die Ursachen noch die Auswirkungen dieser Kostenexplosion bekämpft und sowohl die mittelständische Wirtschaft als auch die Familien mit mittleren Einkommen weitgehend alleine läßt.

Spürbar profitieren werden lediglich die, für deren Lebensunterhalt die Allgemeinheit bereits jetzt vollumfänglich aufkommt. Die deutsche Politik versagt vor der Realität, und die Bürger spüren das. Nur noch 29 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, der Staat sei handlungsfähig und könne seine Aufgaben erfüllen - ein historischer Tiefstand. Doch Baerbock nimmt sich jeden diplomatischen Spielraum und schadet dem, was sie so gerne ignoriert: den deutschen Interessen.

Übrigens ist es eine Schande, daß ausgerechnet Deutschland keinen hochrangigen Vertreter nach Moskau entsandt hat, um Michail Gorbatschow die letzte Ehre zu erweisen, dem wir so unendlich viel zu verdanken haben! Der einzige EU-Regierungschef, der vor Ort Blumen am offenen Sarg niederlegte, war Viktor Orbán.

Der Aufschrei über Baerbocks Äußerung in Prag ist jedenfalls berechtigt: Kann es denn wirklich sein, daß Deutschland die Entscheidung über den weiteren Fortgang dieses schrecklichen Krieges alleine in die Hand der Ukraine und ihres Präsidenten legt?

Kann es sein, daß die deutsche Außenministerin der Ukraine eine unbefristete Zusage für Waffenlieferungen und zum Beibehalt von Sanktionen gegen Rußland gibt, ohne Rücksicht auf deren Konsequenzen für die eigene Bevölkerung? Sanktionen zumal, die erkennbar nicht dazu beitragen, den Krieg zu beenden, sondern dem Aggressor Rekorderlöse bescheren, die vor allem von deutschen Familien und Betrieben bezahlt werden müssen.

Die Zahl der Deutschen, die diese Fragen mit "Nein" beantworten, nimmt jeden Tag weiter zu. Da werden keine "Entlastungspakete" helfen, die auf Pump lediglich Symptome lindern, und schon gar keine Durchhaltefloskeln ("Wir lassen niemanden zurück"). Das Selbstverständnis der Ampel-Parteien und vor allem der Grünen steht vor einem harten Realitätstest. Den wird am Ende keine politische Partei bestehen können, die sich nicht den Interessen des eigenen Landes verpflichtet fühlt. In jeder anderen Demokratie der Welt ist das übrigens selbstverständlich.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/22" berichtete am 16. September 2022 (x1.387/...): >>Keine Panik, wir sinken

Deindustrialisierung: Wohlstand und Lebensniveau breiter Schichten sind in Gefahr / Wo bleibt der Aufschrei?

Von *Markus Brandstetter*

Wirtschaftsminister Habeck weiß nicht, was eine Insolvenz ist. Das ist verzeihlich, denn Habeck ist im Hauptberuf Germanist, Schriftsteller und Theaterautor. Die Geschäftsführer des Toilettenpapierherstellers Hakle, der Schuhhandelskette Görtz und des Automobilzulieferers Dr. Schneider wissen allerdings sehr gut, was eine Insolvenz ist, denn sie alle haben kürzlich für ihre Unternehmen eine solche anmelden müssen.

In Presseerklärungen haben die Chefs tapfer verkünden lassen, daß sie ihre Unternehmen in

Eigenverwaltung mit Unterstützung des Insolvenzverwalters sanieren und selbstverständlich alle Arbeitsplätze erhalten wollten, aber das wird nicht so kommen. Eine Sanierung in Eigenverwaltung gelingt nur selten und praktisch nie mit der gesamten Belegschaft an Bord.

Wenn der Winter kommt, die drei Unternehmen Löhne und Gehälter wieder selbst zahlen müssen, die explodierenden Energiepreise richtig zuschlagen und die Inflation zweistellig ist, dann wird von diesen drei Vorzeigenamen aus Handel und Industrie nicht mehr viel übrig sein - auf keinen Fall die florierenden Betriebe, die sie einmal waren.

Schuld an diesem Niedergang sind nicht Managementfehler, sondern die rasant steigenden Energiepreise, die Herstellungskosten bis ins Absurde steigern, und die galoppierende Inflation, die den Menschen Einkaufen und Geldausgeben verleidet. Die Gründe für Energiekrise und Inflation sind nicht Klimawandel, Naturkatastrophen, Ukrainekrieg und auch nicht die gegrillten Fledermäuse auf dem Wuhaner Wochenmarkt, sondern von Politikern über Jahre und Jahrzehnte getroffene Fehlentscheidungen.

In dieser Situation würde man ein energisches Intervenieren der deutschen Industrie- und Wirtschaftsverbände erwarten. Jetzt könnten die Vereinigungen, die sonst stets mit gestylten Internetauftritten, wirtschaftlichen Schönwettermeldungen und branchenspezifischen Siegesmeldungen glänzen, einmal nachdrücklich auf den Ernst der Lage hinweisen und laut sagen, daß Deutschlands industrielle Basis gefährdet ist wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg.

Daß Arbeitslosigkeit, Pleiten, Betriebsschließungen und die Abwanderung ganzer Industrien drohen. Sie könnten auf Frankreich hinweisen, wo die von der Politik verursachte Deindustrialisierung ganzer Landesteile zu Armut, kaputten Städten und sozialen Problemen geführt hat, die seit Jahrzehnten andauern.

Sie könnten mit dem Finger auf England zeigen, wo es, wie der Economist kürzlich festgestellt hat, seit 15 Jahren kaum noch Wachstum gibt und der vielgepriesene Umstieg von der Produktions- auf die Informationsindustrie zum sozialen Abstieg breiter Bevölkerungsschichten, einem maroden Gesundheitssystem und einer tief gespaltenen Bevölkerung geführt hat.

Aber die großen Vorsitzenden unserer Wirtschaftsverbände haben nichts dergleichen gesagt. Die haben durch die Bank den Burgfrieden mit der Regierung gewahrt und, wie beispielsweise der Bundesverband der Deutschen Industrie, lediglich höflich angemerkt, daß das Entlastungspaket der Bundesregierung "erhebliche Mängel und Lücken" aufweise, insgesamt "enttäuschend und unkonkret" sei, man dafür aber "unkomplizierten Zugang zu angemessenen Hilfsleistungen erwarte" - so als seien schuldenfinanzierte Almosen neben hohen Steuern das Einzige, was Unternehmer noch vom Staat erwarten könnten.

Kaum anders äußerte sich der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), dessen Präsident der Regierung dafür dankt, daß sie "mit dem Entlastungspaket soziale Härten vermeiden will", und den Finanzminister schon einmal vorsorglich vor einer "Schieflage der öffentlichen Haushalte durch Milliardenschulden" warnt - anstatt zu sagen, daß die vom VDMA vertretenen 3.400 Unternehmen das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden und wir ohne sie die ganzen Hilfspakete gleich ganz vergessen können.

Den Vogel der Demut abgeschossen haben jedoch Präsident und Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, die schon im voraus für hohe und komfortabel zu beantragende Kurzarbeitergelder dankten und dann untertänigst mitteilten, daß die Metaller, "um Strom zu sparen", auch "von zu Hause aus arbeiten würden" - vermutlich am eigenen Miniatur-Hochofen.

Der einzige, der von Anfang dieser Krise an laut und deutlich gesagt hat, was auf uns zukommt, ist Martin Brudermüller, der Chef der BASF. Der hat bereits im April vor "historisch beispiellosen Gefahren für die Chemieindustrie" gewarnt und gefragt, ob wir "sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören wollen?", wofür er im Kommentar einer einst wirtschaftskompetenten Frankfurter Zeitung verlacht wurde.

Deutschland ist eine korporatistische Konsensgesellschaft, in der Arbeitgebervertreter, Gewerkschaften und die Politik sich in Jahrzehnten daran gewöhnt haben, weitgehend einvernehmlich zusammenzuarbeiten, um Arbeitskämpfe, bei denen Arbeitgeber- und -nehmer gleichermaßen verlieren, zu vermeiden. In guten Zeiten funktioniert das gut, in schlechten aber nicht. Und wir steuern gerade auf extrem schlechte Zeiten zu.

Da brauchen wir keine Wirtschaftsverbände, die aus falsch verstandenem Harmoniebedürfnis mit den Vertretern einer verheerenden Wirtschafts- und Energiepolitik kuscheln, weil sie im Hinterkopf haben, daß der Staat mit endlosem "Deficit-Spending" sich auch aus dieser Krise herausmogeln wird. Nein, da brauchen wir Leute, die diesen ruinösen Pakt aus Politik und Wirtschaft aufkündigen und laut sagen, daß ohne eine jederzeit belastbare Energieversorgung und international wettbewerbsfähige Energiepreise Wohlstand und Lebensniveau breiter Schichten in Gefahr sind.

Wer denkt, daß so etwas in Deutschland nicht geht, der muß in die Geschichte schauen. Da wird er sehen, daß fast auf den Tag genau vor 40 Jahren, am 9. September 1982, der damalige Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) sein berühmtes "Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" vorlegte. Dieses Papier war eine Reaktion auf Inflation, Nullwachstum, Arbeitslosigkeit und die explodierende Staatsverschuldung der 1980er Jahre.

Einen solch mutigen Vorstoß, mit dem eine neue, industriefreundliche Energiepolitik gefordert wird, bräuchten wir in veränderter Form auch heute. Früher war nicht alles besser, aber manches schon: So verstanden frühere Wirtschaftsminister tatsächlich öfter was von Wirtschaft. Otto Graf Lambsdorff zum Beispiel war zwar kein Autor weltberühmter Romane und Theaterstücke, aber Volljurist, Banker, Rechtsanwalt und Mitglied in Vorständen und Aufsichtsräten.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/22" berichtete am 23. September 2022 (x1.387/...): >>"Eine Katastrophe epischen Ausmaßes"

Blackout: Droht Deutschland tatsächlich ein totaler Zusammenbruch? Die Experten sind sich uneinig. Der Wirtschaftsingenieur Robert Jungnischke ist sich dagegen sicher - seit zwei Jahren berät er Firmen und Privatleute, wie sie sich am besten darauf vorbereiten.

Moritz Schwarz: *Herr Jungnischke, wie wahrscheinlich ist ein Blackout?*

Robert Jungnischke: Höchst wahrscheinlich.

Moritz Schwarz: *Bei "Bild-TV" haben Sie von "99,9 Prozent" gesprochen.*

Jungnischke: Ja, denn das Problem ist, daß die meisten Leute die Gefahr trotz Warnungen nicht ernst nehmen. Warum? Weil Medien und Politik die Möglichkeit eines Blackouts zwar einräumen, meist aber auch relativieren, Motto: Es wird schon nicht so weit kommen. Das führt dazu, daß die Leute auf diese Hoffnung setzen - und sich folglich nicht vorbereiten. Stellen Sie sich mal vor, wir würden so etwa mit dem Thema Feuer- oder Unfallversicherung umgehen! Tatsache ist, man bekommt die Menschen nur dann dazu, sich auf ein Ereignis vorzubereiten, wenn sie auch glauben, daß es eintreten wird.

Moritz Schwarz: *Dann ist Ihre 99,9 Prozent-Prognose also gar keine valide Schätzung, sondern der Versuch, Angst zu schüren?*

Jungnischke: Nein, nicht Angst zu schüren, sondern Bewußtsein zu schaffen. Verstehen Sie, die Gefahr ist real! Das hindert die Leute aber leider nicht daran, sie zu ignorieren. Sie nehmen sie nun mal erst dann zur Kenntnis, wenn sie an sie glauben. Blackout-Vorsorge ist wie eine Versicherung: Natürlich hofft man, daß man sie nie braucht, aber dennoch ist es eine wichtige, sinnvolle Absicherung.

Moritz Schwarz: *Ganz nüchtern betrachtet und ohne erzieherische Überlegungen: Für wie hoch halten Sie die Gefahr?*

Jungnischke: Eine exakte Wahrscheinlichkeit kann niemand ermitteln. Aber Fakt ist, die Ge-

fahr wächst stetig.

Moritz Schwarz: *Dominik Möst, Professor für Energiewirtschaft der TU Dresden, gab im ARD-Fernsehen unlängst Entwarnung: "Das Risiko eines Blackouts schätze ich als gering ein." Und die Bundesnetzagentur sieht das ähnlich.*

Jungnischke: Daß das Gegenteil stimmt, sieht man an den steigenden "Redispatch-Maßnahmen": So nennen sich die Eingriffe der Netzbetreiber zur Stabilisierung des Stromnetzes. Was schätzen Sie, wie hoch war deren Anzahl im Jahr 2000?

Moritz Schwarz: *Keine Ahnung.*

Jungnischke: Fast null. Und heute? Ich helfe Ihnen: 2015 waren es 6.382 Eingriffe, 2020: 6.797, 2021: 8.635 und in diesem Jahr 9.388 - dabei haben wir erst September! Geht das so weiter, werden es bis Ende 2022 um die 15.000 Eingriffe sein! Das sind nackte Zahlen, keine Verschwörungsschwurbelegen. Und mit jedem Anstieg der Eingriffe steigt die Gefahr, daß die Betreiber es irgendwann nicht mehr schaffen, das Netz zu stabilisieren: Blackout!

Moritz Schwarz: *Experten halten den allerdings auch deshalb für unwahrscheinlich, weil die Netzbetreiber in einer Notlage mit "Brownouts" gegensteuern: Zeitweise Stromsperrungen für Städte oder Regionen, die den Verbrauch senken und so verhindern, daß das Netz zusammenbricht.*

Jungnischke: Ja, aber wissen Sie auch, daß das nur möglich ist, wenn ein Problem sich langsam aufbaut, so daß darauf reagiert werden kann? Das aber ist keineswegs immer gegeben. Beispiel: Die Stromproduktion der Erneuerbaren wird prognostiziert, damit man weiß, wie viele herkömmliche Kraftwerke sich bereithalten müssen.

Was aber, wenn sich das Wetter unvorhergesehen dramatisch ändert? Etwa wenn statt einer prognostizierten Starkwindlage überraschend eine Flaute eintritt und auf einmal vierzig, fünfzig Gigawatt Leistung fehlen! Wenn die Frequenz des Stromnetzes plötzlich 1,5 Hertz über oder 2,5 Hertz unter Normal liegt, sich deshalb die großen Kraftwerke sicherheitshalber vom Netz trennen und dieses dann kollabiert.

Moritz Schwarz: *Dann könnte doch das Ausland mit Strom aushelfen.*

Jungnischke: Erstens haben wir da das gleiche Problem: Gelingt das schnell genug? Zweitens, Sie haben schon mitbekommen, daß im Sommer über die Hälfte der französischen Kernkraftwerke wegen Kühlwassermangel aufgrund von Niedrigwasser abgeschaltet werden mußte?

Moritz Schwarz: *Sicher, aber wir haben ja noch mehr Nachbarn.*

Jungnischke: Natürlich, das kann funktionieren - oder auch nicht. 2021 hatten wir bereits zwei große Störungen im europäischen Stromnetz, eine mit dem Auslöser in Kroatien und eine zwischen Spanien und Frankreich. Wir können uns also auch darauf nicht verlassen - und frei nach Murphy: Manchmal geht einfach alles schief, was schiefgehen kann. Doch verstehen Sie mich nicht falsch, ich will den Blackout nicht herbeireden. Aber ich will klarmachen, daß es ein großer, vielleicht tödlicher Irrtum ist, zu glauben, wir seien schon mehr oder weniger vor ihm sicher.

Moritz Schwarz: *Selbst wenn er eintritt, heißt das aber doch nicht, daß er zur Katastrophe wird.*

Jungnischke: Auch da irren Sie sich gewaltig. Und genau das ist ebenfalls Teil des Problems: Denn nicht nur, daß die Leute die Wahrscheinlichkeit nicht ernst genug nehmen - sich machen sich auch die Dramatik nicht klar: Je nachdem wo Sie sich im Moment eines Blackouts befinden und wie Sie darauf vorbereitet sind, wird dieser binnen Minuten, Stunden oder Tagen für viele zur tödlichen Gefahr - und allgemein zu einer Katastrophe epischen Ausmaßes. Denn ein Blackout ist kein einfacher Stromausfall, wie viele Leute glauben, und was leider immer wieder durcheinandergebracht wird.

Moritz Schwarz: *Sondern, was ist der Unterschied?*

Jungnischke: Unter Stromausfall versteht man eine lokale Angelegenheit aufgrund einer Stö-

rung auf einer der niederen Spannungsebenen, etwa weil ein Strommast umgekippt, eine Leitung beschädigt oder eine Trafostation abgebrannt ist. Das heißt, das Netz funktioniert, nur die Weiterleitung des Stroms bis zum Verbraucher ist durch einen Schaden blockiert. Ein Blackout dagegen ist keine Störung der Stromausgabe, sondern der Einspeisung - nämlich ein Zusammenbruch des Netzes an sich.

Und im Gegensatz zu einem Stromausfall fällt bei einem Blackout auch die gesamte Infrastruktur aus, die ja völlig auf Elektrizität und digitale Steuerung angewiesen ist: Kommunikation, Transportwesen, Energie, Lebensmittelversorgung, Bank- und digitales Bezahlwesen, Verwaltung, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, medizinische Versorgung etc. alles bricht sofort zusammen - nicht einmal Ihre Exkremente können Sie wegspülen und vor allem haben Sie kein Trinkwasser mehr, weil auch die Wasserwerke nicht mehr funktionieren.

Drei Tage ohne Trinkwasser ... dabei wird dieser Zustand wahrscheinlich länger, vielleicht sogar nicht nur Tage, sondern Wochen anhalten, da es viel Zeit braucht, bis alle Schäden am Netz repariert sind und es neu hochgefahren ist. Solange wird Ihnen niemand zur Hilfe kommen - weil die meisten anderen Menschen ebenso mittel- und hilflos sind wie Sie.

Und abgesehen davon, daß man ohne Strom Polizei, Feuerwehr und Rettungswagen nicht rufen kann, werden bei einem Blackout die Helfer selbst zu Hilfsbedürftigen, denn da sie nicht mehr kommunizieren können, können sie sich auch nicht mehr koordinieren. Aber wahrscheinlich sind sie sowieso nicht mehr da, denn auch die Helfer haben Familien, um die sie sich zuerst kümmern werden.

Moritz Schwarz: *Angenommen sie wären noch einsatzfähig, wäre die Zahl der Hilfskräfte in Deutschland ausreichend?*

Jungnischke: Nicht im geringsten! Denn das Ausmaß der Hilfsbedürftigkeit wäre bei einem Blackout unvorstellbar groß.

Moritz Schwarz: *Aber es muß doch Pläne und Vorbereitungen für einen solchen Fall geben.*

Jungnischke: Den größten Fehler überhaupt, den Sie in Hinsicht auf einen Blackout machen können, ist sich auf den Staat zu verlassen - das garantiere ich Ihnen! 2021 habe ich eine Weiterbildung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz besucht und nachgefragt, wie man auf einen bundesweiten Blackout vorbereitet ist. Antwort: Daran glaube man nicht, maximal gebe es einen Blackout in einem Bundesland, so daß Hilfe von außen garantiert sei.

Nein, für das womit wir rechnen müssen, gibt es keine Planung, Vorbereitung oder Übungen. Die Politik weigert sich einfach, die Gefahr ernst zu nehmen - was bedeutet, daß die Katastrophe noch katastrophaler werden wird! 2010 hat der Bundestag eine Studie zum Thema, was bei einem Blackout in Deutschland passiert, in Auftrag gegeben, die sogenannte TAB-Studie. Aber auch darin ist man nicht von einem landesweiten Ereignis ausgegangen, sondern nur von einem Blackout in einigen Bundesländern.

Moritz Schwarz: *Warum nicht? Warum sollte ein Blackout denn zwangsläufig ganz Deutschland erfassen?*

Jungnischke: Weil sich bei einem Blackout alle Kraftwerke vom Stromnetz abkoppeln. Es ist eher unwahrscheinlich, daß es den Netzbetreibern gelingt, das Ereignis lokal zu begrenzen. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß es ganz Europa betrifft.

Moritz Schwarz: *Und zu welchem Ergebnis kam die Studie?*

Jungnischke: Daß der Bund weder in der Lage wäre, die Bevölkerung zu schützen, noch zu ernähren.

Moritz Schwarz: *Folglich sind doch sicher Maßnahmen ergriffen worden?*

Jungnischke: Nein, genausowenig wie aus der bekannten Pandemie-Studie des RKI von 2013 Konsequenzen gezogen wurden, obwohl diese in vielem genau das vorausgesagt hat, was wir dann mit Corona erlebt haben - und als Bundestagsdrucksache der Politik übrigens lange bestens bekannt war!

Moritz Schwarz: *Das wirkt alles äußerst bedrohlich - allerdings leben Sie als Berater für Stromabschaltungen und Blackout-Vorsorge ja davon, daß es genau so klingt.*

Jungnischke: So wie Versicherungen, Unternehmensberater, Sicherheitsfirmen etc. - sie alle leben von einer drohenden Gefahr. Dennoch kommt niemand auf die Idee, ihnen zu unterstellen, sie würden diese nur herbeireden. Tatsächlich leben sie davon, Menschen Vorsorge und Schutz vor realen Gefahren zu bieten - worüber ihre Kunden in der Regel auch froh sind. Ich habe vor zwei Jahren entdeckt, daß in Sachen Blackout eine erhebliche Gefahr besteht, um die sich in Deutschland niemand kümmert.

Natürlich habe ich darin auch eine Nische für mich gesehen. Aber das ist nichts Ehrenrühri- ges, sondern man nennt das Unternehmertum. Im übrigen genießen meine Unternehmenskun- den ein hundertprozentiges Rückgaberecht, sollten sie unzufrieden sein.

Moritz Schwarz: *Sie beraten nur Unternehmen, keine Privatleute?*

Jungnischke: Doch, inzwischen biete ich auch Beratung für Privatleute an, aber als Diplom- Ingenieur und jemand, der aus der Industrie kommt, habe ich mich auf die Beratung von Fir- men spezialisiert. Da sich aber immer mehr Private dafür interessieren, habe ich das Angebot hier ausgebaut. Ich biete sogar Blackout-Vorsorge für Haustierbesitzer und Aquarianer an - denn auch in diesem Bereich wissen die Leute nicht, was bei einem Blackout auf sie zu- kommt. Über mein Angebot kann sich übrigens jeder auf meiner Homepage sowie auf mei- nem Youtube-Kanal zur Blackout-Vorsorgeberatung für Unternehmen informieren.

Moritz Schwarz: *Wenn der Strom weg ist, läuft nichts mehr. Wie also können Sie einem Un- ternehmen überhaupt helfen?*

Jungnischke: Das eigentliche Problem kann ich natürlich nicht abwenden. Aber ich kann hel- fen, mit der Krise besser umzugehen und die Chancen eines Unternehmens, sie ökonomisch zu überleben, deutlich erhöhen. Etwa ist den wenigsten Firmen bewußt, daß nach dem Ende des Blackouts für sie eine zweite Krise beginnt: Denn dann müssen erstmal alle Daten wie- dergefunden werden - wenn sie noch da sind. Es müssen Rechner und Maschinen neu einge- stellt werden etc.

Das aber ist ohne Vorsorge nach einem Blackout erst mal kaum möglich, weil dazu Fachleute und Internetvolumen nötig sind, was erst mal gar nicht zur Verfügung steht, da das ja alle gleichzeitig brauchen. Ohne Internet können sie heute kaum noch ein Programm auf einen Rechner laden, da die ja nicht einmal mehr ein CD-Laufwerk haben. Es wird womöglich Jahre dauern, bis das alles erledigt ist, wenn eine gesamte Volkswirtschaft auf einmal wieder starten will. Und dem kann nur entgehen, wer sich vorbereitet hat!

Moritz Schwarz: *Was raten Sie Privatleuten, außer den üblichen Tips Lebensmittel, Wasser, Medikamente etc. zu bunkern?*

Jungnischke: Ein wichtiger Rat ist etwa, Vorräte für eine längere Zeit als üblicherweise emp- fohlen anzulegen. Denn auch nach einem Blackout kann es lange dauern, bis wieder Waren in den Supermärkten sind, da die Lieferketten zerstört sind, viele Produkte auch erst einmal wie- der produziert werden müssen. Ebenfalls sehr wichtig:

Halten Sie Ihre Vorsorge unbedingt geheim - denn im Fall des Falles bekommen Sie sonst eventuell unfreundliche Besucher. Dazu gehört etwa auch, während des Blackouts aufs Ko- chen zu verzichten, da Gerüche Sie leicht verraten. Lieber kalt essen, als seine Vorräte los zu sein! Das klingt sehr hart - aber das ist die Realität. Ich sage auch ganz klar, ein Blackout wird viele Menschen das Leben kosten. Und für mich wird deren Blut dann an den Händen der Po- litiker kleben, die uns in diese Situation geführt haben.

Robert Jungnischke, der Wirtschaftsingenieur und Unternehmer, geboren 1965 in Bonn, ist Berater für Blackout-Vorsorge und Autor des Buchs "Strom-Abschaltung und Blackout- Risiko. Warum Versorgungssicherheit und Risikovorsorge überlebenswichtig sind". <<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.01.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x175/79) = Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert, Seite 79.

x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x373	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>USA gegen Deutschland</u> . Der hundertjährige Krieg. COM-PACT-Spezial Nr. 36. Werder (Havel) 2022.

Internet

x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ - Juli 2016
x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergründe-der-europäischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x1.018	https://blackout-news.de/aktuelles/katastrophenschutz-bei-blackout-wird-in-deutschland-komplett-versagen/ - August 2021
x1.066	https://dserver.bundestag.de/btd/17/056/1705672.pdf - Januar 2022
x1.081	https://eike-klima-energie.eu/2021/06/23/flaute-ueber-deutschland-windkraft-ohne-wind-photovoltaik-ohne-sonne/ - März 2022
x1.083	https://eike-klima-energie.eu/2022/02/01/europaweiter-blackout-nur-noch-eine-frage-der-zeit/ Europaweiter Blackout: Nur noch eine Frage der Zeit? - März 2022
x1.145	https://www.achgut.com/artikel/europa_kann_den_winter_nicht_ueberleben - Juni 2022
x1.146	https://www.achgut.com/artikel/keine_hilfe_im_winter_moeglich_scholz_und_hab_ecks_dreiste_akw_luege - Juni 2022
x1.150	https://www.kla.tv - August 2022

x1.152	https://www.achgut.com/artikel/zukunftsmusik_salzschmelz_reaktor - August 2022
x1.252	https://www.igte.uni-stuttgart.de/dokumente/dokumente_es/2022-07-26-Stuttgarter-Erklaerung.pdf - Januar 2023
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024